illoyal

Nr. 13 Herbst 2000 Journal für Antimilitarismus · 4 DM

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

gutgekauft
im
Fachhandel

Vielen Dank für Ihren Einkauf.
Auf Wiedersehen.

RÜSTUNGSEXPORT

Politik und Profit • Munitionsfabrik in die Türkei: Einmal geht's immer noch • Konzerne: europäisch undurchschaubar • Hitlers Ölspur, Teil 2 • Bergkameraden unterm Ritterkreuz

Inhalt

3 Worte zum Quartal

Rüstungsexport

4 Esel, Möhren und die Neuregulierung von Rüstungsexporten *(Richard Lorraine)*
6 Transparenz oder Verbot *(Stefan Gose)*
8 Deutsche »Standort-Teilstreitkräfte« und der Rüstungsexportmarkt *(Christopher Steinmetz)*
11 Geld und andere Gründe – Panzerexport in die Türkei *(Burkhard Nobbe)*
14 Menschenrechte zweitrangig? *(Mathias John)*
16 Transparenz heißt das Zauberwort *(Andrea Kolling)*

Berichte

18 News
20 Ölpolitik im Nationalsozialismus *(Titus Kockel)*
23 Alptraum Kosovo *(Andreas Buro)*
26 Neue Militärmacht EU. Oder: Krieg in und um Europa exklusiv von Europäern *(Richard Lorraine)*
28 Niemand hat Schuld *(Ulrike Gramann)*
31 Ein dreifaches Horrido *(Roland Lory)*

Totale Kriegsdienstverweigerung

34 Zivildienst ist das, was durch ihn umgangen werden soll *(Die Desertöre)*

Innenansichten

35 Potpourri aus Potsdam *(Kampagne Potsdam)*
36 Ganz schön blauäugig... *(Eye to eye)*
38 Grosse Angst vor faulem Obst *(JAN)*
40 Frieden ohne Waffen entwickeln helfen *(ORL)*
41 FÜNF für den Frieden *(RIB)*

Service

42 Service *(Michael Behrendt)*
43 Kontakt und Termine

Impressum

Herausgeber: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. · Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin · Tel. 0 30 / 44 01 30-28 · Fax 0 30 / 44 01 30-29 · E-Mail: illoyal@kampagne.de · Internet: www.illoyal.kampagne.de

Redaktion: Frank Brendle, Ulrike Gramann (V.i.S.d.P.), Sabine Schaaf, Christopher Steinmetz
Die veröffentlichten Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein. Wir freuen uns über eingesandte Beiträge, übernehmen jedoch keine Haftung und behalten uns den Abdruck vor. Nachdruck einzelner Beiträge, auch auszugsweise, wird gern gesehen, und zwar in Absprache mit der Redaktion und unter Nennung der Quelle sowie Zusendung von Belegexemplaren.
Gestaltung: Marc Berger · Karikatur: Andreas Otto · Druck: agit

Die Redaktion übernimmt keine Haftung in der Frage, ob die in den dokumentierten Werbeanzeigen angebotenen Waffen an in- oder ausländische Armeen verkauft werden.

Bezug: illoyal erscheint einmal im Quartal. Für Mitglieder des Vereins Mit uns gegen die Wehrpflicht ist der Preis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelpreis: DM 4,00 zuzüglich Porto. Jahresabonnement: DM 20,00 inklusive Versand. ISSN: 1434-2871

Worte zum Quartal

Liebe Leserinnen und Leser,

die Richtlinien für den Rüstungsexport sind nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind. Oder etwa doch? Schließlich wird darin versprochen, dass keine Rüstungsgüter in Länder exportiert werden, in denen die Menschenrechte nicht geachtet werden. Dieses Versprechen aber gleicht dem filmischen Happy-End, nach dem »gewöhnlich abgeblendt« wird. Nicht abgeblendet haben die AutorInnen unseres Themenschwerpunkts Rüstungsexport. Christopher Steinmetz beleuchtet die Struktur der bundesdeutschen Rüstungsindustrie, Stefan Gose untersucht, mit welchen Gesetzen der Export von Kriegswaffen geregelt wird und wie der legale Weg aussieht, auf dem ein Rüstungskonzern die Genehmigung zur Ausfuhr seiner Produkte erhält. Den »Fall Türkei« diskutiert Burkhard Nobbe, den Fall der Menschenrechte in diesem Zusammenhang Mathias John. Und einmal wollen wir es auch klar und deutlich sagen: Wir wollen keine Rüstungsexporte, auch nicht in Länder, in denen die Menschenrechte bislang geachtet werden. Denn Kriegswaffen sind die beste Garantie, dass es mit den Grundrechten von Menschen bald bergab geht.

Der Angriff der Nato-Staaten auf Jugoslawien liegt jetzt mehr als ein Jahr zurück. Zur Erinnerung: Humanitäre Gründe und der angestrebte Erhalt einer multiethnischen Gesellschaft wurden angeführt, um das militärische Vorgehen zu legitimieren. Wie es heute im Kosovo aussieht, wie (ob!) Kosovo-AlbanerInnen, SerbInnen, Roma und Aschkali miteinander leben und ob ein baldiges Ende der ausländischen Militärpräsenz im Kosovo in Sicht ist, beschreibt Andreas Buro. Die EU-Staaten wollen in Zukunft in Eigenregie richten, was im Kosovo von US-amerikanischen und europäischen Soldaten gemeinsam »gerichtet« wurde. Richard Lorraine setzt sich mit deren Bestrebungen auseinander, Kriege auf europäischem Territorium in Zukunft in Eigenregie zu führen. Roland Lory belauschte für *illoyal* Ritterkreuzträger und Bundeswehr-Gebirgsjäger beim Pfingsttreffen in Oberbayern, in deren Geschichtsbild den Soldaten der Wehrmacht auch ein gemütliches Plätzchen zugedacht ist. Hitlers Ölspur dagegen geht Titus Kockel nach – wir setzen seine dreiteilige Folge über Öl und Krieg im NS-Staat fort.

Außerdem in diesem Heft: der 20. Juli als Seelentrost der Deutschen, ein TKDVer vor Gericht, Proteste gegen »Unser Heer« in Neuruppin, Diskriminierung von Blauäugigen, Gruppen, die deutsche Rüstungsexporte kritisieren.

Wir wünschen uns und Ihnen, dass Sie bei uns Neues erfahren und Genaueres lesen über das, was Sie schon immer beunruhigend fanden...
Einen schönen Herbst wünschen wir Ihnen auch.

Ihre Redaktion *illoyal*

Karikatur Andreas Otto

ESEL, MÖHREN UND DIE NEUREGULIERUNG VON RÜSTUNGSEXPORTEN

Einmal erzählte mir jemand folgende Geschichte: Ein Esel war schwer krank. Damit er wieder gesund werden konnte, musste er eine bittere Medizin schlucken. Aber nie und nimmer war ihm die Medizin einfach so einzuflößen. Also verfiel sein Herr auf einen Trick. Er verabreichte dem Esel die Flüssigkeit, indem er sie vorher in große Möhren füllte und diese dem Esel dann unters Futter mischte. Der Esel verschlang die köstlichen Möhren geradezu und ward geheilt.

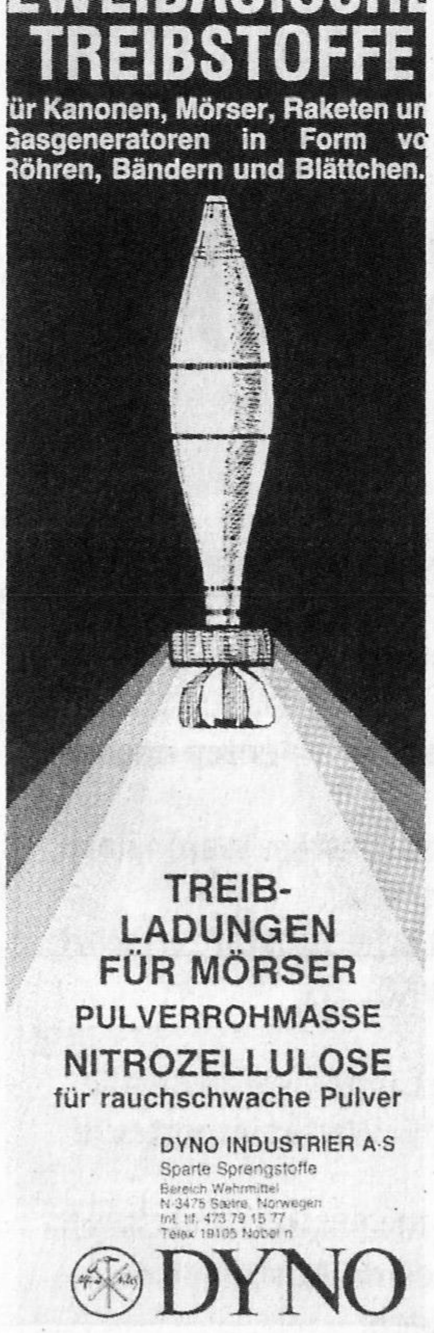
Ähnlich verhält es sich mit den Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung und der Öffentlichkeit. Übersetzen wir die Geschichte: Der Esel ist die Öffentlichkeit, der Herr die Bundesregierung, die bittere Medizin sind die Rüstungsexporte und die Karotten die Rüstungsexportrichtlinien. Jedes Mal, wenn wieder der Export eines größeren Postens Panzer, Fregatten oder Gewehre ansteht, wird in der Bundesrepublik eine Diskussion um die Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien angezettelt. Gelegentlich werden dann sogar restriktivere Rüstungsexportrichtlinien erlassen, was aber entgegen den Erwartungen der Öffentlichkeit Rüstungsexporte in alle Welt in keinster Weise beschränkt. Richtlinien zu erlassen hat aber einen Zweck, der sich nicht auf bloße öffentliche Nebelwerferei reduzieren lässt. Richtlinien für den Rüstungsexport dienen auf direktem Wege politischen Zwecken für den jeweiligen Nationalstaat, den jeweiligen Staatenbund oder den jeweiligen Staatenverbund, wie z.B. die EU. Wie Außenwirtschaftsbeziehungen generell muss der nationale Wettbewerbsstaat auch Rüstungsexporte politisch regulieren und nicht moralisch. Richtlinien dienen dazu, politischen Entscheidungen moralische Legitimität zu verschaffen.

Die Diskussion um die Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien begann in der Bundesrepublik nach der Lieferung des Testpanzers Leopard 2 an die Türkei im letzten Herbst. Die Öffentlichkeit war empört. Also wurden strengere Richtlinien erlassen. Es ist wert, sie sich näher anzuschauen, nicht zuletzt, um etwaige Illusionen zu zerstreuen.

Am 19. Januar 2000 wurden die »Politische(n) Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern« erklärt. Als ein Bestreben dieser Grundsätze wird genannt, die »Rüstungspolitik restriktiv zu gestalten«, jedoch wird gleichzeitig erklärt, dass Rüstungsexporte »im Rahmen der internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zu geschehen haben«. Ob, wohin und wieviel exportiert wird, hat sich nach diesen Grundsätzen »am Sicherheitsbedürfnis und außenpolitischen Interesse« zu orientieren. Die Lage der Menschenrechte in den Ländern, in die deutsche Rüstungsgüter exportiert werden sollen, wird als Kriterium für die Rüstungspolitik benannt. Dies wurde von manchem Rüstungsexportkritiker, so vom grünen Bundestagsabgeordneten Sterzing, als Erfolg gefeiert. (1) Auch Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS), sieht die Richtlinien als Fortschritt auf dem Weg zu einer restriktiven Rüstungspolitik. (2) In den »Allgemeine(n) Prinzipien« der Richtlinien heißt es dagegen äußerst interpretierbar: »Der Beachtung von Menschenrechten im Bestimmungs- und Endverbleibsland wird bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen.« Als ein weiteres Kriterium für den Export deutscher Rüstungsgüter wird der von der EU angenommene »Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren« vom 8. Juni 1998 genannt. Dieser Kodex ist von der damaligen christlich-liberalen Bundesregierung an federführender Stelle mit ausgearbeitet worden. Dort steht geschrieben, dass »keine Ausfuhrgenehmigung zu erteilen ist, wenn eindeutig das Risiko besteht, dass das zur Ausfuhr bestimmte Gerät zur inneren Repression benutzt werden könnte«. Na, dann wäre ja alles prima, und z.B. die deutsche Ausrüstungshilfe für die indonesische Armee und Polizei unter Suharto sanktionierbar. Wie immer bei solchen Kodizes ist weiter hinten im Text die Antwort auf die Fragen der hoffenden Friedensbewegten zu finden. So heißt es: »Bei der Beurteilung der Auswirkung der beabsichtigten Einfuhr und des Risikos, dass ausgeführte Güter auf Umwegen zu einem unerwünschten Endverwender gelangen, wird folgendes berücksichtigt: a) die legitimen Interessen der Verteidigung und der inneren Sicherheit (sic!) des Empfängerlandes, einschließlich jede Beteiligung an UN- und anderen friedenserhaltenden Einsätzen. (...)« Die Einführung des Menschenrechtskriteriums in die Richtlinien zum Rüstungsexport hat ähnliche Bedeutung, wie die Einführung des Kriteriums der Verletzung von Menschenrechten als Kriegsgrund für die Nato- und die EU-Staaten. Sie kann mitunter zu einer erheblichen Verschärfung der Situation führen, da für Rüstungsexporte eine ganz andere, moralisch unbedenkliche Begründung geschaffen wird, denn diese sind nunmehr nicht nur menschenrechtsgeprüft, sondern auch mit Menschenrechtsverletzungen z.B. durch eine die »innere Sicherheit« eines Landes bedrohende bewaffnete Gruppe rechtfertigbar. Festzuhalten bleibt weiterhin, dass sowohl die »Politische Erklärung«, als auch

(1) Rundbrief der Friedensbewegung, 2/2000, S. 28.
(2) Ebd. 2/2000, S. 26/27.
(3) Bestandsaufnahme. Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, S.112/113.
(4) Ebd., S. 113.
(5) Vgl. Christopher Steinmetz, Die Europäische Rüstungsagentur, in: ami 10 / 1999, S. 50 f.

Rüstungsexport



die »Richtlinien der EU« nicht rechtsverbindlich sind, d. h., es sind bei deren Verletzung keine Sanktionsmechanismen vorgesehen.
Doch nicht so fern von diesen Häppchen politischer Lyrik schreitet der politisch gewollte Kooperations- und Integrationsprozess zum Aufbau einer eigenen europäischen Verteidigungsindustrie schnell voran. Der neu entstandene Luft- und Raumfahrtkonzern EADS, als Zusammenschluss aus DaimlerChrysler (DASA) mit Aerospatiale Matra (Frankreich) und Casa (Spanien), ist mittlerweile die Nummer 1 in der europäischen Rüstungsindustrie und die Nummer 3 weltweit. An der Ausrüstung der Schnellen Eingreiftruppe der EU von 60000 Mann (bis 2003), die nach den Beschlüssen von Helsinki (November 1999) für die Sicherheit »in und um Europa« sorgen sollen, ist er z. B. mit dem äußerst wichtigen Projekt des Transportflugzeugs Airbus A400M beteiligt. Bei diesem Prozess der Integration der Rüstungsindustrien der Mitgliedsstaaten der EU wird in Scharpings »Bestandsaufnahme« betont, das längerfristige Ziel sei es, »der deutschen Industrie Chancengleichheit im Prozess der europäischen Konsolidierung zu sichern.« (3) Das erfordert natürlich auch eine »Harmonisierung der Exportpolitik in Europa« (4), damit es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen den einzelnen staatlichen und nichtstaatlichen Rüstungsunternehmen in der EU kommt. Eines der Instrumente mit dem Ziel der Harmonisierung ist die 1995 gegründete Western European Armaments Organisation (WEAO). In der Charta der WEAO haben WEU-Staaten eine Vereinbarung über künftige Forschungsschwerpunkte getroffen. Auch andere Schritte zur Einrichtung einer europäischen Rüstungsagentur wurden unternommen. 1996 vereinbarten Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien die OCCAR (Organisme Conjoint de Cooperation en Matière d'Armements). Diese hat die Aufgabe, konkrete Rüstungsprojekte auszuwählen und ihre Beschaffung zu begleiten. Die genannten vier Staaten wollen zukünftig bei Beschaffungsentscheidungen OCCAR-Projekte bevorzugen. (5) Weiteres erklärtes Ziel dieser »Harmonisierung« ist, die Synergieeffekte der Rüstungskooperation für Forschung und Entwicklung von wehrtechnischem Material nutzbar zu machen. Dafür wurde eigens eine Arbeitsgruppe »unter Einbeziehung des Auswärtigen Amts und des Wirtschaftsministeriums« gebildet, in der Verteidigungsministerium und Industrie versuchen, die bisherigen Defizite an »ordnungspolitischer Kompetenz« gegenüber der Rüstungsproduktion und den Rüstungsexporten zu beheben. Im Klartext: Als Teil der sicherheitspolitischen Konzepte der rot-grünen Bundesregierung werden Rüstungsproduktion und Rüstungsexport stärker an den nationalen Interessen der Bundesrepublik ausgerichtet werden. Polemisch gesprochen: Deutsche Soldaten sollen nicht unbedingt bei ihren Friedenseinsätzen durch deutsche Waffen zu Tode kommen, zumindest soll dieses Risiko vermindert werden, denn das könnte eine Störung der eigenen sicherheitspolitischen Konzepte zur Folge haben. Darüber hinaus könnte die Öffentlichkeit so etwas übel nehmen. Eine stärkere Regulierung von Rüstungsexporten im Sinne einer zielgerichteteren Lieferung an Verbündete und potenzielle Partner ist deshalb unerlässlich.

Fazit: Auch ein Esel muss nicht jede Möhre essen, die ihm hingehalten wird. Nicht mehr das Bemühen um eine bessere Legitimation von Rüstungsexporten und um menschenrechtlich begründete Regelwerke des Waffenexports müsste also im Vordergrund friedenspolitischer Bemühungen stehen, sondern die Forderung nach einer völligen Deregulierung des Rüstungsmarktes. Dann wäre wenigstens die Wahrscheinlichkeit höher, dass der deutsche Soldat bei seinem nächsten Friedenseinsatz ins Visier der eigenen Waffen gerät.

Richard Lorraine

TRANSPARENZ ODER VERBOT

Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung

»(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.
(2) Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.«
So lautet Artikel 26 des Grundgesetzes – neben der schweizerischen die weltweit einzige Verfassung, in der der kontrollierte Umgang mit Waffen Verfassungsrang hat. Doch diese historisch begründete Vorsicht reichte nicht weit. Art. 26 Abs. 2 GG ist die Verfassungsgrundlage, auf der das »entmilitarisierte Deutschland« (Potsdamer Abkommen, 2.8.1945) bis zum Jahre 2000 zum viertgrößten Waffenexporteur der Welt wuchs.

Der rechtliche Rahmen

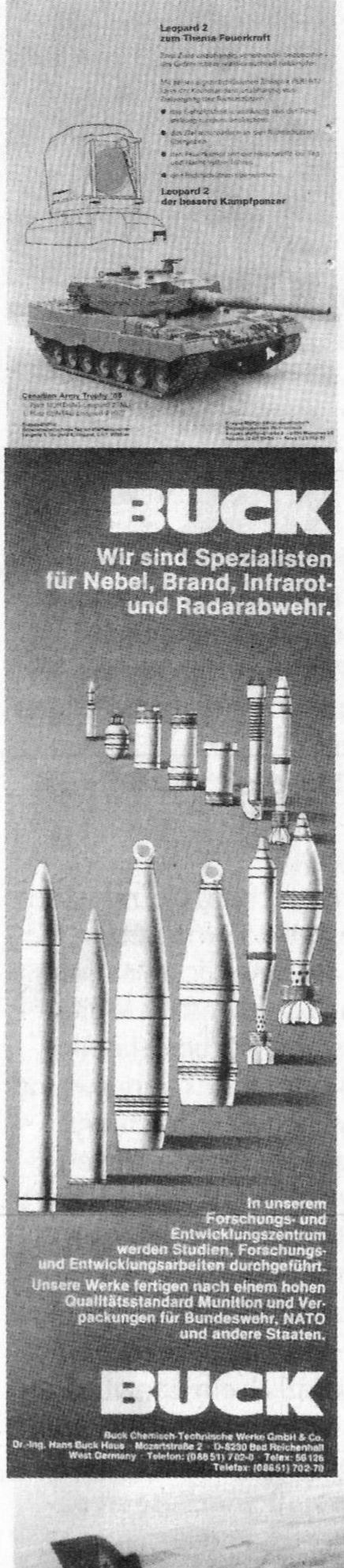
Das »Nähere« aus Art. 26 Abs. 2 GG ist das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) vom April 1961, in dem Kriegswaffen definiert und ihre Herstellung reglementiert werden. Für den Waffenexport von ähnlich großer Bedeutung ist das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) von 1961, konkretisiert durch die Außenwirtschaftsverordnung (AWV) mit ihren jeweils aktualisierten Ausfuhrlisten (AL). In den AL steht, welche sensiblen Güter an welche Länder exportiert werden bzw. bei welchen es deshalb einer Einzelfallprüfung bedarf. Nachrangig existieren zudem das Waffengesetz und das Sprengstoffgesetz, sowie die unverbindlichen Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung von 1965. Letztere wurden 1971, 1982 und 1999 überarbeitet.
Für den Rüstungsexport bedeutsam sind weiterhin eine Reihe internationaler Abkommen, in denen sich die BRD auf den Verzicht von Herstellung, Besitz und Export von ABC-Waffen verpflichtet hat: Deutschlandvertrag (1954), C-Waffen-Konvention (1975), 2+4-Vertrag (1990), außerdem Nicht-Weiterverbreitungs- und Exportkontrollregime: NPT (1968/75), Nuclear Suppliers Group/NSG (1974), MTCR-Raketenregime (1984/87), Australia-Group (1985), COCOM/Wassenaar-Arrangement (1949/95), UN-Waffenexportregister (1991).
Zuletzt gewinnen Rüstungsvereinbarungen der Europäischen Union zunehmend an Bedeutung (Dual-Use-Abkommen 1996, Code of Conduct 1998, Letter of Intend 1998/00), obwohl Rüstungsproduktion und -export ausdrücklich in Artikel 223 des EWG-Vertrages von 1957 – der auch im Maastricht-Vertrag 1992 bestätigt wurde – in nationaler Regie belassen wurden.

Wie funktioniert dieses Abkommen-Wirrwar in der Praxis deutscher Waffenexporte?

Die Ausfuhrliste/AL zur Außenwirtschaftsverordnung ist in zwei Abschnitte unterteilt: Abschnitt I ist eine Güterliste, die wiederum in Kategorien unterteilt ist:
A = Waffen, Munition, Rüstungsmaterial nach dem KWKG,
B = Kernenergieliste, zivile Komponenten nach dem AWG,
C = Dual-Use-Produkte und sonstige Waren nach EU-Verordnung (BT-Drs. 14/1414),
D = biologische und chemische Substanzen sowie BC-Anlagen nach dem KWKG.

Abschnitt II der AL ist eine Länderliste, in der die Zugangsberechtigungen für Waffenimporteure festgelegt sind:
- A/B = Nato-Staaten, ASEAN-Staaten und Gleichgestellte (Schweiz, Neuseeland, Australien etc.) – keine Exportbeschränkungen,
- C = ehemals kommunistische Staaten – Einzelfallprüfung, keine Spitzentechnik,
- D = Importeure mit Endverbleibsgarantie – begünstigendes Exportkriterium,
- I = Nichtunterzeichnerstaaten des NPT – erschwerendes Exportkriterium,
- K = Positivliste der OSZE-Staaten, exportbegünstigt,
- L = »Schurkenstaaten« (Afghanistan, Angola, Ex-Jugoslawien, Kuba, Libanon, Libyen, Irak, Iran, Mozambique, Myanmar, Nordkorea, Somalia, Syrien) – nur geringe Exportchancen.

Möchte eine Regierung einen deutschen Panzer kaufen, wendet sie sich zunächst vertrauensvoll an Krauss-Maffei Wegmann oder Rheinmetall. Das deutsche Rüstungsunternehmen fragt informell beim Bundesamt für Außenwirtschaft (BAFA) in Eschborn an, ob es bei dem Waffenexport Probleme geben könnte und was gegebenenfalls lieber nicht im Exportantrag stehen sollte. Das BAFA prüft als zuständige Behörde des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) die Anfrage nach der AL, sollte dabei aber auch politische Rahmenbedingungen wie Menschenrechtslage im Importland, UN-Embargos etc. berücksichtigen. Bei größeren Geschäften interveniert der Rüstungskunde zumeist zeitgleich auf politischer Ebene, sucht nach Absprachen mit dem deutschen Verteidigungsminister (Militärhilfen), dem Wirtschaftsminister (Hermes-Bürgschaften, Leasing- und Kompensationsgeschäfte), dem Außenminister und dem Bundeskanzler. Natürlich bekommen die Beamten des BAFA vom vorgesetzten BMWi einen Einblick in die politische Großwetterlage.
All diese Tipps erhält nun das Rüstungsunternehmen und stellt einen formellen Waffenexportantrag. In der Regel kann der Deal dann umgehend nach Aktenlage in Eschborn bewilligt werden. Statistisch stehen den Beamten für die Beurteilung jedes Antrages etwa drei Minuten zur Verfügung. Hilfreich sind dabei oft bereits genehmigte Vorläu-



ferprojekte. All dies geschieht unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Schätzungen gehen von einer Bewilligungsrate von 95% der Exportanträge aus.
In kritischen Fällen, etwa dem jüngsten Munitionsfabrik-Export in die Türkei – nach AL A-A/B genehmigungspflichtig, nach den Rüstungsexportbestimmungen von 1999 aber wegen Menschenrechtsverstößen in der Türkei abzulehnen – leitet das BAFA den Exportantrag an das übergeordnete BMWi zur Entscheidung weiter. Das BMWi prüft den Antrag unter ökonomischen Aspekten und bittet weitere Ministerien – zumeist AA und BMVg – um Stellungnahmen. Entweder trifft nun das BMWi daraufhin eine Entscheidung oder es leitet in besonders brisanten Fällen den Exportantrag an den Bundessicherheitsrat/BSR weiter. Im geheim tagenden BSR sitzen der Bundeskanzler und die Minister für Verteidigung, Äußeres, Wirtschaft, (seit 1998) Entwicklungszusammenarbeit, bei Bedarf auch die Minister für Inneres und Justiz. Hier wird nun eine endgültige Entscheidung getroffen, wobei es zuvor gelegentlich zu internationalen Konsultationen (wie z. B. beim Export von Hubschrauberträgern nach Taiwan) kommt.

Einschätzung

Eine demokratische Kontrolle deutscher Rüstungsexporte hat es zu keiner Zeit gegeben und sie ist von der Bundesregierung auch künftig nicht beabsichtigt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen dienten in den vergangenen Jahrzehnten stets lediglich dazu, internationale Exportharmonisierungen – insbesondere im Hinblick auf eine gemeinsame Nato-Politik – in Bezug auf kommunistische Staaten, neuerdings »Schurkenstaaten« oder »States of Concern« und UN-Embargos vorzunehmen. Doch sogar diese Selbstbeschränkungen wurden oftmals gebrochen – Rabta oder Tarhuna seien nur als Stichworte angemerkt, Cerberus, LAPAS, die Füchse an Saudi Arabien (1991) oder illegale Leos an die Türkei (1991) dürften nur die Spitze eines Eisberges sein.
Stets waren die wechselnden Bundesregierungen bemüht, unter Ausschluss der Öffentlichkeit so viele Waffen wie möglich zu exportieren. Die oft beschworenen »strengsten deutschen Exportbestimmungen« sind ein Mythos, der stets nach bekannt gewordenen neuen Skandalen für das Ausland bemüht wurde.
Beispielsweise kam die Regierung Kohl in ihren 16 Jahren ohne eine einzige Änderung der »Rüstungsexportbestimmungen« von Helmut Schmidt aus. Sie waren so unwichtig wie ihre Neufassung nun für die rot-grüne Regierung. Ähnlich belanglos ist der unverbindliche »Code of Conduct«, der 1998 mühsam für die EU erkämpft wurde. Mittlerweile schreiben europäische Rüstungsunternehmen im »Letter of Intend« selbst die Exportbestimmungen, zu denen sie künftig europaweit Waffen exportieren wollen – dankbar nicken die EU-Regierungen gerade diese Vorlagen ab. Denn die Rüstungswirtschaft hat längst den nationalstaatlichen Waffenchauvinismus als Expansionshindernis erkannt und setzt nun die Regierungen mit Standortdrohungen unter Druck. Wer waffentechnische Systemkompetenz behalten will, kommt ohne vereinfachte kostensenkende Exporte nicht aus. Noch immer geht die Politik diesem Prestigedenken auf den Leim, obwohl die Beschäftigungswirkung der deutschen Rüstungsindustrie gerade so hoch ist, wie die der heimischen Lederindustrie – erheblich höhere Kosten pro Arbeitsplatz. Den Preis zahlt die Bevölkerung in anderen Konfliktregionen, die mit ihren Kriegen wieder den Vorwand für deutsche Aufrüstung schafft.

Transparenz oder Verbot

Rechtliche Waffenexportbeschränkungen können nur greifen, wenn sie verbindlich sind und wenn sie von unabhängiger Seite kontrolliert werden. Bisher »kontrolliert« die Waffenexportbürokratie sich selbst. Unter Berufung auf »Geschäftsgeheimnisse« (§§ 203 StGB, 30 VwVfG) werden selbst Abgeordnete von brisanten Informationen ausgeschlossen (siehe z.B. BT.Drs. 13/5412). Doch Menschenrechte haben Verfassungsrang, ein Recht auf Waffengeschäfte gibt es nicht. Überfällig ist daher neben einklagbaren Rüstungsexportbestimmungen eine vollständige Transparenz des lebensgefährlichen Waffenmarkts. Es genügt nicht, ein Jahr nach den Waffendeals dies an das freiwillige – und daher höchst unvollständige – Rüstungsexportregister der UN zu melden. Gleichzeitig werden Journalisten verfolgt, die in Echtzeit von den vordemokratischen Kungeleien des Bundessicherheitsrates berichten. Wie in der Demokratie jedes Gesetz nur Gültigkeit erlangt, wenn es im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde, wie jede öffentliche Ausschreibung für Einwendungen publik gemacht werden muss, so sollte auch jeder Rüstungsexportantrag nur dann bearbeitet werden, wenn er zuvor veröffentlicht wurde. Denn Waffenexporte sind kein ziviles Geschäft. Ihre Auswirkungen haben öffentlichen Charakter. Deshalb muss die Öffentlichkeit auch die Möglichkeit haben, Stellung zu den erheblichen Risiken zu beziehen, die die Bundesregierung in ihrem Auftrag eingeht. Andernfalls kann das deutsche Rüstungsexportgebaren nur als unlegitimiert und damit unverantwortlich gewertet werden. Die Konsequenz wäre ein vollständiges Verbot aller Waffenexporte.

Stefan Gose

DEUTSCHE »STANDORT-TEILSTREITKRÄFTE« UND DER RÜSTUNGSEXPORTMARKT

Lamentieren gehört zum Geschäft, sofern nicht die eigenen Aktienbesitzer Adressaten der Wehklagen sind. Diesem Grundsatz folgen auch Vertreter der deutschen Rüstungsindustrie, wenn sie nach der Zukunft derselben befragt werden. Angesichts der immer verzwickteren Besitzverhältnisse und wechselnder Unternehmensallianzen malte Gunter Guseck, Kapitän a.D. und Geschäftsführer des Deutschen Marineinstituts, das Bild seines nationalen Super-GAUs: »Deutsche Ingenieure entwickeln und arbeiten nicht mehr für deutsche Interessen.« (1)

Konstruktion eines Sicherheitsproblems

Die Lobbyisten der Rüstungsindustrie versuchen mit solchen – aus ihrer Sicht – Horrorszenarien, die Öffentlichkeit auf ihren Modernisierungskurs einzuschwören. Angesichts dürftiger Rahmendaten und rückläufiger staatlicher Subventionen fällt dies leicht. Mit weniger als 100.000 Beschäftigten in der Rüstungsbranche (inklusive Zulieferern von Teilsystemen) und einem Umsatz von 15 Mrd. DM reiht sich diese Branche in ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft mit 0,3% der Beschäftigten, 0,4% des Bruttoinlandsprodukts und 0,13% des Exportvolumens (1999) unter die Schlusslichter ein. (2) Ihr Hauptargument lautet: Der Erhalt deutscher rüstungstechnischer Industrien ist notwendig für Deutschland, um nicht sicherheits- und verteidigungspolitisch ins Abseits zu geraten. Schützenhilfe erhalten sie von der Bundeswehr. Zur militärischen Bedeutung der Rüstungsindustrie bei der Umsetzung potentieller in reale Macht erklärt Joachim Rohde: »Daraus ergibt sich (...) ein politisches Interesse an der Gestaltung industrieller Aufwuchsprozesse in einer Krise, wobei die eigene nationale rüstungstechnologische und -industrielle Basis ein – wenn nicht das – entscheidende politische Steuerungsinstrument darstellt«. (3)
Für die Rüstungsindustrie geht es vor allem um ökonomische Vorteile einer gesicherten Auftragslage – sei es für noch so unnötige Großwaffensysteme. In der Vergangenheit wurde die internationale Wettbewerbsfähigkeit auf dem zivilen Markt durch Rüstungsaufträge maßgeblich gefördert. Höhere Stückzahlen ermöglichten eine breitere Fixkostenverteilung und damit Preisvorteile. Die oft antizyklische Auftragserteilung führte zu einer kontinuierlichen Auslastung der Betriebe. Noch hilfreicher war die Finanzierung neuer Produkt- und Fertigungstechnologien und der logistischen Versorgung, die auch im zivilen Sektor Wettbewerbsvorteile erbrachte. (4) Auch die inoffizielle Unterstützung der Regierung für Exporte, wie Schmiergeldaffären zeigen, funktionierte. Pikant ist auch, dass »nützliche Aufwendungen« (Bestechungen) u.a. in Rüstungsgeschäften bis 1999 steuerlich absetzbar waren. (5)

Um also Deutschlands »Sicherheitsproblem« zu beheben, hat die Industrie mehrere Vorschläge parat:
1. mehr staatliche Ausgaben für Investitionen,
2. mehr Outsourcing von Routineaufgaben aus der Bundeswehr, gleichbedeutend mit mehr Aufträgen an einzelne Unternehmen,
3. Europäisierung des militärischen Beschaffungswesens und
4. lockere Exportregelungen. (6)

Mit der Erfüllung von Punkt 1 rechnet die Industrie allerdings kaum. Versuche, Punkt 2 umzusetzen, laufen gegenwärtig an. Aber die eigentliche Marschrichtung betrifft Punkt 3 und 4 – damit die Weiterverbreitung deutscher Rüstung. Die bestehende deutsche Struktur der Rüstungsprojektvergabe und Subvention auf nationaler Ebene soll durch eine viel kompliziertere multilaterale Struktur auf europäischer Ebene abgelöst werden. (7) Lockere Exportgesetze sollen neue Märkte öffnen. Scharping hat dies verstanden. Im Augenblick wird über die Einrichtung einer Kreditanstalt für Verteidigungsinvestitionen verhandelt – auch zum Zweck der Exportfinanzierung. (8) Eigentlich ein fragwürdiges Vorgehen, denn wenn man die europaweite Konkurrenz als Teil der Integrationspolitik versteht, wäre mit dem Erreichen des integrierten europäischen Rüstungsmarktes der Erhalt deutscher Industrien nur noch regional- und strukturpolitisch zu begründen. Aber entscheidend ist, so die Militärs, »dass auf dem Weg zu diesem Markt die nationalen Einflussmöglichkeiten auf die Zieldefinition vom Vorhandensein und Stellenwert der jeweiligen nationalen Kapazitäten bestimmt werden«. (9) Es geht der Bundesregierung bei ihrer Förderung um die Beeinflussung der technischen Nato-Mindeststandards, damit bei multinationalen militärischen Einheiten keine großen Anpassungskosten entstehen.
Den Erhalt »nationaler wehrtechnischer Kapazitäten« versucht die Rüstungsindustrie auch auf europäischer Ebene durchzusetzen. Seit Anfang der 90er Jahre betreiben die deutschen Unternehmerverbände intensive Lobbyarbeit, entweder direkt oder über den europaweiten Zusammenschluss der Rüstungsindustrie (EDIG) 1990. Der erste Erfolg war 1995 die Einrichtung eines regelmäßigen Konsultationsforums bei der EU-Kommission zu Rüstungsfragen (Politiques d'Armament Europeenne), der zweite das Verfassen einer Stellungnahme zur Zukunft der Rüstungsindustrie in Europa 1997, die seitdem als Diskussionsvorlage gilt. Der dritte Erfolg war der über zwei Jahre vorbereitete Letter of Intent der sechs grössten europäischen Rüstungsproduzenten, der im Sommer 2000 verabschiedet wurde. (10)

(1) Europäische Sicherheit 7/00, S.50.
(2) Wehrtechnik II/00, S. 62.
(3) Joachim Rohde: Elemente einer deutschen Rüstungsstrategie, in: Heydrich/Lemke /Rohde (Hrsg.): Die Bundeswehr am Beginn einer neuen Epoche. Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 163.
(4) Rohde, s.o., S.182f.
(5) Davon hatte 1991 die damalige Thyssen Henschel für inzwischen gescheiterte Panzergeschäfte mit Saudi-Arabien (»Schreiber-Schmiergeldaffäre«) 220 Mio. DM von der nordrhein-westfälischen Finanzbehörde gewährt bekommen, mit der Begründung, dass in bestimmten Regionen Bestechungen unerlässlich sind. FAZ 14.1.00
(6) Wehrtechnik II/00, S.61ff. Z.B. sind die Zulieferungen an Rüstungsproduzenten in OECD-Staaten ohne Bundessicherheitsrats-Zustimmung genehmigungsfähig, sofern ihr Wert 20% des Wertes des Endprodukts nicht übersteigt oder wenn es um Reparaturen geht. Vgl. Dietmar Pietsch: Beschäftigungsfaktor Waffenexport, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1994, S.975.
(7) Peter Lock: Entmythologisierung eines Filzgiganten, in: Friedensforum 2/00, S.23.
(8) Diese soll es dem BMVg jenseits der Haushaltsetats erlauben, Kredite für größere Projekte aufzunehmen und Ausfallsbürgschaften zu leisten (Griephan-Berichte Wehrdienst 3/00).
(9) Rohde, s.o., S. 174.
(10) Vgl. ami 11/99, S.46f.; Außerdem: »Für deutsche Zulieferung von Teilen ist das Kooperationspartnerland ausfuhrrechtlich Käufer- und Verbraucherland. Wenn diese Teile durch festen Einbau in das Waffensystem integriert werden, begründet die Verarbeitung im Partnerland ausfuhrrechtlich einen neuen Warenursprung.« (Zitiert nach Griephan-Berichte Wehrdienst 6/00).

Fusionitis in Deutschland

Ironischerweise hat gerade der Rückgang der staatlichen Rüstungsaufträge (»Friedensdividende«) zu einer Konzentration des zuvor fragmentierten deutschen Rüstungsgeschäfts geführt. In den Einzelbereichen kann man jeweils einen Marktführer identifizieren, der mehr als 10% seiner Erlöse mit der Produktion von Waffensystemen erzielt. Bei der militärischen Luft- und Raumfahrt dominiert die DaimlerChrysler Tochter DASA alle relevanten Produktionsbereiche: Flugzeuge, Hubschrauber, Satelliten/Aufklärung, Lenkflugkörper (Raketen und Drohnen), Triebwerke. Durch die Eingliederung der DASA in die EADS AG ist DaimlerChrysler an den meisten europäischen Beschaffungsvorhaben beteiligt. Nur im Bereich der Lenkflugkörper konnte sich das Familienunternehmen Diehl behaupten und versucht, durch Kooperation mit britischen und US-Firmen eine Nische zu erobern. In der Luft- und Raumfahrtindustrie waren 1998 zirka 61.000 Personen beschäftigt, davon 20.000 in der direkten Rüstungsproduktion. Der Gesamtumsatz lag laut Wehrtechnik II/001999 bei 25,5 Mrd. DM, 25% davon durch militärische Güter. 1998 erzielte die DASA einen Umsatz von zirka 18 Mrd. DM, davon 6 Mrd. durch Rüstungsverkauf (31%), und einen Gesamtprofit von 1,2 Mrd. DM. Bei der DASA waren 1998 46.000 Menschen beschäftigt. Der Diehl-Konzern erzielte 1998 3,4 Mrd. DM Umsatz, davon 1,1 Mrd. DM durch Rüstungsgüter (31%). Diehl beschäftigte 12.610 Menschen. (11)

Im Marineschiffbau dominieren die BabcockBorsig Tochter HDW und die Thyssen-Töchter Blohm & Voss sowie TNSW AG die Produktion. Während Thyssen lieber einen Zusammenschluss der drei Werften auf nationaler Ebene sehen würde, hat sich die HDW international ausgerichtet und bestimmt durch internationale Kooperation 80% des konventionellen U-Boot-Marktes weltweit. In diesem Segment sind zirka 25.000 Personen beschäftigt, 7.700 davon direkt im Rüstungsbereich. HDW erzielte mit 3.000 Beschäftigten 1998 zirka. 1,2 Mrd. DM Umsatz, davon 560 Mio. DM (48%) mit Rüstungsgütern. Der Profit betrug 56 Mio. DM. (12)

Im Bereich der landgestützten Großwaffensysteme bestimmt die Rheinmetall-Tochter Rheinmetall DeTec die Branche (Minen, Panzer, Rohrbau). Daneben besitzt nur noch Krauss-Maffei Wegmann die so genannte Systemkompetenz im Panzerbau. Hier wird mit Fusionen auf europäischer Ebene gerechnet, sobald das Eurokonsortium beginnt, die GTK-Militärfahrzeuge tatsächlich herzustellen. In diesem Segment arbeiten 20.000 Menschen, ein Gesamtumsatz von zirka 1,8 Mrd. DM wird erzielt. 1998 erzielte Rheinmetall DeTec einen Umsatz von 1,2 Mrd. DM (100% Rüstung) bei 80 Mio. DM Profit und 3.500 Beschäftigten. Die Krauss-Maffei Wegmann Gruppe machte 640 Mio. DM Umsatz und beschäftigte 1.100 Menschen. (13)

Diese Entwicklungen sind das Ergebnis des erhöhten europäischen Anpassungsdrucks und der reduzierten staatlichen Subventionen für diese Branche. Die Einstellung und Streckung von immer mehr staatlichen Beschaffungsvorhaben bedeutete für viele Firmen das Aus im Rüstungssektor. Die wenigen verbliebenen Unternehmen forcierten den Zusammenschluss bis hin in transnationale Strukturen, um sich endgültig dem Zugriff und der Abhängigkeit von nur einem Staat zu entziehen.

Die Internationalisierung der Rüstungsindustrie ist kein neues Phänomen. Es begann mit der Einrichtung von Ad-hoc-Programmbüros für gemeinsame Rüstungsprojekte, u.a. zur Senkung der Stückkosten. Parallel fusionierten nationale Anbieter ähnlicher Systeme, u.a. um Kosten zu sparen. Darauf folgten internationale Joint Ventures mit Auslagerung ganzer Produktpaletten zur Optimierung der Entwicklungs- und Verwaltungskosten. Es wurde für die Unternehmen wichtig, durch Fusionen und Übernahmen auch ihre Angebotspalette vertikal zu erweitern, z. B. im Bereich Logistik/Instandhaltung. Transnationale Konzerne (TNK) können die Anfangsinvestitionen für Forschung und Entwicklung leichter aufbringen, die bei Militärprogrammen 20 bis 30% ausmachen und sich nur bei größeren Stückzahlen rentieren. Außerdem erlaubt die breitere Produktpalette eines transnationalen Konzerns eine Abfederung der Risiken. Schließlich bietet sie mehr Spielraum für die inzwischen üblichen Kompensationsgeschäfte bei Exporten. (14)

Wie oben angesprochen, war wieder einmal die DaimlerChrysler AG Vorreiter der deutschen Rüstungsindustrie. Die DaimlerChrysler-Tochter DASA (aus aktienparitätischen Gründen mit Ausnahme der DASA-Tochter MTU) ist in diesem Jahr mit dem französischen Rüstungsunternehmen Aerospatioale-Matra des Lagardere Konzerns und dem Rüstungsunternehmen CASA des spanischen Sepi-Konzerns zur European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) fusioniert – mit Sitz in den Niederlanden. Als europäische Nr.1 (weltweit Nr.3) wird der Rüstungskonzern 93.000 Angestellte beschäftigen, 45 Mrd. DM Umsatz machen, und dabei 2 Mrd. DM Profit erwirtschaften. (15) Der

Dornier leistet wesentliche Beiträge zur Sicherheit.

EADS-Rüstungsbereich ist an allen relevanten Rüstungsprojekten der nächsten 10 Jahre im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie beteiligt. (16)
Spätestens mit der Gründung der EADS muss jedem klar geworden sein, dass es im eigentlichen Sinne keine deutsche Rüstungsindustrie mehr gibt, auch wenn bezogen auf die EADS DaimlerChrysler weiterhin maßgebliche Einflussmöglichkeiten haben wird. Profite – auch durch Exporte – werden europaweit erwirtschaftet. Das Geflecht gegenseitiger Beteiligungen und wechselnder Mehrheiten erschwert die Zuordnung und auch die Bestimmung des genauen Verlaufs einer Produktionskette. Dies stellt zum einen ein Problem für die Gesellschaft in den Regionen dar, in die europäische Waffen exportiert werden. Die Industrie kann beruhigt davon ausgehen, dass die Opfer ihrer Waffensysteme bestimmt keine Aktienbesitzer sind und auf der Jahresvollversammlung auftauchen werden. Zum anderen bringt diese Entwicklung Schwierigkeiten für die Öffentlichkeit und für die Rüstungsexportgegner in Deutschland, weil die Angriffspunkte weniger offensichtlich sind.

Gefahr durch Exporte?

Keinesfalls soll das folgende als Apologie der Rüstungsindustrie verstanden werden. Es geht vielmehr um eine Bewertung ihrer Intentionen und die Identifizierung der eigentlichen Gefahr in Bezug auf Rüstungsexporte.
Zwar lag Deutschland laut Congressional Research Service mit 1999 geschlossenen Rüstungsabkommen im Wert von rund 4 Mrd. DM weltweit auf Rang drei, davon Abkommen mit Entwicklungsländern über 2 Mrd. DM. (17) Aber von einer Expansion der Absatzmärkte für deutsche Rüstungstechnologien kann jedoch nicht geredet werden, sofern es um die eindeutig militärischen Systemtechnologien geht. 1998 wurden laut SIPRI Großwaffensysteme im Wert von 1,8 Mrd. DM exportiert. (18)
Bedenklich sind in erster Linie der Verwendungszweck der Waffensysteme sowie die Zielsetzungen der Käufer – nicht der Exportumfang. Der Anteil der (Bürger)kriegsstaaten an den gemeldeten Exporten liegt bei 50% (Türkei 44,8%, Kolumbien 4,0%, Nahost 0,4%, Indien 1,7%), der von Spannungsgebieten bei 25,2% (Südkorea 8,5%, Litauen 0,7%, Mazedonien 0,6%, Griechenland 13,4%).
Die zweitgrößte Profitquelle für die Rüstungsindustrie, die Erlöse aus der Lizenzproduktion, birgt die größte direkte Proliferationsgefahr. Sie umfasst überwiegend Kleinwaffen, Minen und leichte Panzer und Schiffe, zum Beispiel G3-Gewehre und bald auch Munition für das HK33-Schnellfeuergewehr in der Türkei.
In Zukunft werden Rüstungsexporte meist in Form von Joint Ventures oder über TNK abgewickelt werden, deren Sitz in Staaten mit laxeren Gesetzen liegt. Die Einnahmen fallen dann nicht vollständig unter deutsches Unternehmens- und Steuerrecht, so dass Umfang und Profite dieser Exporte dann auch nicht vollständig zu erfassen sind.
An vielen kritischen Rüstungsexporten der Bundeswehr in sogenannte befreundete (Nato-)Staaten partizipiert die Industrie nur begrenzt – vor allem in Form von Instandsetzungs- und Ausbildungsaufgaben. Zwei aktuelle Beispiele:
Verkauf von 23 Minenwerfern des Typs Skorpion an Griechenland. Der Export ist zweifach brisant, da der Skorpion bis zu 600 Minen des Typs AT-2 verlegen kann, die von NGOs trotz offizieller Bezeichnung »Panzerabwehrmine« als Antipersonenminen klassifiziert werden und die vor allem zum »Knacken« schwerer Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 geeignet sind.
Im Januar 2000 wurde mit der Lieferung von 115 gepanzerten Transportern an Mazedonien begonnen. Im Oktober 1999 wurde die Lieferung von 300 Geländewagen, 150 Mannschaftstransportern, 100.000 Sturmgewehren G3, 10.000 Maschinenpistolen und 150 Luftabwehrwaffen vereinbart. (19)

Kritische Entwicklung

Exporthindernisse sind nur noch dann ein Problem, wenn die nationale Restindustrie dringend reformiert werden muss, um bei den anstehenden Fusionen auf europäischer Ebene mitzuspielen. Um bei einer Fusion weiterhin mitbestimmen zu können, ist es wichtig, dass man zum Zeitpunkt der Vereinbarungen die Infrastruktur, die technischen Möglichkeiten und dicke Auftragsbücher besitzt.
Im Vordergrund steht nicht, Profite durch Rüstungsexporte zu erwirtschaften, sondern am Aufbau europaweiter Kartelle gestalterisch mitzuwirken, die andere noch andere, profitablere Wirtschaftszweige mit umfassen werden. Sozusagen nebenbei werden durch Kartellbildung der Angebotsseite mit einer europäischen Beschaffungsstruktur bestehende Rüstungsprofite abgesichert.
Damit werden die Struktur und der Einfluss der TNK zum eigentlichen Problem. Diese Konzerne entziehen sich jedem Zugriff der Öffentlichkeit und bestimmen trotzdem durch ihre Größe innergesellschaftliche Konflikte. Anders als vielleicht noch früheren Rüstungsunternehmen geht es ihnen heute nicht um eine nationale oder sicherheitspolitische Vision – die immerhin politisch anzugreifen wäre, sondern um Shareholder Value pur.
Hier wird der Rüstungsexport nur zu einem Mosaikstein der Konzernstrategie, an möglichst vielen Subventionstöpfen beteiligt zu werden, aber trotzdem den Regierungen die Bedingungen für Aufträge zu stellen. Man darf nicht vergessen, dass die Gründung der EADS hauptsächlich mit einer Vereinfachung des Airbus-Managements zu tun hat, da die steigende Nachfrage bei klarer Unternehmensstruktur große Profite ermöglicht. (20)
Im Bereich der europäische Rüstungsindustrie scheinen die TNK mit Erfolg den EU-Mitgliedsstaaten ihre Agenda aufgezwungen zu haben. Die Staaten versuchen, wenigstens Kontrollgesetze zu entwickeln (EU-Unternehmensrecht, Steuerrecht etc.). Die neuen Beschaffungsprojekte werden gemeinsam mit den verbleibenden europäischen TNK entwickelt, gemäß dem Prinzip »buy european«. Dabei wird die Frage nach dem Weiterexport in abgespeckter Form zur Reduzierung der Stückkosten und Auslagerung der Entwicklungskosten eine immer wichtigere Rolle einnehmen – ohne öffentliche Kontrolle.

Christopher Steinmetz

(11) Sipri Jahrbuch 2000, unter first.sipri.org:7020/irsis_star.
(12) Vgl. Griephan-Bericht Wehrdienst 3/00, Morgenpost 28.2.00, und Sipri Jahrbuch 2000, unter first.sipri.org:7020/irsis_star.
(13) Vgl. Wehrtechnik III/99, S. 33f. und Sipri Jahrbuch 2000, ebd.
(14) Burkhard Schmitt: From Cooperation to Integration. WEU, Chaillot Paper Nr.40, Juli 2000, S.17 unter www.eu.int/institute/chaillot/chai40ex.htm.
(15) Berliner Zeitung vom 12.5.00.
(16) Der Konzern kontrolliert die Beschaffungsvorhaben für: Airbus 400 MT, Tiger, NH-90, die Raketensysteme Milan, Hot, Roland. Über Euromissile Dynamics ist EADS an der METEOR-Bewaffnung für den EF2000 beteiligt, über Joint Ventures und Konsortien Panavia an dem Tornado-Programm, über Astrium an der Satellitenentwicklung. Außerdem hat die EADS am 14.4.00 mit Alenia die Gründung einer Firma zum Militärflugzeugbau (EF2000) vereinbart. Berliner Zeitung vom 15/16.4.00.
(17) Rachel Stohl: U.S. Still Number One Arms Exporter, www.cdi.org/weekly/2000/issue34.html#2, 24.8.00.
(18) Vgl. epd- 23/24/99, S.51. Der Umfang des Exports von Dual-Use Technologien und des Erlöses aus der Lizenzproduktion im Ausland ist schwer zu schätzen.
(19) taz 4.11.99; FR 14.1.00.
(20) Schmitt, s.o., S.28.

GELD UND ANDERE GRÜNDE – PANZEREXPORT IN DIE TÜRKEI

Er glaube nicht, dass die Straßen Birminghams mit Gold und Silber gepflastert seien und dass man sich dort alles leisten könne, was das Militär sich wünsche, diktierte einst der ehemalige Englischlehrer und damalige deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) beim Treffen der Nato-Verteidigungsminister im schottischen Gleneagles 1992 in die Notizblöcke der britischen Presse (1) und gab damit seinem britischen Kollegen Rifkind öffentlich den Rat, auf die Anschaffung des Jagdflugzeugs Jäger 90 zu verzichten, denn (in Anspielung auf die geplante Zechenstillegung in Birmingham): »Ich wüsste gern, wie mein britischer Kollege das seinen Bergleuten erklären will.«
Das ist lange her, und in Großbritannien ist das böse Foul Rühes, nämlich die Interessen der Bergarbeiter publikumswirksam ins Spiel zu bringen, wenn nicht verziehen, so doch vergessen – wie die Person Rühes selbst.
Deutschland hatte damals vereinigungsbedingte Finanzprobleme, und Rühe versuchte, das europäische Rüstungsprojekt Jäger 90 fallen zu lassen, doch Großbritannien gab nicht nach. Kurzzeitig wurde von der Bundesregierung noch der deutsche Alleinausstieg aus dem Programm erwogen.
Nach intensiver Lobbyarbeit durch die Daimler-Benz-Tochter DASA (heute EADS) in Politik und Öffentlichkeit wurde jedoch ein Meinungsschwenk vollzogen. Es war am damaligen niedersächsischen Ministerpäsidenten und heutigen Kanzler Schröder (SPD), den Knoten durchzuschlagen, indem er forderte, wenn man schon Flugzeuge anschaffe, müsse man sie auch in Deutschland bauen lassen. (2)
Das Ergebnis der Ausstiegsbemühungen war lediglich, dass der Jäger 90 als Eurofighter 2000 an den Start ging und dass Rühe einen Stückpreis von 90 Mio. DM anstatt 120 Mio. DM vereinbarte.
Inzwischen beträgt der Stückpreis schon 160 Mio. DM. Mittlerweile sind europaweit 600 Flugzeuge des Typs geordert, allein die Bundeswehr hat 180 Stück für insgesamt zirka 29 Mrd. DM auf der Liste.
Diese kleine Geschichte mag als Beispiel dafür gelten, dass sich die Industrie mit einmal getroffenen politischen Entscheidungen, Rüstungsprojekte nicht zu verwirklichen, nicht einfach zufrieden gibt und auch erfolgreich dagegen anzugehen versteht.

Sozialdemokratische Kreuzweise (Kampfpanzer und Panzerkreuzer A)

Das mag man im Hinterkopf behalten, wenn man die Entscheidung der Bundesregierung betrachtet, den Export von 1.000 Leopard-2-Panzern in die Türkei derzeit nicht zu genehmigen.
Auch der Beschluss des Berliner SPD-Bundesparteitages (7.–9.12.99), den Panzerexport abzulehnen, birgt keine Sicherheit, denn auch die Genehmigung zur Lieferung einer Munitionsfabrik (August 2000) widerspricht schon diesem Beschluss, genau wie ihm die Lieferung von 40.000 leichten und schweren Militär-LKW (3) widersprechen wird. Den Antrag darauf muss DaimlerChrysler allerdings erst noch einreichen, bevor der Bundessicherheitsrat in geheimer Abstimmung zustimmen kann.
Auch gibt es in der SPD eine lange Tradition dafür, dass Kabinettsmitglieder entgegen Programmen und Beschlüssen klar Stellung für den militärisch-industriellen Komplex beziehen. So warb die Partei bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 mit dem Motto »Kinderspeisung und Wohnungen statt Schlachtschiffe«. Kaum an der Regierung, stimmten die Minister im August 1928 für den Bau des gigantischen Panzerkreuzers A. Im Reichstag kämpfte besonders der Rüstungsexperte Julius Leber für diese Linie.
Der in den siebziger Jahren vom damaligen Bundeskanzler Schmidt (SPD) angestrebte Verkauf von 1.000 Leopard-1-Panzern nach Saudi Arabien unterblieb nur wegen massivem Druck aus den USA, die darin eine erhebliche Gefährdung Israels sahen; der Export wäre an den eigenen Parteigenossen sicher nicht gescheitert – und selbige dürfen auch den heutigen Kanzler kreuzweise...

Kapital- und Meinungsbildung

Bei der Entscheidungsfindung zu Panzerlieferungen ist Geld eine wichtige Hilfe. Das lehrt das Beispiel des Verkaufs von 36 Spürpanzern (Fuchs) nach Saudi-Arabien im Jahr 1991.
Im Rahmen des 1. Untersuchungsausschusses des Bundestages wird im Augenblick erforscht, inwieweit die Entscheidung der geheimen Sitzung des Bundessicherheitssrates (einem Gremium der Exekutive) vom 27.2.1991 gekauft wurde, welche den Verkauf erlaubte.
Ohne zu sehr auf den Fall einzugehen, sollen kurz die Prinzipien benannt werden, die das Interessengeflecht aus Politik und Industrie und Korruption gedeihen lassen.
1. Verzahnung von Personal und Interessen in Politik und Industrie:
StaatssekretärInnen aus dem Verteidigungsministerium – Hürland-Brüning – CDU, Pfahls (4) – bis August CSU – wurden für ihr Wohlverhalten mit Managementposten und BeraterInnenverträgen bei Daimler-Benz und Thyssen belohnt und haben beide mehrere Mio. DM am Saudi-Arabien-Geschäft verdient.
Der Ex-Thyssenmanager Helmut Wieczorek (5) (SPD) (er soll Geld in der Panzeraffäre übergeben haben) leitet den Verteidigungsausschuss des Bundestages. Das ist auch deswegen interessant, weil der Bundestag nicht befugt ist, einen eigenen Untersuchungsausschuss in Fragen einzusetzen, die die Verteidigung berühren. In dem Falle nimmt der Verteidigungsausschuss gleichzeitig die Aufgaben eines Untersuchungsausschusses wahr (Art. 43, 45 GG). Sollte also bei Waffenlieferungen in ein Nato-Land (z.B. die Türkei) etwas schiefgehen, würde der

erfahrene Rüstungsmanager Wieczorek die parlamentarische Untersuchung leiten.
2. Geheimhaltung:
Der Bundessicherheitsrat tagt geheim und ist keiner Kontrolle unterworfen. Den Sinn der Geheimhaltung erläuterte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Peter Zumkley (6): »Wenn wir Rüstungsdebatten öffentlich führen, begeben wir uns außenpolitisch ins Abseits und gefährden unsere außenpolitische Handlungsfähigkeit.« Die Geheimhaltung wird auch durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss nicht aufgehoben. Die ZeugInnen, die mit sogenannten Kernaufgaben der Bundesregierung betraut sind oder waren, bedürfen einer Aussagegenehmigung durch die amtierende Bundesregierung, welche aber nur teilweise gewährt wird. So hieß es bei der Vernehmung von Wolfgang Schäuble am 13.4.2000, von der Aussagegenehmigung seien Dinge ausgenommen, die dem Geheimnisschutz widersprechen würden oder die die Willensbildung und die Eigensicherung der Bundesrepublik Deutschland beträfen.
3. Die Entscheidung des Exportes von Rüstungsgütern war stets und bleibt eine nicht justiziable politische Entscheidung.
Weder die erst am 17.1.2000 erlassenen »Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern«, noch der bezeichnenderweise auf der Rüstungsexportmesse in Farnborough am 27.7.00 geschlossene »Rahmenvertrag (7) zur Genehmigung von Rüstungsexporten« zwischen Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien, Schweden und Deutschland legen exakt fest, wann ein Rüstungsexport zu unterbleiben hat. Der Rahmenvertrag ist explizit als Instrument der Förderung der europäischen Rüstungsindustrie angelegt.

Die Infrastruktur für Korruption und Bestechung ist also gegeben und wenn man bei einem Auftragsvolumen von 7 Mrd. US-Dollar (bei 1.000 Leopard-Panzern) vorsichtig von einem 5%-Anteil an Schmiergeldern ausgeht, so bedeutet das, dass immerhin 350 Mio. US-Dollar zu verteilen sind (Nato-Kaskade). Deswegen verschwinden die Panzer in der Tat nicht von der politischen Tagesordnung. Deswegen wird in der Türkei auch bis jetzt so hartnäckig am Leoparden festgehalten. In dieser Hinsicht spricht gerade der hohe Preis für den Leoparden und gegen die Konkurrenz aus Europa und Amerika. In der Tat hat sich mit dem Vorsitzenden der ANAP-Partei (und ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten) Mesut Yilmaz schon lange vor Beginn der Vergleichstests ein türkischer Politiker für den Panzer aus Deutschland ausgesprochen (8), der immer wieder massiven Korruptionvorwürfen ausgesetzt ist. Bisher wurde die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses stets abgewehrt (9), da sonst die ANAP die jeweilige Regierungskoalition hätte platzen lassen.

Fusionen

Kampfpanzer verschiedener Hersteller aus Frankreich, USA oder Deutschland unterscheiden sich hauptsächlich in der Panzerung, besitzen ansonsten aber gleiche oder baugleiche Komponenten deutscher Zulieferer (Kanone, Motor, Getriebe etc.) Deswegen, so könnte man annehmen, könnte es deutschen Zulieferfirmen doch egal sein, welcher Panzerhersteller letzten Endes den Zuschlag bekommt. (10) Allerdings stehen in der europäischen Rüstungsindustrie weitere Fusionen (11) an – in der Luft- und Raumfahrt wurden sie schon vollzogen -, die auch an der Zulieferindustrie nicht spurlos vorbeigehen werden, und solch ein großer Auftrag kann über Fressen oder Gefressenwerden entscheiden.
Der Bericht zur Strukturreform der Bundeswehr der Weizsäcker-Komission (12) legt im Rüstungsbereich Kooperationen oder Fusionen auf europäischer Ebene nahe. So heißt es in Punkt 204: »Wehrtechnische Sektoren, auf denen Deutschland führend ist, so bei Panzern, Rohrartillerie, Fahrzeugen und Munition, müssen in europäischer Kooperation umstrukturiert werden.«

Deutsche Interessen in der Region

Fusionen – Korruption, das betrifft viele Industriezweige und Exporte in alle möglichen Länder. Beim Export von Kampfpanzern in die Türkei kommt noch der spezifische Zweck hinzu, den sie dort erfüllen.
Mit der Nato-Doktrin von 1999 werden offiziell nicht nur das Bündnisgebiet, sondern auch die Interessen in der »Peripherie« des Bündnisses verteidigt. Das ist neben der sogenannten Selbstmandatierung die wesentliche Neuerung der Doktrin.
Von besonderem Interesse sind dabei der Nahe Osten und die Kaukasusregion wegen der dortigen Ölvorkommen. (13)
Im Eckwertepapier (14) des damaligen Generalinspekteurs der Bundeswehr Kirchbach heißt es im Kapitel 1.1 (Sicherheitspolitische Lage): »Unser Land liegt heute inmitten eines erweiterten Stabilitätsraumes«, und zwei Sätze weiter: »Die Konturen einer euroatlantischen Friedensordnung zeichnen sich ab.« Dabei handelt es sich mit dem angestrebten Nato-Beitritt von Georgien durchaus um Konturen auf der Landkarte, und die Erweiterung zielt klar auf den Kaukasus.
Zur EU-Erweiterung nach Osten (z.B. Türkei) heißt es im Weizsäcker-Papier: »Die Ausdehnung ihres Stabilitätsraumes nach Osten dient der Sicherheit keines anderen Landes so sehr wie der des unseren.« (15)
Der deutsche Drang nach Osten ist nicht neu, sondern historisch belegt. Sowohl im ersten als auch im zweiten Weltkrieg wurde den Ölvorkommen des Kaukasus besondere strategische Bedeutung zugemessen. »Sie standen auf der Wunschliste deutscher Imperialisten. So läßt sich ab Juli 1918 sagen, (...) dass die deutsche Oberste Heeresleitung seit geraumer Zeit (...) Anstalten gemacht hatte, auch Georgien und den Kaukasus dem deutsche Machtbereich zu unterwerfen (...)« (16)
»Ein geheimer Zusatz des Friedensabkommens von Brest-Litowsk (3.3.1918) zwischen der Sowjetunion und den Mittelmächten (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Osmanisches Reich) sah parallele Aktionen gegen die Briten in Murmansk und Baku vor. Die Zusatzverträge stellten, für sich gesehen, einen neuen Höhepunkt der Demütigung

(1) FR vom 22. 10. 1992
(2) Schon 1992/93 begann die SPD, um das »Vertrauen« der Industrie zu werben.
(3) Jane's Defence Weekly 23.8.2000.
(4) Gegen Pfahls (auch Ex-Staatsschutzchef) liegt ein Haftbefehl vor, der aber vom bayrischen Generalstaatsanwalt eine Woche ausgesetzt wurde, so dass Pfahls untertauchen konnte.
(5) H. Wieczorek wird vermutlich noch vor Drucklegung dieses Heftes vom U-Ausschuss verhört.
(6) Berliner Zeitung, 17.3.00.
(7) In wichtigen Punkten fällt der Rahmenvertrag hinter die Grundsätze vom 17.1.2000 zurück.
(8) FR vom 26.11.1999.
(9) Zuletzt im Juni 2000, siehe FR vom 8.6.2000.
(10) Bei der Vorstellung des Geschäftsabschlusses 1999 im März 2000 lobte der MTU-Chef Rolf Hansen (Friedrichshafen) noch einmal die Entscheidung der Lieferung eines Testpanzers in die Türkei und stellte fest, damit seien die Chancen gestiegen, bei dem wichtigen Kunden Türkei weiter zum Zuge zu kommen.
(11) Zu den Krauss-Maffei-Wegmann betreffenden bzw. ausstehenden Fusionen siehe auch: B. Nobbe, Über Leoparden und einiges mehr – Argumente gegen die Nato-Aufrüstung, Berlin Juli 2000.
(12) Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr, Weizsäcker-Bericht an die Bundesregierung, 23.5.00.
(13) Siehe auch in illoyal *Nr. 12 (Sommer) 2000.*
(14) Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Entwicklung der Streitkräfte, Bonn, 23.5.2000.
(15) Votum von Steinbach und Müller im Weizsäcker-Papier.
(16) Fischer Weltgeschichte Bd. 26, Das Zeitalter des Imperialismus, Seite 359.
(17) Ebd. Seite 360.
(18) Serie des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes zum 2. Weltkrieg, S. 774.
(19) Ebd. S. 783, beide Quellen nach Carl Dirks, Karl-Heinz Janßen, Der Krieg der Generäle, Propyläen 1999.
(20) Gerger, Haluk; TU-Vortrag am 25.3.2000.

SYSTEMTECHNIK

BUCK TECHNOLOGIEN

Fire and Forget?

No Chance!

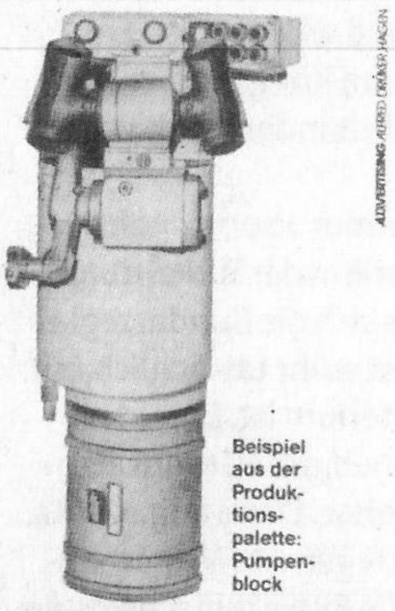
SELBSTSCHUTZ FÜR DAS HEER

Modulare Selbstschutzanlage SSA zur Kampfwertsteigerung von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen. Neuartige IR-Nebelwurfkörper mit Tarn- und Täuschwirkung. Geräte für Einsatz, Ausbildung und Übung.

BUCK SYSTEM GMBH
Hans-Buck-Strasse 1
D-79395 Neuenburg
Tel: 0 76 31/7 02-0
Fax: 0 76 31/7 02 70

Vielen Dank für Ihren Einkauf.
Auf Wiedersehen.

Kampfwerterhaltung durch Komponentenverbesserung.



Beispiel aus der Produktionspalette: Pumpenblock

Systeme veralten nicht auf einen Schlag, sondern im Detail. Das heißt: eine Aktualisierung kann schon oft mit geringem Aufwand erreicht werden. Der Anschluß an den heutigen Stand, das ist die Innovation, die Ihnen Glückauf Hydraulik Sondertechnik bietet. Kompetenz durch Können.
Sprechen Sie mit dem zuständigen Experten.

GLÜCKAUF HYDRAULIK

Hydraulik macht mobil
Maschinenfabrik Glückauf Sondertechnik
Am Maibusch 108 – 112 · 4650 Gelsenkirchen

Zukunft durch Kooperation

Am 29. September 1994 wurde die Fregatte BRANDENBURG, das Typschiff der Fregatten der Klasse 123, von der Blohm+Voss AG – drei Monate vor dem vertraglich vereinbarten Termin – an den öffentlichen Auftraggeber abgeliefert.

Vielen Dank für Ihren Einkauf.
Auf Wiedersehen.

Russlands dar; zugleich aber setzten sie noch viel weiter gehenden Annexionsplänen namentlich der Obersten Heeresleitung, die sich in den Bahnen Alexanders des Großen bewegten, ein vorläufiges Ende und gaben den Bolschewiki relative Sicherheit gegen eine deutsche Intervention.« (17)
Im zweiten Weltkrieg befürwortete Generaloberst Halder (Generalstabschef des Heeres 1938-42) die Einnahme des Kaukasus durch deutsche Truppen mit der Begründung, die Region habe für das Reich »etwa die gleiche Bedeutung, wie die Provinz Schlesien für Preußen.« »Erst durch Besitz dieses Gebietes wird das deutsche Kriegsreich auf Dauer lebensfähig.« (18) Hitler äußerte sich vor seinen Generälen: »Wenn ich das Öl von Maikop und Grosny nicht bekomme, muss ich diesen Krieg liquidieren.« (19)

Fetisch türkischer Generäle?

Das ist die Geschichte deutscher Interessensphärenpolitik im Kaukasus, und auch die gegenwärtige deutsche Politik ist – eingebettet in die Nato-Doktrin (freier Zugang zu Rohstoffen etc.) – aggressiv.
Die Türkei vertritt die Bündnisinteressen an der Süd-Ost-Flanke des Bündnisgebietes, und sie hat enorme ökonomische und militärische Anstrengungen zu leisten, um diesen Anforderungen gerecht werden zu können. (20) Deswegen wäre es verfehlt, das türkische Kaufgesuch von 1.000 Kampfpanzern, übrigens eingebettet in ein Aufrüstungsprogramm im Wert von 150 Mrd. US-Dollar bis zum Jahr 2020, als Fetisch türkischer Generäle abzutun.
Falls es neben dem Krieg in Kurdistan und gegen den Irak zu einem weiteren Krieg in der Kaukasus-Region kommen sollte, in den die Nato verwickelt ist, so würden Nato-Panzern eventuell moderne Panzer russischer Bauart gegenüberstehen. Die Nato besitzt dort nur türkische Panzer, und es kann nicht davon ausgegangen werden, dass wie beim zweiten Golfkrieg 1991 einige Monate Zeit zum ungestörten Aufmarsch der Truppen bleiben.
Außerdem besitzen die europäischen Streitkräfte noch nicht die strategische Verlegekapazität für ihr schweres Gerät samt teurem Personal, zumal der Landweg über den Balkan durch Montenegro auch noch nicht geschlossen ist. In der konventionellen Kriegführung sind Panzer nicht ersetzbar. Der verheerende Nato-Bombenkrieg gegen Jugoslawien war relativ wirkungslos gegenüber getarnten Panzerstellungen. Nach fünfwöchiger Flächenbombardierung der irakischen Stellungen fand 1991 am Golf immerhin noch die größte Panzerschlacht der Geschichte statt.

Deswegen bedeuten 1.000 zusätzliche Panzer in der Türkei ein enormes Bedrohungspotential in der Region und werden dort ein weiteres Aufrüsten nach sich ziehen. Die von ihnen ausgehende Gefahr ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen und der Export (auch von einzelnen Komponenten) strikt abzulehnen, aber nur unter großen Anstrengungen zu verhindern.

Burkhard Nobbe
Kontakt: *Burkhard.Nobbe@gmx.de*

MENSCHENRECHTE ZWEITRANGIG?

Das Menschenrechtskriterium in der bundesdeutschen Rüstungsexportpolitik

Die von der Bundesregierung im Januar 2000 verabschiedeten neuen »Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern« wurden verbreitet mit vorsichtigem Optimismus aufgenommen – sollten sie doch die Voraussetzungen für eine »restriktive« Rüstungsexportpraxis im Sinne des Menschenrechtsschutzes, der Konfliktprävention und der Förderung nachhaltiger Entwicklung schaffen. Insbesondere die Menschenrechte wurden erstmals explizit als wichtiges Kriterium aufgenommen, so heißt es nun in den »Allgemeinen Prinzipien«:

»Der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland wird bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen.«

Spätestens seit dem im Sommer 2000 genehmigten Bau einer Munitionsfabrik in der Türkei durch die Firma Fritz Werner muss sich die Bundesregierung fragen lassen, wie ernst es ihr tatsächlich mit diesem Menschenrechtskriterium ist. Erneut erhalten Befürchtungen Auftrieb, die »Grundsätze« seien allein Lippenbekenntnisse. Denn angesichts der andauernd Besorgnis erregenden Menschenrechtslage in der Türkei ist die Exportentscheidung unverständlich. Gleiches galt schon für die ebenfalls in aller Heimlichkeit noch kurz vor dem Regierungswechsel 1998 durch die CDU/FDP-Bundesregierung bewilligte türkische Produktion von HK33-Schnellfeuergewehren mit Lizenz der bekannten Kleinwaffenschmiede Heckler & Koch – und daran knüpft nun die rot-grüne Regierung ungeachtet aller Bekenntnisse zum Schutz der Menschenrechte mit der Genehmigung des Baus der Munitionsfabrik für diese Waffen nahtlos an. Dabei wurde gerade der Einsatz von Kleinwaffen bei Menschenrechtsverletzungen in der Türkei immer wieder dokumentiert, nur waren es bislang die Heckler & Koch G3-Schnellfeuergewehre – ebenfalls mit deutscher Lizenz in der Türkei gefertigt – die in der Hand von Militär, Jandarma und paramilitärischen Verbänden zum Einsatz kamen. Die Bundesrepublik Deutschland hat über lange Jahre eine unselige Tradition entwickelt, in die sich nunmehr auch die rot-grüne Regierung gestellt hat: Dank der großzügigen Genehmigungspraxis ist z.B. das Schnellfeuergewehr G3 in mehr als 50 Staaten im Gebrauch. Gefördert wurde diese Verbreitung auch durch die Vergabe von Lizenzen und den Aufbau ganzer Waffenfabriken zur Produktion des G3, eben z.B. in der Türkei. Fachinformationen zufolge verwenden über 40 Staaten Maschinenpistolen vom Typ Heckler & Koch MP5, darunter ist auch die Türkei, die die MP5 in Lizenz produziert und diese unter anderem nach Indonesien unter Suharto exportiert haben soll. Derartige Rüstung kommt aber nicht erst in offenen Konflikten zum Einsatz – gerade Kleinwaffen tragen in vielen Staaten tagtäglich zu Gewalt, Repression und Menschenrechtsverletzungen bei. Alljährlich zählt der Jahresbericht von amnesty international die Vielzahl der Staaten auf, in denen Menschen ermordet, gefoltert oder inhaftiert werden oder einfach »verschwinden« – auch unter Zuhilfenahme von Kleinwaffen. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Im Oktober 1992 ermordeten Angehörige der brasilianischen Militärpolizei in Sao Paulo 111 Gefangene bei der Niederschlagung einer Häftlingsrevolte. Die Militärpolizisten verwendeten dabei unter anderem MP5-Maschinenpistolen. Anhand der Seriennummern konnte amnesty international nachweisen, dass diese Waffen aus Deutschland nach Brasilien geliefert worden waren. (1)

Es sind aber nicht nur Kleinwaffen, die gegen die Menschenrechte eingesetzt werden – Menschenrechtsorganisationen haben immer wieder die Verwendung anderer Waffensysteme dokumentiert. So werden beispielsweise gepanzerte Fahrzeuge zu Gefangenentransporten verwendet oder zur gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen. Die Bundesrepublik Deutschland hat in der Vergangenheit viele solcher Fahrzeuge auch an Staaten, die die Menschenrechte verletzen, geliefert. Ein Beispiel: 300 achträdrige Schützenpanzer vom Typ BTR60 aus Ex-NVA-Beständen schenkte die Bundesrepublik Deutschland Anfang der 90er Jahre der Türkei. Dazu sei eine »urgent action« von amnesty international zitiert: »Fünf Personen sind »verschwunden«, nachdem sie am 16. Mai 1994 in ihrem Dorf Yukari Duru festgenommen wurden. Das Dorf liegt in der Provinz Diyarbakir. (...) Ein weiterer Augenzeuge gab an, dass die fünf Gefangenen in ein gepanzertes achträdriges Gefährt gezerrt wurden. (...)«

Ein weiterer Sektor des internationalen Rüstungsmarktes wird im Schatten des weltweiten Waffenhandels kaum öffentlich wahrgenommen: Im Alltag menschenrechtsverletzender Staaten nutzen die »Sicherheits«kräfte zunehmend Produkte industrieller Fertigung, gerne verharmlosend als »moderne Sicherheitstechnologie«, »Nahverteidigungsmittel« oder »nicht-tödliche Waffen« bezeichnet. Dabei macht die Werbung einschlägiger

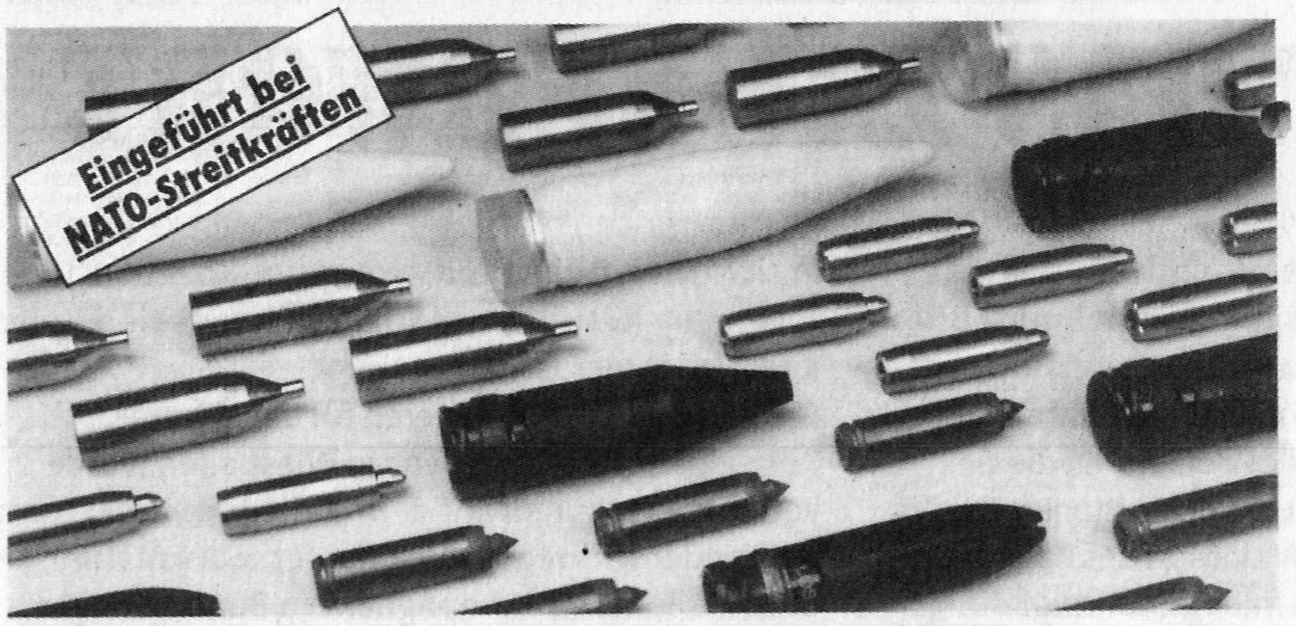
(1) Rüstungstransfers – Geschäfte mit dem Tod. Publikation der bundesdeutschen Sektion von amnesty international, Bonn, Oktober 1999.

Mathias John ist Sprecher des Arbeitskreises »Rüstung, Wirtschaft und Menschenrechte« der bundesdeutschen Sektion von amnesty international.

Kontakt

amnesty international
53108 Bonn
Stichwort »Rüstung und Menschenrechte«

Durchschlagskraft gesteigert: APDS-Munition zwischen 20 und 40 mm mit hoher Präzision.



Ein konsequentes Qualitätsprogramm:

Das Sortiment an APDS-Munition:
20 mm x 139; 20 mm x 102;
25 mm x 137; 30 mm; 40 mm.

Das NWM-Programm:
Maschinenkanonen-Munition, Flugzeugbordkanonen-Munition, Zerfall-Munition, APDS-Munition, Hülsen, Kunststoff-Munitionskomponenten, Penetratoren.

NWM
DE KRUITHOORN
NWM DE KRUITHOORN B.V.
Poeldonkweg, PO Box 1050
NL-5200 BC 's-Hertogenbosch
Telefon (73) 81 02 22, Telex 50 229
Telefax (73) 81 03 10
Ein Unternehmen der Rheinmetall-Gruppe

Die deutsche Marine hat uns erfolgreich getestet!

BKT-LOG GMA 03

Überwasserschiffe · Überwasserboote · Unterseeboote

• passives Differenzdruck-Meßverfahren	• Geschwindigkeitsbereiche	28 kn, 60 kn
• schockfestes Meßsystem	• Genauigkeit (rms)	0,05 kn, 0,1 kn
• hohe Langzeit-Stabilität	• Standards	BV-HBA 5 - 8/044/043; MIL-461a
• praktisch wartungsfrei	• Schnittstellen (analog)	linear; Impulse; Synchro
• problemlose Systemintegration	• Schnittstellen (digital)	RS 232C/422; MIL-Bus 1553B; STANAG 4156

BKT
BAVARIA KEYTRONIC TECHNOLOGIE GMBH
Das BKT-LOG produziert bereits heute die Genauigkeit, die zukünftige Marinesysteme fordern.

MaK
Zukunftsorientiert...

Vielen Dank für Ihren Einkauf.
Auf Wiedersehen.

»Sicherheitsausstatter« deutlich, worum es sich eigentlich handelt: Fesselwerkzeuge von der »Daumenfessel« bis zur Fußkette, Schlagstöcke und Totschläger in allen Variationen, viele Arten Elektroschockwaffen und nicht zuletzt Tränengas und Plastikmunition – friedliche Demonstrationen werden nach den Berichten von Menschenrechtsorganisationen vielfach mit solchen »nicht-tödlichen« Waffen ohne Rücksicht auf Leben oder Gesundheit zerschlagen. Die Misshandlungen setzen sich vielfach in der Haft weiter fort, Folter ist in vielen Staaten immer noch an der Tagesordnung. Seit Anfang der 90er Jahre werden dabei zunehmend »moderne« Elektroschockwaffen eingesetzt, Folterer scheinen diese vor allem zu bevorzugen, weil sie weniger bleibende Spuren bei den Opfern hinterlassen. Die ganze Dimension von Produktion und Handel mit Repressionstechnologie und »nicht-tödlichen« Waffen bleibt in der Grauzone fehlender gesetzlicher Kontrollen, mangelnder Transparenz und weitgehender Geheimhaltung auf der Seite der Staaten und Firmen verborgen. So hat beispielsweise Deutschland erst 1997 eine Genehmigungspflicht für den Export von Elektroschockern eingeführt – nachdem amnesty international dies über lange Zeit immer wieder angemahnt hatte.

Begünstigt durch häufig unzureichende Ausfuhr- und Endverbleibskontrollen verdienen zunehmend private Waffenmakler an den Geschäften mit Tod und Folter, indem sie über graue oder schwarze Kanäle Waffen in Krisen- und Konfliktgebiete schleusen – häufig aus den überschüssigen Beständen der Nato- bzw. der ehemaligen Warschauer-Pakt-Militärapparate. Geschäfte dieser Art finden unter höchster Geheimhaltung statt und werden nur zufällig bekannt. So im Herbst 1998, als in Antwerpen – getarnt als Ladung von Baumaschinen und Wasserpumpen für Eritrea – Tonnen von Rüstungsmaterial, darunter Ersatzmotoren für russische T-54/55-Panzer, und 40 Militär-LKW beschlagnahmt wurden. Diese Rüstungsgüter sollen in Deutschland zusammengekauft worden sein. Ein anderes Beispiel: Nach den von schweren Menschenrechtsverbrechen begleiteten Kämpfen in der Republik Kongo Ende der 90er Jahre wurden in den Büros der abgesetzten Regierung in Brazzaville Dokumente gefunden, denen zufolge ein deutscher Waffenhändler den Regierungstruppen Rüstungsmaterial im Wert von mehreren Millionen Dollar geliefert hat. Immerhin hat die Bundesregierung auf europäischer Ebene eine Initiative für bessere Kontrollen solcher Waffengeschäfte gestartet – allerdings bislang ohne sichtbare Erfolge.

Unzureichende Kontrollen und mangelhafte Transparenz von Rüstungstransfers sind ein Grundproblem, das entscheidend zur weiteren Verbreitung von Rüstungsgütern aller Art in Konfliktregionen und menschenrechtsverletzenden Staaten beiträgt. Die deutsche Exportpraxis zeigte immer wieder, dass Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie Profitinteresse der Rüstungsexporteure ein höherwertiges Rechtsgut als die Menschenrechte zu sein scheinen. Sollten sich Entscheidungen wie für den Bau der Munitionsfabrik wiederholen, sind auch die neuformulierten »Politischen Grundsätze« nichts als Makulatur. Zudem fehlen auf europäischer Ebene verbindliche Regelungen. Der unverbindliche »Kodex der Europäischen Union zum Rüstungsexport« ist mit seinen acht Kriterien nicht mehr als ein erster Schritt zu der eigentlich notwendigen einheitlichen und rechtlich bindenden Regelung der Rüstungsexporte. Es bleibt zu befürchten, dass sich im Rahmen der multilateralen Absprachen zur Restrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie (»Letter of Intent«-Prozess) eine weitere Liberalisierung der Rüstungstransfers aus der EU durchsetzen wird, die keine Rücksicht auf die Menschenrechte nimmt.
Hier muss nachdrücklich gegengesteuert werden. Notwendig sind im Rahmen einer umfassenden Verschärfung der Rüstungsexportkontrollen eine gesetzliche Menschenrechtsklausel und verbindliche Regelungen für mehr Transparenz vor der Genehmigung von Waffenlieferungen, um eine bessere Kontrolle im Sinne einer Prävention von Menschenrechtsverletzungen zu erreichen.

Mathias John

TRANSPARENZ HEISST DAS ZAUBERWORT

Wider Erwarten ist das Thema »Rüstungsexporte« in Deutschland seit einem Jahr wahrnehmbar brisant wie selten. Die Lieferung eines Leopard-2-Testpanzers an die Türkei hat im Oktober letzten Jahres für Unmut gesorgt. Aktuelles Beispiel ist die Genehmigung zur Lieferung einer Munitionsfabrik für die Herstellung von Nato-Munition des Kalibers 5,56 mm in die Türkei. Schamlos genehmigt die rot-grüne Regierung umstrittene Rüstungsexporte. In ihren Wahlprogrammen haben Grüne und SPD die restriktive Handhabung von Rüstungsexporten in ihrem Wahlprogramm festgeschrieben, ebenso in der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 1998. Als Paradigma steht dort »Außenpolitik ist Friedenspolitik«. Dies wirkt angesichts der Praxis nicht nur bei Rüstungsexporten zynisch und grotesk. Mit dem voranschreitenden Umbau der Bundeswehr zu einer interventionsfähigen Armee wird die Rüstungsproduktion weiter angekurbelt. Dazu wurde Verteidigungsminister Scharping erlaubt, Erlöse aus Verkäufen von Bundeswehrbeständen in seinen Etat einfließen zu lassen. Damit ist abzusehen, dass die Bundesregierung als Verkäufer von Rüstungsgütern wieder stärker in Erscheinung treten wird. Die Rüstungsindustrie versucht dies ebenfalls. Die vom Bundessicherheitsrat am 28.06.00 genehmigte Lieferung von 1.200 Panzerfäusten an Saudi-Arabien ist nur ein Beispiel. (1)

Die Anti-Rüstungsexport-Gruppen

Wir, die MitarbeiterInnen der Koordinationsstelle der BUKO-Kampagne »Stoppt den Rüstungsexport!« in Bremen, arbeiten daran, unserem Ziel Stück für Stück näher zu kommen. Kampagnenziel ist der Stopp aller Rüstungsexporte. Dies versuchen wir durch Aktionen, Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen. Das klingt utopisch. Es ist utopisch! Dennoch ist die Zielsetzung, wie sich immer wieder zeigt, richtig. Die aktive Unterstützung unserer Zielsetzung ist heute nicht mit der Gründungsphase der Kampagne zu Beginn der 80er Jahre zu vergleichen.

Weitere Büros von Kampagnen gegen den Rüstungsexport neben unserem in Bremen sind:

- Wiesbaden – die Kampagne »Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen«
- die Ökumenische Aktion für Frieden und Gerechtigkeit »Ohne Rüstung leben« in Stuttgart
- das Rüstungsinformationsbüro Baden-Württemberg (RIB) in Freiburg

Eine gut informierte Gegenöffentlichkeit zu schaffen ist Anliegen aller. Dies geschieht durch Herstellung und Verbreitung von Informationsschriften, durch Ausstellungen und durch ReferentInnentätigkeit. Alltag aller ist es auch, Informationen an interessierte Gruppen und Einzelpersonen weiterzugeben. Basis aller ist ein jeweils umfangreiches Zeitungs- und Zeitschriftenarchiv u.a. mit vielen Militärzeitschriften. Wir untersuchen detailliert und veröffentlichen, was es mit der Äußerung von »Verteidigungs«minister Rudolf Scharping vor Vertretern der Rüstungsindustrie auf sich hat, mit der er sich damit brüstete, die rot-grüne Koalition habe 1999 mehr Rüstungsexporte genehmigt als die alte Koalition in vier Jahren.

Die Kampagne »Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen« in Wiesbaden wurde von Organisationen aus dem christlichen Spektrum der Friedensbewegung gegründet, u.a. von Pax Christi. Die BUKO-Kampagne vom Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) ist ein Zusammenschluss von entwicklungspolitisch arbeitenden Initiativen, Solidaritäts- und so genannten Dritte-Welt-Gruppen. Entsprechend ihrer geographischen Lage arbeiten die Büros neben dem Bereich Rüstungsexport allgemein zu unterschiedlichen Aspekten, das Freiburger RIB zur Waffenschmiede Heckler & Koch und zum Rüstungskonzern DaimlerChrysler, letzteres in Zusammenarbeit mit den Kritischen Aktionären. In Wiesbaden wird unter anderem zum Anlagenbauer Fritz Werner gearbeitet. Wir in Bremen arbeiten unter anderem zu den norddeutschen Werften. Gemeinsam arbeiten alle zum Schwerpunktland deutscher Rüstungsexporte, der Türkei. Es gibt auch noch versprengt einige Anti-Rüstungsexport-Initiativen, die vor Ort Aktionen durchführen und Rüstungsexportinformationen weitergeben.

Protestmöglichkeiten gibt es viele, zum Beispiel gegen ein riesiges Rüstungsgeschäft mit Südafrika. Das deutsch-südafrikanische Geschäft mit vier Fregatten und drei U-Booten im Wert von zirka 3,4 Mrd. DM untergräbt die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes nachhaltig. Mit diesem Geschäft wird Südafrika zu einem Schwerpunktland europäischer Rüstungslieferungen. Wir informieren die Öffentlichkeit, um möglichst vielfältigen und nachhaltigen Protest herzustellen und um politischen Druck aufzubauen. Auf europäischer Ebene arbeiten die nationalen Kampagnen im European Network against Armstrade (ENAAT) mit. Das ENAAT trifft sich zum Austausch und zu gemeinsamen Kampagnen.

Zarte Pflänzchen

Erfreulich ist, dass seit dem Bekanntwerden der Absicht der Bundesregierung 1000 Leopard-2-Panzer an die Türkei zu verkaufen, eine breitere Debatte um deutsche Rüstungslieferungen entfacht werden konnte. Ein zartes Pflänzchen ist z.B. die erfolgreiche Unterschriftenkampagne gegen die Lieferung des deutschen Leopard-2-Kampfpanzers an die Türkei. Der Erfolg der Unterschriftenkampagne ist ein gutes Beispiel für die Sensibilität vieler Menschen bei Panzerlieferungen an die Türkei.

Erfreulich sind die veränderten Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung vom 19.01.2000. Sie sind eine Verbesserung im Hinblick auf die Absichten. Doch Papier ist geduldig. Die Praxis wird zeigen, ob mit den verabschiedeten Richtlinien eine Verringerung des Exports von Kriegswaffen und Rüstungsgütern verbunden sein.

Die Rolle des Bundessicherheitsrates als oberstem Entscheidungsgremium bei Rüstungsexporten ist

(1) »Stern« vom 06.07.00.

Kontakt

BUKO-Koordinationsstelle
»Stoppt den Rüstungsexport!«
Buchtstr. 14-15
28195 Bremen
Tel. 04 21 / 32 60 45
Fax 04 21 / 3 37 81 77
E-Mail: REXBUKO@OLN.comlink.apc.org

Kontakt zu KritikerInnen des Rüstungsexports auch über RIB und ORL (S. 40 und 41).

Rüstungsexport – Rüstungsexport – Rüstungsexport

nicht Gegenstand der neuen Richtlinien, sondern wurde bewusst ausgeklammert. Eine ungenügende Transparenz beim Export von Waffen aller Art besteht nach wie vor. Sie ist Absicht. Das wahrscheinlich geheimste Gremium der Republik, der Bundessicherheitsrat, von dessen Existenz bis vor einem Jahr kaum ein Bürger wusste, unterliegt keiner Kontrolle, ein Defizit der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Mit Beginn der rot-grünen Regierungszeit hat man sich darauf geeinigt, Entscheidungen im Bundessicherheitsrat wie unter Helmut Kohl geheim zu halten, das Konsensprinzip aber aufzugeben und durch ein Mehrheitsprinzip zu ersetzen. Ein außenpolitisches Vetorecht gibt es nicht mehr. Interessanterweise existiert bei Entscheidungen des innerministeriellen Ausschusses über die Vergabe von Hermeskrediten noch das Konsensprinzip und sogar ein explizites Vetorecht, wenn außen- und sicherheitspolitische Erwägungen gegen die Kreditvergabe sprechen. Warum gilt dies nicht mehr im Bundessicherheitsrat?

Transparenz heißt das Zauberwort. Nicht zuletzt zeigten die Ausführungen des Waffenhändlers Schreiber in Kanada die Notwendigkeit parlamentarischer und öffentlicher Transparenz und parlamentarischer Kontrolle für die Rüstungsexporte. Der CDU-Spendenskandal wäre mit Transparenz bei Genehmigungen für Rüstungsexporte so nicht möglich gewesen.

Richtlinien sind nicht alles!

Die verbindlichen gesetzlichen Grundlagen des Exports von Kriegswaffen, durch das Kriegswaffenkontrollgesetz geregelt, und des Exportes von sonstigen Rüstungsgütern, durch das Außenwirtschaftsgesetz geregelt, müssen durch die neuen Richtlinien vom 19.01.2000 nicht verändert werden. Sie können aber verändert werden. Die Angleichung der gesetzlichen Regelungen an die neuen Richtlinien, das heißt ihre Verschärfung, ist eine Hausaufgabe der rot-grünen Regierungsmehrheit. Hier tut sich aber gar nichts.

Ein anderes aktuelles Beispiel ist das Instrument der Voranfragen. Ende August wurde die Genehmigung des Exports einer Anlage zur Herstellung von Gewehrmunition in die Türkei bekannt. Das Argument der Spitzen der grünen Bundestagsfraktion, dies sei eine »Altlast« der Kohl-Regierung und somit nicht zu verhindern gewesen, ist vorgeschoben. Wenn der politische Wille zur Umsetzung der im Januar dieses Jahres beschlossenen Rüstungsexportrichtlinien in der rot-grünen Bundesregierung vorhanden wäre, wäre es durchaus möglich, dieses Geschäft zu verhindern. Mehrere Voranfragen der Firma Fritz Werner wurden laut Pressemeldungen unter Kohl positiv beschieden. Daher betont das zuständige Wirtschaftsministerium die rechtliche Verpflichtung zur Genehmigung. Voranfragen unterliegen dem Verwaltungsverfahrensgesetz. Sie sind kein politisches Verfahren. In Schweden z.B. werden die Antworten darauf nur für ein Jahr erteilt. Schließlich muss es einer neuen Regierung möglich sein, nach ihren eigenen Maßgaben zu handeln. Die Bundesregierung kann trotz positiv beschiedener Voranfragen auch heute noch sagen: »Nein. Wir genehmigen den Export der Produktionsanlage nicht. Wir zahlen Schadensersatz für den entgangenen Gewinn, aber wir liefern nicht.« Das Geschäft wird in der Presse mit 90 Mio. DM veranschlagt. Geht man von 10 % davon als Gewinn aus, ergeben sich 9 Mio. Schadenersatz für den entgangenen Gewinn der Firma – als Symbol einer anderen Politik.

Andrea Kolling

Berichte
- News -

Besserwisser?
Menschenrechte sind nicht für jeden gedacht, und schon gar nicht für türkische StaatsbürgerInnen. Das jedenfalls scheinen die türkischen Behörden zu finden. Voriges Jahr wurde die Journalistin Nadire Mater vom Generalstab wegen »Beleidigung des Militärs« angeklagt. Ihr »Vergehen«: Sie hatte eine Interviewsammlung veröffentlicht, in der sich 42 Soldaten und Reservisten der türkischen Streitkräfte ihre Erlebnisse beim Militär und im kurdischen Kriegsgebiet von der Seele redeten. Für die Türkei ein ungewöhnlicher Vorgang; normalerweise wird über dieses Thema geschwiegen. (vgl. Interview mit Nadire Mater in *illoyal* 10) Dem Generalstab war das schon zuviel, widerlegen die Aussagen der Soldaten doch die offizielle Behauptung, in Kurdistan gäbe es keinen Krieg, sondern nur »Terrorismusbekämpfung«.
Der Prozess gegen Nadire Mater steht jetzt kurz vor dem Abschluss, die Urteilsverkündung soll am 29. September erfolgen. Das Gericht hatte eigens einen Gutachter bestellt, um das Buch auf mögliche Gesetzwidrigkeiten abzuklopfen. Sehr zum Ärger des Staatsanwalts kam Professor Koksal Bayraktar jedoch zu dem Schluss, das Buch sei »eine objektive Betrachtung des Konfliktes im Südosten«. Alles Unsinn, so der Staatsanwalt: Die kritischen Aussagen im Buch seien vielmehr »ein Ausfluss westlicher Traditionen, die seit den Zeiten des Osmanischen Reiches jeglichen Versuch der (türkischen) Behörden, die nationale Sicherheit zu gewährleisten, schlechtmachen«. Im Kern gehe es um einen Angriff auf die türkischen Sicherheitsorgane. Wenn Türken von Grundrechten Gebrauch machen wollen, ist also der böse Westen schuld. In der Türkei scheint dieses Feindbild ungefähr demjenigen des fiesen Zonenkommunisten bzw. des kriegslüsternen Yankeeritters zu entsprechen. Der Generalstab hatte schon voriges Jahr erläutert, dass »den Westen nachahmende 'Besserwisser'« zu den Feinden der Türkei gehören. (Cumhuriyet 28. 2. 99).
Folgerichtig forderte der Staatsanwalt eine Verurteilung von Frau Mater zu einer Haftstrafe zwischen zwei und zwölf Jahren. Mit dem Gutachten ist die Position der Behörden jedoch ins Wanken gekommen. Das Gericht ist freilich auch nicht zu beneiden. Folgt es seinem Gutachter, müsste es freisprechen. Damit würde es aber Ungehorsam gegenüber dem Militär bekunden und deswegen womöglich der Übernahme westlicher antitürkischer Traditionslinien bezichtigt. Man darf gespannt sein, ob es etwas Besseres weiß.

Schikanen gegen Rekruten
Wie amnesty international mitteilt, sind Wehrpflichtige in Polen ständig Praktiken grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt. Dabei handelt es sich um die so genannte »Fala«, eine institutionalisierte Praxis, nach der ältere Soldaten jüngere, erst kürzlich eingezogene Wehrpflichtige ausbeuten und misshandeln. Das polnische Helsinki-Komitee für Menschenrechte schätzt ein, dass viele Militärkommandanten die »Fala« tolerieren. Nur in besonders krassen Fällen soll ein Strafverfahren eingeleitet worden sein. In einem Verfahren, das im Februar 2000 vor dem Garnisonsgericht Szczecin verhandelt wurde, waren sieben dienstältere Rekruten der 6. gepanzerten Kavalleriebrigade angeklagt, Jüngere misshandelt zu haben. Neben anderen Misshandlungen mehr sollen sie ihre jüngeren Kollegen gezwungen haben, »Schaf« zu spielen. Der jüngere Rekrut musste dabei auf allen Vieren herumkrabbeln und mit dem Kopf gegen die Wand stoßen. Nach anderen Berichten sind jüngere Rekruten erniedrigenden physischen Bestrafungen – z.B. Liegestütze mit angelegter Gasmaske bis zum physischen Zusammenbruch – und sexueller Gewalt durch ältere Soldaten ausgesetzt. Schon 1999 hatte das UN-Menschenrechtskomitee über Beleidigungen und Misshandlungen von Wehrpflichtigen berichtet und die polnische Regierung aufgefordert, dies zu unterbinden. Doch allein schon der Sprachgebrauch, in dem sich Täter und Opfer mit den gleichen, allgemein verstandenen Bezeichnungen auf die Praxis der Gewalt und des Machtmissbrauchs beziehen (z.B. »Schaf spielen«), deutet darauf hin, dass es sich um weit verbeitete, eingespielte Rituale der Gewalt handelt. Verbreitet sind solche Rituale allerdings nicht nur in der polnischen Armee. In der DDR nannte man sie »EK-Bewegung«, wobei »EK« für »Entlassungskandidat« stand.

US-Soldat im »Kosovo-Mordprozess« zu lebenslanger Haft verurteilt
Wegen Mordes an einem elf Jahre alten albanischen Mädchen hat ein US-Militärgericht in Würzburg im August einen US- Soldaten zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Stabsunteroffizier wird auch degradiert und unehrenhaft aus der Armee entlassen. Der 36-jährige Soldat hat das Mädchen im Januar während seines Einsatz bei der Kfor-Truppe vergewaltigt und ermordet. Dann hatte er einem Untergebenen befohlen, ihm bei der Beseitigung des Leichnams zu helfen. Der Soldat zeigte dieses an, wodurch die Tat ans Licht kam und der Täter verhaftet wurde. Der Stabsunteroffizier hatte den Mord gestanden und Reue bekundet. Er bat die Familie des Opfers um Vergebung. Die Eltern des Mädchens sehen laut Agenturmeldungen das Urteil als gerecht an. Die schon durch ihre Flucht belastete Familie sei durch den Tod des Mädchens zerstört worden. In den amerikanischen Soldaten habe man die Beschützer gesehen und ihnen vertraut.
Die Verteidigung beantragte eine lebenslange Haftstrafe mit Bewährung und gab als Begründung dafür an, die Soldaten wären bei ihrem Einsatz im

Kosovo einem menschenverachtenden Umfeld ausgesetzt, in dem weder Gewalt noch Kinderprostitution ungewöhnlich wären. Ob allerdings das Umfeld des Mädchens bereits menschenverachtend war, bevor Soldaten in ihrer Nähe auftauchten, darüber ist nichts bekannt geworden.

Arbeitsgericht verhilft Rundfunk zu später Einsicht
Der Südwestrundfunk (SWR) muss eine Abmahnung gegen einen Baden-Badener Hörfunkredakteur zurücknehmen. Das unbefristete Moderationsverbot, das der Sender im vergangenen Jahr gegen den Mitarbeiter verhängt hatte, wurde vom Landesarbeitsgericht in Mannheim ebenfalls aufgehoben. Im Konflikt zwischen dem Sender und dem Redakteur ging es um Formulierungen in seiner Berichterstattung über den Krieg in Ex-Jugoslawien. Der Redakteur hatte kurz vor den ersten Nato-Angriffen im März 1999 am Ende eines Gesprächs einen Reporter in Pristina gefragt: »Was erfahren Sie über die Urheber der Bombenangriffe der letzten Tage? Da muss man ja nach dem angeblichen Massaker von Racak, das nach internationalen Untersuchungen keines gewesen ist, etwas vorsichtig sein, weil damit Propaganda und Politik gemacht wird.« Der zuständige Abteilungsleiter sprach davon, der Redakteur ergreife »in unakzeptabler Weise Partei«, lehne sich an serbische Propaganda an und verhöhne die Opfer; bei einer weiteren, »derart unverantwortliche(n), die Fakten entstellende(n) Moderation« würde er ein sofortiges Moderationsverbot verhängen. Dieses folgte dann auch, als der Redakteur zu sagen wagte: »Auch die siebte Woche des Nato-Angriffkriegs begann mit schweren Luftschlägen.« Ganz klar: Wer einen Angriffskrieg einen Angriffskrieg nennt, darf nicht mehr weiter moderieren.
Nun hat der Hörfunkredakteur wie schon in der ersten Instanz auch vor dem Landesarbeitsgericht dem SWR gegenüber Recht bekommen. Die Abmahnung sei dem SWR »völlig aus dem Ruder gelaufen«, angesichts der Wahrheit, die der Redakteur gesagt habe. Freilich: Diese erfreulich klare Einsicht kommt mehr als ein Jahr zu spät.

Auch ohne Gott und Sonnenschein
Nachdem der Militärbischof Dyba (*illoyal* berichtete mehrfach) zu seinem obersten Dienstherrn abberufen wurde, steht nunmehr als neuer katholischer Militärbischof Walter Mixa aus Eichstädt Kreuz bzw. Gewehr bei Fuss, um den Bundeswehrsoldaten seelsorgerisch beizustehen. Er werde die Seelsorge für die Soldaten im Alltag und in den oft schwierigen Auslandseinsätzen nach Kräften unterstützen, erklärte er. Er wolle versuchen, mit Soldaten ins Gespräch zu kommen und ihnen »Lebens- und Geisteshilfe« zu geben. Letztere besteht seiner Ansicht nach darin, ihnen »Mut« zuzusprechen »in ihrem Dienst, der ihre Lebensexistenz bedroht«. Leider scheint Bischof Mixa nicht nur das Evangelium und das fünfte Gebot (für Unwissende: »Du sollst nicht töten.«) missverstanden zu haben, sondern auch die Funktionsweise von Kriegen. Deshalb noch einmal zum Mitschreiben: Soldaten, das sind die, die andere Menschen in ihrer »Lebensexistenz« bedrohen. Aber mit dieser Erkenntnis hatte ja auch schon Dyba Schwierigkeiten.

Prozesse wegen Aufrufs zur Desertion
Bisher mussten sich 40 Personen, die im vergangenen Jahr an Soldaten aller kriegführenden Armeen in einem in der *taz* veröffentlichten Aufruf appelliert hatten, ihre weitere Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien zu verweigern, in der ersten Instanz vor Gericht verantworten. 32 von ihnen wurden freigesprochen, 7 verurteilt. In einem Fall wurde das Verfahren gegen Zahlung eines Bußgeldes eingestellt. Die Staatsanwaltschaft hat gegen alle Freispüche Berufung eingelegt oder angekündigt, dies zu tun. Die Verurteilten haben ebenfalls Rechtsmittel eingelegt. Inzwischen fanden vor dem Landgericht Berlin 11 Berufungsverhandlungen statt. 10 davon endeten mit Freispruch, einer mit einer Verurteilung. Weitere Prozesse mit der gleichen Anschuldigung (u.a. gegen Mitarbeiter der Kampagne gegen Wehrpflicht Berlin, der DFG-VK Nürnberg und der IMI Tübingen) sind ebenfalls nicht abgeschlossen. Kein einziger Freispruch ist bis heute rechtskräftig geworden. Demzufolge sind Verfahren in dritter Instanz zu erwarten.

Ja. Ich abonniere

illoyal

Journal für Antimilitarismus
ab der nächstmöglichen Ausgabe
für ein Jahr (vier Ausgaben).
Das Abo verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, falls es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

❍ DM 20 für ein Jahresabo
❍ DM 50 für ein UnterstützerInnenabo

habe ich auf das Konto
von Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Nr. 741 834 109
bei der Postbank Berlin (BLZ 10010010)
unter dem Stichwort *illoyal* überwiesen.
Diese Bestellung kann ich innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen.

Name

Anschrift

Unterschrift

Bitte ausschneiden und an
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin senden.

Ölpolitik im Nationalsozialismus
Teil 2: Von Schacht bis Göring (1934 bis 1938)

Während sich die deutsche Diktatur im ersten Jahr innenpolitisch mittels Terror schnell zu festigen verstand, zeichnete sich die Wirtschaftspolitik 1934 noch durch vorsichtiges Tasten aus. Zwar war Hitlers Rhetorik deutlich kriegerisch, doch bedurfte es schon eines Wirtschaftswunders, um das krisengebeutelte Land in einen Krieg führen zu können. Das Dilemma zwischen Rüsten-Wollen und Bezahlen-Können schlug sich bereits in den ersten Rüstungsprogrammen nieder, auf die das Militär gleich 1933 drängte. Rüstung brauchte Rohstoffe, die im Ausland mit kostbaren Devisen eingekauft werden mussten. Devisen ließen sich aber nur über den Export von deutschen Erzeugnissen, vor allem Maschinen, erwirtschaften.

Schachts Plan

Ende 1934 hatte sich eine Situation herausgebildet, die viele »alte Kämpfer« sich die Augen reiben ließ: die traditionellen Wirtschaftseliten saßen nun fester im Sattel als je zuvor, mit einem Wirtschaftsminister, der wie kein Zweiter die rheinisch-westfälischen Industriemonopole und die deutschen Großbanken vertrat: Hjalmar Schacht. Sein »Neuer Plan« sah vor, ab Juli 1934 die Rüstung mit einem handelspolitischen Taschenspielertrick zu finanzieren, der sich »Clearing« nannte: Deutschland suchte sich ökonomisch schwächere und unterentwickelte rohstoffreiche Handelspartner (statt der Westmächte), mit denen es bilaterale Handelsabkommen über Rohstofflieferungen abschloss. Diese versprach es direkt – ohne Bezahlung irgendwelchen Geldes, d.h. kostbarer Devisen – mit Industriegütern zu bezahlen, sozusagen im Tauschhandel, der sich für die unterentwickelten Länder durchaus attraktiv anhörte, weil auch sie Devisen sparen mussten. Die versprochene Gegenleistung blieb man dem Handelspartner dann einfach schuldig, bzw. man lieferte nur so viel, dass die Verträge nicht platzten; mit Vertröstung, Auftragsverschleppung, komplexen Stornierungen und Vertuschungen gelang es der deutschen Wirtschaftsadministration – und den sie stützenden Großunternehmen –, ungeheure »Clearing«-Schulden aufzutürmen. Fremde Länder finanzierten so die deutsche Aufrüstung. Unter Schachts »Neuem Plan« geriet die deutsche Ölpolitik immer mehr unter den Einfluss der 1935 in »Wehrmacht« umbenannten Reichswehr. Die Reichswehr hatte als erste und einzige Kraft ein Anliegen daran, in der Treibstoffversorgung vom Ausland unabhängig zu sein. Nach Entmachtung der rivalisierenden SA am 30. Juni 1934 hatte sie innenpolitisch Oberwasser und konnte ihre Bedürfnisse besser als zuvor einklagen. Der Wirtschaftsstab der Reichswehr meldete im Frühjahr 1935 als Bedarf für den Mobilmachungsfall 9 Mio. Jahrestonnen an: 8 Mio. t Benzin, 1 Mio. t Flugbenzin. Die Politik lässt sich mit den Worten zusammenfassen: einkaufen, einlagern, Produktion steigern.
Beim Ölimport, der den Löwenanteil des deutschen Verbrauchs ausmachte, wurde gemäß Neuem Plan umstrukturiert: teure Fertigprodukte (Benzin, Diesel etc.) wurden jetzt vor allem in Rumänien eingekauft, mit dem ein Clearing-Vertrag ausgehandelt worden war. Vom »Westen« kaufte man Rohöl, um es in (zu diesem Zeitpunkt zum Teil noch in Planung befindlichen) deutschen Raffinerien kostengünstig weiterzuverarbeiten. (1)
Für das »Reichsbohrprogramm«, das trotz Finanzierung nicht recht in Gang kam, brachten die Staatsgeologen in Absprache mit den grossen Erdölfirmen zwei Initiativen ein. Bevor die Firmen das auf 50 Prozent geminderte Risiko eingingen und bohrten, sollte der Staat – d. h. der geologische Dienst und andere wissenschaftliche Einrichtungen – eine geophysikalische Bearbeitung des Untergrundes vornehmen. Außerdem wurde das Bergrecht im Dezember 1934 so verändert, dass das Öl aus Privathand in Staatshand überging und der Staat die Ausbeutung über Pacht an Dritte weiter vergab. Diese Dritten waren ausschließlich »leistungsfähige« Firmen. Die kleinen Krauter wurden aus dem Rennen gedrängt.
Die Führungsrolle für wissenschaftliche und bergrechtliche Fragen ließ sich die Preußische Geologische Landesanstalt (PGLA) in Berlin festschreiben, deren Erdölabteilung unter Bentz jetzt auch als Mentor der großen Erdölfirmen auftrat. Bentz' Aura strahlte auch auf das dritte Ölprojekt aus – die BOD-Konzession im Irak. (2) 1935 als Sachgutachter im Auftrag des RWM im Irak unterwegs, erstellte er eine optimistische Reservenrechnung für das Feld bei Mosul, woraufhin sich die deutsche Kriegsmarine interessiert als potenzieller Abnehmer einschaltete. Beim Benzin-Syntheseprogramm kam sie als notorischer Dieselverbraucher zu kurz und wollte zunächst einmal konzernunabhängigen (= devisenfreien) Diesel aus der Quote der deutschen Gruppe in der BOD. Hierin wurde sie vom RWM unterstützt. Der neue militärische Impuls ließ das eingeschlafene Projekt ab August 1935 wieder ins Rollen kommen, zumal der italienische Öldurst am Vorabend des Abessinienkrieges die rumänischen Ölpreise in die Höhe trieb. 1935 spielte Öl eine wichtige propagandistische Rolle, 1935 wurden auch die Weichen für weitere innen- und außenpolitische Machtkämpfe gestellt. Die britischen und US-amerikanischen Konzerne stellten fest, dass sie infolge der Autarkiemaßnahmen vom Öldurst der deutschen Rüstung nicht würden profitieren können. Nachdem die britische Regierung und die Öl-Konzerne im Sommer 1935 zur Einsicht gekommen wa-

(1) Schacht gab dem »natürlichen Erdöl« den Vorzug vor der Synthese, die mit mehr oder weniger Erfolg besonders von IG Farben betrieben wurde.
(2) BOD = die konzernfreie British Oil Development Company.

ren, dass man mit Hitler nicht ins Geschäft kommen würde, versuchten sie eine breite – wenngleich verdeckte – internationale Front gegen die deutschen Ölinteressen aufzumachen. Dies gelang, und im Frühjahr 1936 drohten die Regierungen der UdSSR und Rumäniens Deutschland damit, den Ölhahn zuzudrehen. Als Mussolini im Oktober 1935 dagegen Abessinien überfiel, wurde Italien trotz des Völkerbund-Embargos von den britischen Konzernen großzügig mit Treibstoffen beliefert, und die BOD-Mehrheit geriet völlig in deren Abhängigkeit. Die Kommuniqués der westlichen Botschafter schilderten den ungebremsten Bau von Synthese-Anlagen als Mischung von Pest und Cholera.
Die deutsche chemische Industrie, sprich: der IG-Farben-Konzern, sah dagegen in der von ihr betriebenen Treibstoffsynthese eines der wachstumsstärksten Betätigungsfelder und setzte alle Hebel in Bewegung, um sich gegen die Projekte mit natürlichem Erdöl durchzusetzen. Mittels Ersatzstoffproduktion (die die IG Farben gerne übernommen hätte) sollte Deutschland beschleunigt auf den Krieg vorbereitet werden. In Deutschland bekamen in der Aufregung der Ölkrise 1936 die Synthese-Spezialisten der IG Farben enormen Aufwind, und ein Ruf des Kriegsministeriums nach einem »Treibstoffkommissar« wurde laut, der die unterschiedlichen Ölprojekte koordinieren sollte. Dabei konnte sich Hermann Göring durchsetzen, der die zukunfts-und prestigeträchtigste Waffengattung aus dem Kriegsministerium ausgekoppelt und sich einverleibt hatte, und der mit dem Luftfahrtministerium einer der besten zukünftigen Kunden der IG Farben sein würde. Bis zum Sommer spitzte sich der Konflikt der Synthese-Fraktion (IG Farben, Luftfahrtindustrie, Wehrwirtschaftsstab, Kriegsministerium, Luftfahrtministerium, Göring) mit der Erdöl-Fraktion (Kriegsmarine, Erdölindustrie, Schwerindustrie, Geologischer Dienst, Wirtschaftsministerium, Schacht) weiter zu. Infolge der verminderten Erdölimporte während der Krise bekam die Synthese-Fraktion deutlich Auftrieb: E.R. Fischer (IG Farben) gelang Anfang Juni 1936 der Abschluss des »Flugbenzinvertrags« mit dem RLM. Ein noch größerer Erfolg war die Zusammenführung von Synthese- und Erdölindustrie in der neu gegründeten Wirtschaftsgruppe Kraftstoffe mit E. R. Fischer als Leiter.

Krieg?

Jetzt drängte die Krise zur Entscheidung – Krieg schon ab 1940 oder erst ab Mitte bis Ende der 40er Jahre – und Mitte August 1936 brachte der Repräsentant der jeweils durchsetzungsfähigsten deutschen Interessengruppen, Adolf Hitler, in seiner geheimen Vierjahresplan-Denkschrift die Ziele der Autarkisten auf einen Nenner: das deutsche Militär möge innerhalb von 4 Jahren einsatzfähig sein und die deutsche Wirtschaft kriegskompatibel. Auf dem Nürnberger Parteitag im September 1936 wurden Hitlers Ankündigungen, Rohstoffautarkie herzustellen – die kriegstreiberischen Passagen ersparte er der Öffentlichkeit einstweilen – begeistert aufgenommen. (3) Im Oktober 1936 wurde Göring offiziell zum »Beauftragten für den Vierjahresplan« mit umfassenden Vollmachten gegenüber allen Obersten Reichsbehörden bestellt und begann, mit vorbereitetem Organisationsplan in der Schublade, die Vierjahresplanbehörde (VJP) als Konkurrenzministerium zum RWM aufzubauen. In diesem neuen Ministerium hatten zunächst die Militärbürokraten aus dem RLM unter Oberst Löb das Sagen, die seit Frühjahr 1936 Görings »Rohstoff-und Devisenstab« gebildet hatten. (4)
Obwohl sie mit den Anstoß dazu gegeben hatte, beeinflusste diese deutliche kriegs- und wirtschaftspolitische Zäsur die divergierenden Ölprojekte erstaunlich wenig. Das gescheiterte Irak-Projekt wurde in ein geo-strategisch günstiger gelegenes Mexiko-Projekt umgeschmiedet. Bentz erkundete als Geologe des Industriekonsortiums erst Mexiko, dann Venezuela, Peru und schließlich Equador für ein geeignetes deutsches Engagement. Im Verlauf des Jahres 1937, als die militärischen Angriffsplanungen entsprechend der Wunschlisten der IG Farben in Österreich, Tschechoslowakei und Südosteuropa konkrete Züge annahmen, bestimmte der Streit zwischen den beiden Wirtschaftsministerien unter Göring bzw. Schacht auch die Ölpolitik. Am Ende stand die Gründung der staatlichen Reichswerke Hermann Göring (Reichswerke), die die Ausbeutung statt der privaten Ruhrmontanindustrie übernahm – und mit ihr die Demontage Schachts als Wirtschaftsminister im Sommer 1938. Die VJP-Planungen unter Oberst Löb waren gigantisch und ließen den Kriegsbeginn in weite Ferne rücken. Die wichtigste Entwicklung in diesem wirtschaftspolitischen Kräftespiel, die unmittelbar auf die deutsche Ölpolitik durchschlug, war jedoch die Annexion Österreichs. Der deutschen Ökonomie fiel das Land wie ein großer Goldklumpen in den Schoß, und die unterschiedlichen Wirtschaftsinstanzen, vor allem Görings VJP, in dem die IG Farben erstarkt waren, und die deutschen Großbanken machten sich an die rasche Aufteilung der Beute. Besondere Bedeutung hatten die erst Mitte der 30er Jahre im Flachland östlich Wiens (Wiener Becken) explorierten Erdöllagerstätten, die für die Zukunft viel mehr versprachen, als die nordwestdeutschen Ölfelder. Sogleich setzte bei den großen deutschen Erdölfirmen ein Gerangel um Konzessionen ein, an dem sich dank der guten Aussichten nun auch die Reichswerke und auch die IG Farben mit einer jeweiligen Tochterfirma beteiligten. Bislang waren die besten Konzessionen von der US-amerikanischen Rohölgewinnungs AG (RAG) bearbeitet worden. Bentz mahnte zu »vernünftiger« Exploration und Ausbeutung. In der Goldgräberstimmung des Jahres 1938 gelang es ihm, gegenüber Göring die Erdölabteilung des geologischen Dienstes als einzig fähige Kraft ins Spiel zu bringen, um die Aufgaben der plötzlich vergrößerten Erdölindustrie zu koordinieren. Im Juli 1938 fand auf Karinhall, Görings Landsitz in Brandenburg, die entscheidende Sitzung für die Öl-Politik statt. Der IG-Farben-Manager Karl Krauch drängte darauf, den VJP grundlegend zu reorganisieren, um nur noch die allernötigsten Stoffe für den Angriffskrieg herzustellen, nämlich Sprengstoff, synthetischen Kautschuk (so genanntes Buna) und synthetisches Benzin; der Rest könne mittels schneller militärischer Schläge – »Blitzkriege« – auch erobert werden. Für diese nötigste Kriegsproduktion forderte er umfas-

(3) Obwohl Hitler nicht explizit vom Krieg gesprochen hatte, wurde wenigstens in Großbritannien verstanden, dass es um Krieg ging.
(4) Weiterhin konnten Göring und sein Stellvertreter Körner zwei ambitionierte Nazi-Ökonomen, den Stahlautarkisten Pleiger und den Textilautarkisten Kehrl, gewinnen, die im Zuge der deutschen Aggression so wichtig werden sollten.

illoyal
Journal für Antimilitarismus

BISHER ERSCHIENEN:
Heft 0: Zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Sieben Jahre Kampagne (vergriffen)
Heft 1: Schöne neue Bundeswehr. Weltweit einsatzbereit (vergriffen)
Heft 2: Helm ab! Europa verweigert
Heft 3: TraditionsREICH. Militaristische Traditionen
Heft 4: Hang zum Zwang. Wehrpflicht, Zwangsdienste, Militär
Heft 5: Verstehen, vermitteln, versuchen. Zivile Konfliktbearbeitung
Heft 6: Innere Sicherheit
Heft 7: Frauen, Männer, Militär. Militär und Geschlechterverhältnis
Heft 8: Ökologisch denken – europaweit handeln. Nato-Krieg in Europa
Heft 9: System Folter
Heft 10: Verweigern verboten!
Heft 11: Antimilitarismus anderswo
Heft 12: Krieg wie geschmiert
Von Heft 2 bis 10 sind noch Einzelhefte lieferbar. Sie werden zum Einzelpreis von DM 2,50 zuzüglich Porto abgegeben.

Ja. Ich bestelle *illoyal*. Journal für Antimilitarismus

❍ Heft 2 ..... Stück
❍ Heft 3 ..... Stück
❍ Heft 4 ..... Stück
❍ Heft 5 ..... Stück
❍ Heft 6 ..... Stück
❍ Heft 7 ..... Stück
❍ Heft 8 ..... Stück
❍ Heft 9 ..... Stück
❍ Heft 10 ..... Stück
❍ Heft 11 ..... Stück
❍ Heft 12 ..... Stück
❍ Einen Verrechnungsscheck über DM ..... habe ich beigelegt.
❍ Ich habe Briefmarken im Wert von DM ..... beigelegt.
❍ Ich zahle per Rechnung.
(Bitte Zutreffendes ankreuzen.)

Name

Anschrift

Unterschrift

Bitte ausschneiden und an
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin senden

sende Kompetenzen. Göring folgte den Ratschlägen, indem er Krauch ab August zum Bevollmächtigten, später zum Generalbevollmächtigten des VJP für Sonderfragen der chemischen Erzeugung (GB Chem) benannte. Das RWM wurde im Sommer 1938 Schacht völlig aus den Händen genommen und reorganisiert. Als kommissarischer Wirtschaftsminister bis zum offiziellen Rücktritt Schachts überließ Göring nun all jenen autarkistischen und großraumorientierten Kräften das Feld, denen Schachts Politik bislang ein Dorn im Auge gewesen war. Die Mineralölabteilung übernahm kein anderer als E. R. Fischer von IG Farben, vorerst noch als Stellvertreter von Heemskercks, seines bisherigen »Vorgesetzten«, dessen er sich noch vor Kriegsbeginn entledigte. Zum Teil behielt er die alten Mitarbeiter aus dem RLM, die das Bewirtschaftungsproblem aus militärischer Perspektive zu handhaben verstanden. In dieser Doppelfunktion als Leiter der Wirtschaftsgruppe Kraftstoffindustrie und als (stellvertretender) Leiter der Abteilung II/MinÖl im RWM blieb er – neben General Thomas, den Professoren Krauch und Bentz und später dem DEA-Direktor Günter Schlicht – eine der treibenden Kräfte in der nazi-deutschen Ölpolitik. Auch der geologische Dienst wurde 1938 als zentralistische Instanz, nämlich »Reichsstelle für Bodenforschung« (RfB), reorganisiert. Über allen Instanzen – Außenpolitisches Amt der NSDAP, RWM, VJP und RfB – thronte Göring, der sich als Generalbeauftragter für die Mobilisierung der Wirtschaft zum Herrn über die deutsche Kriegswirtschaft aufgeschwungen hatte und vor allem über seinen Staatssekretär Körner/VJP in Erscheinung trat. Ab Sommer 1938 war die ökonomische Ordnung harmonisiert, ihre Funktionäre, die an einer aggressiven Expansion Deutschlands stärkstes Interesse hatten, setzten diese nun in die Realität um.
Die Angst, in einer Kriegssituation – wie im Ersten Weltkrieg erlebt – zu wenig Erdöl zu haben, suchte Planer der ökonomischen Kriegführung wie General Thomas wie eine Zwangsvorstellung heim. Erdöl bzw. Treibstoff spielte deswegen für die deutsche Militärs auch dann eine Rolle, wenn die Tanklager genügend gefüllt waren. Dieser militärischen Neurose spielten die Vorschläge der Produzenten in die Hände, die eine möglichst große Steigerung der Treibstoffproduktion versprechen konnten, also die für die Produktion verantwortlichen Krauch und Bentz bzw. die Industrien, für die sie standen. Theoretisch waren beiden Formen der Ölproduktion natürliche Grenzen gesetzt: der Synthese durch den sich bei Kriegsbeginn immer drastischer abzeichnenden Arbeitskräftemangel, der natürlichen Produktion durch die simple geographische Verteilung von Erdöllagerstätten. Unter dem Einfluss der sich permanent verändernden strategischen Lage bestimmte dieser Konflikt die Ölpolitik des Dritten Reichs im Zweiten Weltkrieg bis zum Schluss.

Titus Kockel

Berichte
- Kein Frieden -

Alptraum Kosovo

Gut ein Jahr nach dem Ende des Nato-Krieges gegen Jugoslawien, geführt angeblich aus humanitären Gründen, ist die öffentliche Aufmerksamkeit für diesen Konflikt und die Situation im kosovo-albanischen Gebiet sehr zurückgegangen. Immer wieder kommen kurze Meldungen, wenn Bomben hochgegangen sind, Kosovo-Albaner und Serben aneinander geraten, Menschen ermordet, Waffenlager entdeckt oder serbische Kinder von kosovo-albanischen Autofahrern gezielt zu Tode gefahren werden. (1) Die Kriminalitätsrate ist nach Angaben eines Presseoffiziers im US-Hauptquartier in Camp Bondsteel etwa so hoch wie in Los Angeles. (2) Die Kriminalität hat nicht nur politisch-sezessionistische Hintergründe, sondern ist auch durch mafiose und Drogengeschäfte bestimmt, in die mutmaßlich UCK-Führer verstrickt sind. Die International Crisis Group (ICG), die durch westliche Außenministerien finanziert wird und deren Vorsitzender der ehemalige australische Außenminister Gareth Evans ist, kommt zu dem Schluss, sowohl Albanien wie auch Kosovo versänken in einem Meer von Verbrechen und Korruption. Die Region sei zur wichtigsten Route für den Schmuggel von Menschen und Drogen nach West- und Nordeuropa geworden. (3) Marcus Pucnik von der ICG: »Politik und Kriminalität sind miteinander verflochten. Ohne eine effiziente Verbrechensbekämpfung wird die UN die politischen Probleme nie lösen.« (4)

Die Nato-Intervention sollte zu einer multiethnischen Gesellschaft im Kosovo führen, wie die Nato-Ideologen zur Legitimation des Angriffs auf Jugoslawien versicherten. Das Gegenteil ist eingetreten. Durch den Krieg wurde der Hass zwischen Kosovo-Albanern und Serben noch gesteigert. Der Vertreibung und Rückkehr der Kosovo-Albaner folgte die Vertreibung und Flucht der Serben. Die Zahlenangaben sind unterschiedlich. Die UNHCR schätzte, dass 170.000 von 200.000 Serben geflohen seien (5), andere sagen, dass weniger als 100 000 Serben in dem Gebiet geblieben seien. (6) Auch Roma und Aschkali werden von Kosovo-Albanern verfolgt. 120.000 von 150.000 flohen. (7) Die gegenseitige terroristische Verfolgung kann durch die Kfor nur sehr begrenzt verhindert werden. Chancen einer multiethnischen Versöhnung sind gegenwärtig nicht erkennbar. Im Gegenteil: Der Terror der albanischen Seite dient der weiteren Vertreibung und der Abschreckung von Rückkehrabsichten.

(1) FR 29.8.00.
(2) taz 12.8.00.
(3) Junge Welt 20.3.00.
(4) Financial Times 14.3.00.
(5) Mutz,R.: Der Krieg gewonnen, den Frieden verfehlt, FR 7.6.00.
(6) taz 21.8.00.
(7) Mutz ebd.
(8) Financial Times 14.3.00.

Gänzlich unklar ist die politische Perspektive des Westen für sein Protektorat

Soll der Kosovo ein autonomes Gebiet im Rahmen Jugoslawiens und vor allem Serbiens sein, wie immer gefordert wurde? Dann müssten selbstverständlich die serbische und die jugoslawische Gesetzgebung, wie auch die Finanzpolitik und die Währung Belgrads in dem Gebiet weiter Geltung haben. Davon aber soll keine Rede sein. Die UCK, der die Nato so wirksam in ihren Bemühungen um Sezession geholfen hatte, aber auch die friedlichere LDK-Rugova-Partei, wollten und wollen mit aller Entschlossenheit die Unabhängigkeit erreichen. Wenn diese Ziele durchgesetzt, oder gar klammheimlich von den Nato-Staaten in diesem Sinne gefördert werden, dann wird sich die Nato Beihilfe zur Sezession vorwerfen lassen müssen. Die konfliktreiche Situation wird sich auch dann nicht entschärfen, wenn Milosevic die Macht verlieren sollte, denn auch die jetzigen Oppositionsparteien können nicht leicht auf den Kosovo verzichten, ohne Abspaltungen und Wählerverluste riskieren zu müssen.

Die UCK bereitet sich gegenwärtig systematisch auf die – notfalls auch gewaltsame – Machtübernahme im Kosovo vor. In dem schon erwähnten ICG-Bericht heißt es: Die UCK bleibe »ein mächtiges und aktives Element in praktisch allen Lebensbereichen«. 55 Prozent der ausgebildeten Polizisten haben eine Verbindung zur UCK. In einigen Orten operieren, wenngleich das verboten ist, UCK-Polizei und deren Geheimdienst. Im »Kosovo-Schutzkorps«, das angeblich dem Zivil- und Katastrophenschutz dienen soll, sind zirka 5.000 ehemalige UCK-Kämpfer versammelt und verstehen sich als das Herz einer künftigen Kosovo-Armee. Im Rahmen der UN-Verwaltung leitet die UCK-nahe Partei PPDK mehrere Schlüsselressorts, darunter auch das für Sicherheit. (8) Die heimlichen Aktivitäten der UCK oder ihrer befreundeten Organisationen gehen auch über den Kosovo in die umliegenden Länder hinaus, in denen es albanische Bevölkerung gibt. Darin drückt sich das Bestreben nach einer gesamtalbanischen Lösung aus.

Die kosovo-albanischen Parteien treten alle für die Eigenstaatlichkeit des Kosovo ein. Untereinander sind sie jedoch Konkurrenten um die Macht. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis zwischen der UCK-PPDK und der LDK des früheren gewählten Präsidenten Rugova, der die gewaltfreie, soziale Verteidigung gegen die Entrechtung durch Belgrad organisierte, aber dafür keine ernsthafte Unterstützung durch den Westen erhielt. Unterstützung erfuhr erst die terroristisch agierende UCK, deren Sezessionskrieg gegen Belgrad wesentlich zur Auslösung des Nato-Jugoslawien-Krieges beigetragen hat. Ich vermute, dass eine Niederlage der PPDK in Wahlen von der UCK nicht hingenommen werden würde und zu blutigen internen Auseinandersetzungen führen könnte.

Fragen nach der Zukunft des Kosovo und der Kfor

Die vorgetragenen Aspekte kennzeichnen die brisante Situation im Kosovo. Wie kann die Entwicklung in Zukunft weitergehen? Sichere Antworten können selbstverständlich nicht gegeben werden,

doch sind Einschätzungen der Problemlagen möglich.
Das vorgebliche Kriegsziel der Nato war ein multiethnisches, autonomes Kosovo im Rahmen Serbiens und Jugoslawiens. Der Krieg hat dieses Ziel nicht erreicht, sondern in weite Ferne gerückt.
Gegenwärtig ist kein Ansatz für eine Versöhnungspolitik, die multiethnisches Zusammenleben fördern könnte, erkennbar oder erscheint möglich. Der Guardian schrieb im Juni dazu: »...ist andererseits die Verfolgung von Minderheiten so bösartig und heimtückisch wie zuvor die Taten der Schergen von Milosevic.« (9) Daraus läßt sich eine Voraussage ableiten: Die Kfor-Protektoratstruppen werden auf Jahre stationiert bleiben müssen. Dies auch noch aus einem anderen Grunde: »In der UN-Resolution 1244 hat Belgrad einen international verbrieften Titel auf seine abtrünnige Provinz. Die Nato muss (jedoch – der Verf.) jeden Ehrgeiz einer militärischen Rückeroberung vorsorglich abschrecken. Das ist der zweite Grund, der ihr eine lange und kostspielige Präsenz in der Krisenregion aufbürden wird.« (10)
Der Kosovo-Krieg ist immer auch unter dem Aspekt der Stabilisierung oder Destabilisierung der Region zu analysieren. Der Krieg hat ganz offensichtlich die gewaltbereiten sezessionistischen Kräfte gestärkt, die anscheinend die großalbanische Frage erneut aufzuwerfen und zu verfolgen gewillt sind. Dies wird voraussichtlich durch mafios-kriminelle Aktivitäten gestärkt werden, die sich keineswegs an Landesgrenzen halten. Vielmehr nutzen sie die grenzüberschreitende Besiedlung mit albanischer Bevölkerung für ihre Zwecke. Dabei werden vermutlich für eigentlich kriminelle Handlungen »heilige, nationale Ziele« vorgeschoben werden, um Mobilisierung zu erreichen. Die Kfor-Protektoratstruppen dürfen keine vergleichbar grenzüberschreitenden Aktivitäten dagegen entfalten und werden somit in einen Dauerclinch gezogen, den sie nicht bewältigen können. Der Kampf der kosovo-albanischen Parteien untereinander und die ständige Einwirkung von Belgrad direkt und über die verbliebene serbische Bevölkerung werden ein übriges zur Chaotisierung der Situation beitragen. Die Bevölkerung wird darunter zu leiden haben.
Diese pessimistischen Prognosen werfen die Frage nach Ansatzpunkten für eine friedliche und versöhnliche Politik auf. Oft wird in diesem Zusammenhang die Aufnahme eines oder mehrerer Länder der Region in die EU vorgeschlagen, so als könnten damit die Probleme gelöst werden. Ich halte solche Erwartungen für höchst illusionär, fehlen doch Ländern wie Mazedonien, Albanien und Kosovo alle politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Voraussetzungen für einen EU-Beitritt.

Serbien nicht länger ausgrenzen

Ein näher liegender Ansatz ist in dem für Südosteuropa anvisierten Stabilitätspakt zu sehen. Er wird jedoch gegenwärtig in seiner politischen und deeskalierenden Wirkung vor allem dadurch behindert, dass die Nato-Staaten Serbien aus dem Stabilitätspakt ausgrenzen. Sie wollen damit die innere Ordnung Serbiens und Jugoslawiens durch den Sturz von Milosevis verändern. Vielleicht handelt es sich hier sogar um eines der wirklichen Kriegsziele der Nato. Dies hat jedoch eine Behinderung von Verständigungsprozessen zur Folge, da nun das Milosevic-Regime mit allen Mitteln um sein Überleben kämpfen muss, ein Kampf, der möglicherweise auch durch die bevorstehenden Wahlen nicht friedlich entschieden werden kann.
Die Einmischung der Nato-Staaten in die inneren Angelegenheiten Serbiens zieht den anvisierten Stabilitätspakt – unabhängig von konzeptionellen und finanziellen Defiziten – schwer in Mitleidenschaft, da ohne Serbien selbstverständlich keine Stabilität auf dem Balkan erreicht werden kann.
Jede weitere Destabilisierung mit weitreichenden Folgen kann zu einer Eskalation innerhalb Montenegros führen. Deshalb ist ein Neuanfang, der die serbische Bevölkerung – und nicht allein nur oppositionelle Städte Serbiens – in den Stabilitätspakt einbezieht, erforderlich:
• Jugoslawien und seine Teilstaaten Serbien und Montenegro sind unter der Bedingung des Gewaltverzichts zur vollen Teilnahme an dem Balkan-Stabilitätspakt zuzulassen.
• Alle Beschränkungen gegenüber Jugoslawien sind aufzuheben. Besonders wichtig ist es, Jugoslawien wieder in die internationalen Organisationen aufzunehmen, um es in eine zukunftsträchtige, friedenspolitsche Orientierung und in internationale Verpflichtungen und Normen einzubinden.
• Von Seiten der Nato- und EU-Staaten sind jegliche Drohungen zu unterlassen, mit Gewaltmitteln eingreifen zu wollen. Ferner sind alle Balkanstaaten aufzufordern, ihren guten Einfluss für eine friedliche Lösung geltend zu machen. Die »Frage Montenegro« wird nämlich bei Gewaltausbruch nicht nur einen punktuellen Konflikt auslösen, sondern leicht zu einer weit reichenden Auseinandersetzung werden, die alle Balkan-Staaten und insbesondere den Kosovo betreffen und zusätzlich beschädigen kann.
Bisher ist allerdings trotz aller Vorschläge, Eingaben und Diskussionen keine neue Kursbestimmung der Nato in Bezug auf die Balkanpolitik erkennbar.

Drei Langzeitsieger

Erkennbar sind jedoch – und das ist für die künftige Entwicklung des Kosovo wichtig – drei Sieger dieses Krieges: die UCK, die USA und die EU- Rüstungsindustrie. Der UCK ist es gelungen, die Nato für ihre Ziele kämpfen zu lassen (»Nato als Luftwaffe der UCK«) und die Aussichten für eine Sezession des Kosovos von Serbien erheblich zu verbessern.

(9) Zit. nach taz,12.8.00.
(10) Mutz,R. ebd.

Die USA konnten durch den Krieg den europäischen EU-Staaten, die nicht nur ihre Nato-Partner, sondern auch ihre Konkurrenten in vielerlei Hinsicht sind, eine enorme und langfristige Last als Folge des Nato-Angriffskrieges gegen Jugoslawien aufbürden. Die von den USA getragenen Kosten für ihre Luftangriffe sind Peanuts im Vergleich zu den Kosten der Stabilisierung der Region, welche die EU-Staaten aufzubringen haben werden. Auch politisch werden die europäischen Nato-Staaten über Jahre damit beschäftigt sein.
Nach dem Krieg beschlossen die EU-Staaten sogleich die Aufrüstung ihrer jeweiligen Interventionsstreitkräfte, um ihre militärische Abhängigkeit von den USA bei zukünftigen Interventionskriegen zu verringern. Diese Entscheidung wird ihre Last noch vergrößern und dürfte die Lösung der Balkanprobleme weiter erschweren. Sie legt den Kurs der EU-Außenpolitik im Sinne von militärgestützter Interessensdurchsetzung und auf eine weitere langfristige, qualitative Aufrüstung fest. Die europäische Rüstungsindustrie und die für die EU-Staaten produzierenden Waffenwerkstätten haben so endlich eine sichere Perspektive.

Andreas Buro

anarchistisch gewaltfrei

graswurzelrevolution

- widerstand gegen staat und krieg
- befreiung im alltag
- transnationalismus
- aktuelle politik aus gewaltfrei-anarchistischer sicht
- rezensionen
- concert for anarchy u.v.m.

Jahresabo: 40 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo: 3 Ausgaben gegen 10 DM Vorkasse
Förderabonnentlnnen und SpenderInnen herzlich willkommen

Graswurzelrevolution Vertrieb
Straßburger Str. 24
D-10405 Berlin
Fax 030/442 81 85
www.comlink.de/graswurzel

GWR
Postbank Hamburg
Kto.-Nr.: 26657207
BLZ 200 100 20

NEU
Bücher der Graswurzelrevolution:

Lou Marin
Ursprung der Revolte
Albert Camus und der Anarchismus
326 S. · 39,80 DM
ISBN 3-9806353-0-9

GWR (Hg.)
Gewaltfreier Anarchismus. Herausforderungen und Perspektiven zur Jahrhundertwende
203 S. · 29,80 DM
ISBN 3-9806353-1-7

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.

... wurde am 21.7.1990 von Kriegsdienstverweigerern, Wehrflüchtlingen und AntimilitaristInnen in Berlin gegründet. Unser Ziel ist die ersatzlose Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der damit verbundenen Zwangsdienste. Außerdem setzen wir uns für die Abrüstung, Reduzierung und Auflösung der Armeen ein. Derzeitige Schwerpunkte unserer Arbeit sind:

- *Information und Hilfestellung für Kriegsdienstverweigerer*
- *Hilfe für in Bedrängnis geratene Wehrpflichtige bei der Auseinandersetzung mit der Bundeswehr*
- *Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Friedenspolitik, Entmilitarisierung, Dienstpflicht, KDV*
- *internationale Durchsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung*
- *Herausgabe der Zeitschrift illoyal*

Als Mitglied erhältst Du

- *kompetente Hilfe bei allen Fragen der Wehrpflicht und Verweigerung*
- *aktuelle Informationen zur Praxis der Militärbehörden bei Musterung, Einberufung usw.*
- *Spezialberatung zur KDV für Soldaten, Reservisten und Doppelstaater*
- *vier mal jährlich die Zeitschrift illoyal frei Haus*

☐ Ich möchte weitere Informationen über den Verein
☐ Ich möchte Mitglied von »Mit uns gegen die Wehrpflicht« werden

Name

Adresse

Bitte ausschneiden und an folgende Adresse senden:
MIT UNS GEGEN DIE WEHRPFLICHT E.V.
Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin

ZUSAMMEN GEHÖRT UNS DIE ZUKUNFT

Am 26.2. marschierten 400 Neonazis durch Erfurt. Eine Blockade wurde von der Polizei mit Schlagstöcken und Pfefferspray aufgelöst. An diesem Tag wurden 4 Antifaschisten verhaftet, als Begründung wurde Lachen angegeben. Noch am selben Abend gab es 3 ergebnislose Hausdurchsuchungen, bei denen nach Teilen des Vertriebenendenkmals in Erfurt gesucht wurde, welches in der Nacht davor teilweise demontiert wurde. Gegen einen Verhafteten läuft ein Verfahren, weil er auf dem Hauptfriedhof »Ihr seid doch alles Nazischweine« gesagt haben soll (Beleidigung). Die anderen beiden Verhafteten sind als Zeug(inn)en geladen. Sie brauchen eure Solidarität.

Soligruppe ABC/RH · PF 10 17 20 · 99017 Erfurt
E-Mail über: infoladen.sabotnik@gmx.net
Bank: LAG Antifa / Antira A.L.F. · Stichwort: Repression
Kto-Nr.: 2371243701 · BLZ: 82010111 · BfG Erfurt

Berichte
- Selber schießen -

Neue Militärmacht EU. Oder: Krieg in und um Europa exklusiv von Europäern

Die EU hat sich auf den Weg gemacht, um als weltpolitischer Akteur autonom über Sicherheitsfragen zu entscheiden. Als Zäsur wird dabei von verantwortlichen Politikern in der EU der Kosovo-Krieg benannt. So analysiert ein Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Juli 2000: »Die EU will sich zu einem außen- und weltpolitisch handlungsfähigen Akteur auf der weltpolitischen Bühne entwickeln.... Die EU strebt nunmehr autonome Handlungsfähigkeiten an, die sich auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten und geeignete Beschlussfassungsgremien stützen.« Und weiter wird klar die Ursache der Treibkräfte dieser Entwicklung benannt: »Schon 1998/99 waren also wichtige Fundamente gelegt, um der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik neuen Schwung zu verleihen. Doch dann kam ein Ereignis hinzu, das der eigentliche Anlass zur Beschleunigung des Prozesses wurde: der Kosovo-Krieg.« Beklagt wird, dass über 90 Prozent der Angriffe auf die Bundesrepublik Jugoslawien von US-amerikanischen Maschinen geflogen wurden und die Europäer fast vollständig von der amerikanischen Aufklärung abhängig waren. Als Schlüsselereignis beklagt Oliver Thränert, Autor der Friedrich-Ebert-Studie, dass die USA Ziele bombardierten, »die überhaupt nicht mit den Bündnispartnern abgesprochen waren«, z. B. die chinesische Botschaft.

Dies soll in Zukunft eine eigene europäische Eingreiftruppe verhindern, die über eigene militärische Aufklärungskapazitäten und über ein militärisches Potential verfügen soll, mit dem eine »Krise« wie im Kosovo ein Jahr lang aus eigener Kraft gemeistert werden kann. Bis 2003 sollen dafür 60.000 Mann zur Verfügung stehen, die Bundesrepublik soll etwa ein Fünftel dieser Krisenstreitkräfte stellen. Zur Erinnerung: In Bosnien-Herzegowina umfassen die dortigen Nato-Einheiten der Sfor etwa 31.000 Mann aus 38 Nationen, während es sich bei der Nato-Mission Kfor im Kosovo um etwa 45.000 Mann aus 28 Ländern handelt.

Dieses Szenario zugrunde legend wird klar, dass für die selbst gesteckten Ziele der Europäer mittelfristig der Aufbau der beschriebenen Kapazitäten in keiner Wiese ausreichend sein wird. So gibt es auch schon an prominenter Stelle viel weitergehende Überlegungen. Die Verfasser eines von der Bertelsmann-Stiftung erstellten Berichts mit dem Titel »Enhancing the European Union an International Security Actor – A Strategy for Action« (August 2000) kommen etwa zu dem Ergebnis: »Um eine unabhängige politische und militärische Kapazität zu entwickeln, die der Europäischen Union gestattet, mit Blick auf das Jahr 2015 eine Operation des Kosovo-Typs führen zu können, ohne auf Mittel der Vereinigten Staaten zurückgreifen zu müssen, muss sich die Union ein neues strategisches Ziel stecken, das über das in Helsinki formulierte globale Ziel (Headline Goal mit einer Schnellreaktionstruppe von 60.000 Mann) hinausgeht.« Es folgen zahlreiche Vorschläge zur massiven Erhöhung der Rüstungsausgaben und deren effizienterer Verwendung für militärische Beschaffungsaufgaben, sowie Vorschläge für einen Ausbau der autonomen politisch-militärischen Entscheidungsstrukturen der EU.

Duplizierung der US-Doktrin

Diese Entwicklung der Verselbstständigung der Europäischen Sicherheitsstrukturen wird in den USA mit großer Skepsis betrachtet. 1998 noch hatte die Clinton-Administration festgelegt, dass es keine Duplizierung des Nato-Potenzials, keine Diskriminierung und besonders keine Abkopplung (decoupling) von Nato-Strukturen geben dürfe (3D-Strategie). Die Realität nach dem Kosovokrieg sieht aber mittlerweile ganz anders aus. Bei den Beschlüssen im November 1999 auf dem EU-Gipfel in Helsinki wurde ausdrücklich die autonome Handlungsbereitschaft der EU-Truppe »in und um Europa« festgeschrieben. So werden die Warnungen aus Washington schärfer. US-Verteidigungsminister Cohen erklärte in einem Interview: »Der Sinn der ESDI (der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität) ist es zu handeln, wenn die Nato dies nicht will. Doch eine eigene separate, unabhängige, autonome Organisation wird sehr wohl das transatlantische Band schwächen. Das sollten wir vermeiden. Deshalb haben wir die Europäer sogar ermutigt. Aber: Bitte keine eigene Sicherheitsbürokratie, keine Strukturen, die mit Nato-Verpflichtungen kollidieren.« (1) Und der stellvertretende US-Außenminister Talbot meinte: »Wir möchten keine ESDI erleben, die erst in der Nato entsteht, dann aus der Nato herauswächst und dann sich von der Nato fortbewegt.« (2) Genau das findet aber statt, und die Bundeswehrreform von Rudolf Scharping ist ein kleiner Schritt in diese Richtung, wenn auch – wie u.a. grüne Militärpolitikerinnen, darunter A. Beer beklagen – halbherzig und auf Dauer nicht ausreichend.

.

Als eine der Hauptaufgaben einer künftigen Bundeswehr wird die »Krisenbewältigung« benannt. Das Einsatzgebiet soll sich möglichst »auf Europa und seine Peripherie« beschränken. Einsatzkräfte müssen »gegebenenfalls innerhalb weniger Tage im Einsatzgebiet bereitstehen und bis zu mehreren Jahren durchhaltefähig sein«. (3) Drei »Internationale Verpflichtungen«, die zu erfüllen sind, werden postuliert: Maßnahmen im Rahmen der Nato, Stand-by-Arrangements für die UN und in Erfüllung des »European Headline Goal« der Aufbau

... muss in der Lage sein, sich gleichzeitig an zwei Operationen mittlerer Größe zu beteiligen...
Foto Michael Behrendt

leistungsfähiger Einheiten, die der EU im Bedarfsfall unterstellt werden können. Hierauf wird eindeutig der Schwerpunkt gelegt. Zu den Operationen heißt es: »Die Bundeswehr muss daher in der Lage sein, sich gleichzeitig an zwei Operationen mittlerer Größe zu beteiligen.« (4)
Um diese »Aufträge« erfüllen zu können, müssen die Kosten für Personal massiv gesenkt werden, damit Mittel für die qualitative Aufrüstung bereitgestellt werden können. Deshalb greift auch eine antimilitaristische Kritik, die sich allein auf Wehrpflicht und Personalstärke orientiert, viel zu kurz, ja sie begibt sich in die Gefahr, die Umstrukturierungen der Bundeswehr zu einer Internationalen Interventionstruppe – unter welchem Mandat auch immer – noch zu befördern. In den nächsten Jahren werden wahrscheinlich Rüstungsprojekte, die sich eher gegen einen klassischen konventionellen Gegner richten, zurückgestellt Die bisherigen Krisenreaktionskräfte werden als »Einsatzkräfte« mit den bisherigen Hauptverteidigungskräften verschmolzen und künftig die Bundeswehr dominieren. Dagegen werden alle Rüstungsprojekte, die zur Erfüllung internationaler Interventionen von Bedeutung sein könnten, ausgebaut, wie etwa der Aufbau einer eigenen europäischen Satellitenaufklärung. Diese Maßnahmen werden aber von Minister Scharping im Hinblick auf die angestrebten Ziele noch zu zögerlich betrieben. Sie sind für das angestrebte Szenario des gleichzeitigen Betreibens zweier Kriege »in und um Europa« nicht ausreichend. Insofern darf man sich auf weitere Umstrukturierungsmaßnahmen gefasst machen, die den Abbau von Personal und konventioneller Rüstung beinhalten. Der Hauptteil dieser Gelder wird in Projekte zum Aufbau der »EU-Armee« fließen. Zu deren Kritik fällt Grünen und Sozialdemokraten meist nicht mehr viel mehr ein als ein fatalistisches Verweisen auf ungenügende demokratische Legitimierungen, die mit der Militarisierung der EU einhergehen. So heißt es in der zitierten Friedrich-Ebert-Studie: »Sollte man sich entschließen, die europäischen Armeen mehr als bislang zu verzahnen, könnte ein weiteres Problem dazukommen: die demokratische Legitimation des Einsatzes von Streitkräften. Es könnte zu Handlungszwängen kommen, in deren Folge das nationale Entscheidungsrecht zum Einsatz von Streitkräften und damit das parlamentarische Veto-Recht in einem solchen Fall ausgehebelt wird.« Das »parlamentarische Veto-Recht« des Bundestags würde dann freilich nicht zum ersten Mal wegen eines militärischen Einsatzes ausgehebelt: Dies trat bereits am 14. März 1997 mit der Evakuierung deutscher Staatsbürger aus der albanischen Hauptstadt Tirana ein. Auf Grund der Situation in Albanien – Auflösung der staatlichen Ordnung, Plünderungen von Waffenlagern der Armee und der Polizei – sah die Bundesregierung »Gefahr im Verzug« für Deutsche. Mit Hubschraubern und unter Einsatz von Gewalt wurden insgesamt 116 Menschen durch die Bundeswehr aus Tirana ausgeflogen. Der Bundestag wurde übergangen – er hatte erst nachträglich Gelegenheit zur Zustimmung, nämlich am 20. März. Etwas anderes wäre ihm dann auch gar nicht mehr übrig geblieben.

Richard Lorraine

(1) Süddeutsche Zeitung, 5./6. Februar 2000.
(2) Süddeutsche Zeitung, 9. Dezember 1999.
(3) Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert – Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf, Bonn/Berlin 2000, S. 10.
(4) A.a.O., S. 11.

Niemand hat Schuld
Mit dem 20. Juli die Täter entlasten

»Hier ist es wieder sehr kalt, und es liegt hoher Schnee. Aber die Blümchen wachsen doch. So soll man sich immer freuen und hoffen, auch wenn es schwer ist und man weinen will. Hier sind alle Häuser zerstört. Menschen und Kinder gibt es auch nicht. Sie sind alle geflohen voriges Jahr, als der Krieg hier tobte. Da ist es besonders schön, daß der liebe Gott die Blumen wachsen läßt zwischen all der Zerstörung und all dem Tod. Aber das Leben, das sich auch in den Blümchen zeigt, siegt doch.« (1)

Dies schrieb aus Arnicourt von der Front in Frankreich am 23. Februar 1941 »ein überzeugter Nationalsozialist, deutscher Offizier und evangelischer Pfarrer«. (2) So einfach war das: Land zerstört, Menschen geflohen, Krieg tobte. Von Tätern, die dies vollbracht, keine Spur. Denn der Täter, der dies schreibt, scheint sich seiner Tat nicht bewusst zu sein. Wie auch: Er ist traurig. Und tapfer, natürlich, denn das Leben siegt doch – in den Blumen, die Gott wachsen lässt. Von den Ermordeten kein Wort, keine Spur. Unsere Väter sind keine Täter, wie wir niemals Täter sein können. Krieg ist Schicksal oder Naturkatastrophe. Auch Wehrmachtssoldaten sind keine Mörder, und sollte doch einer unter ihnen gewesen sein, gibt es zur Ehrenrettung der Deutschen den zwar kleinen, aber aufrechten Widerstand der »Männer des 20. Juli«, die für Bundesregierung und Bundeswehr den Widerstand gegen den NS-Staat symbolisieren und die nun auch die Bundeswehr offenbar als sinnstiftend für die selbst gesetzten Aufgaben und Ziele ansieht.

Gescheiterter Putsch

Am 20. Juli 1944 wurde durch deutsche Militärs ein Attentat auf Hitler verübt. Es scheiterte. Im Anschluss daran wurden die Attentäter und weitere Personen, die einen Putsch geplant hatten, verhaftet und großenteils hingerichtet. Sie und nur sie sind gemeint, wenn heute vom »nationalen Widerstand« oder vom »deutschen Widerstand« die Rede ist. Unter ihnen waren nicht wenige Wehrmachtsoffiziere, denen es nicht zuletzt darum ging, die 1944 bereits unvermeidlich scheinende bedingungslose Kapitulation abzuwenden. Bis zu diesem Zeitpunkt haben auch namhafte Mitglieder dieser militärischen Opposition in großer Nähe zur politischen Macht im NS-Staat den Vernichtungskrieg der Wehrmacht aktiv mitgetragen. So zitiert der Historiker Gerd R. Ueberschär, der die Haltung von Widerstandskreisen zum Vernichtungskrieg gegen die UdSSR untersucht hat, den Korvettenkapitän Franz Liedig als »symptomatisch«: Dieser forderte im Dezember 1939 – Deutschland und die Sowjetunion hatten wenige Monate zuvor einen völkerrechtlich gültigen Nichtangriffs-Vertrag geschlossen – dazu auf, »die bolschewistische Weltgefahr einzudämmen«. Man müsse sich militärisch gegen das »noch immer asiatisch-ungeschlachte, unberechenbare und skrupellose Staatsgebilde, wie es das heutige Russland ist«, richten. (3) Liedig wird zum Widerstand gezählt. Ueberschär spricht zu Recht von einer »militant antikommunistischen Geisteshaltung« auch in »oppositionellen Militärkreisen«, wegen der es keine größeren Einwände gegen den Überfall auf die Sowjetunion gegeben habe. (4) So hat Generaloberst Erich Hoepner, der schon ab 1938 zur innermilitärischen Opposition gegen den NS-Staat gerechnet wird und im Zusammenhang mit dem 20. Juli hingerichtet wurde, den Krieg gegen die Sowjetunion 1941 als »Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitisch-asiatische Überschwemmung« und als »Abwehr des jüdischen Bolschewismus« bezeichnet. Der Krieg müsse »zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes« führen. (5) In der Praxis des Krieges bedeutete dies zum Beispiel, dass auch die Hoepner als Befehlshaber unterstellte Panzergruppe 4 der Heeresgruppe Nord den so genannten Kommissarbefehl durchgeführt hat. Dieser besagte, die politischen Kommissare der Roten Armee – d.h. Soldaten, die für die politische Erziehung der Soldaten zuständig waren – seien bei Gefangennahme sofort zu erschießen, eine völkerrechtswidrige und terroristische Maßnahme. Auch die Panzergruppe 4 terrorisierte – wie andere Teile der Wehrmacht – die Zivilbevölkerung: Historisch belegt ist unter anderem die Verbrennung der Ortschaft Straschewo und die Erschießung von EinwohnerInnen dieses Dorfs als Vergeltungsmaßnahme. Gleichzeitig wurde durch einen erhalten gebliebenen Wandanschlag auf deutsch und russisch damit gedroht, jedem Dorf das Gleiche anzutun, »in dessen Nähe sich Partisanen oder andere Verbrecher aufhalten und deren Bevölkerung in irgend einer Weise mit diesen in Verbindung steht«. (6) Hoepner unterbreitete in einer Geheimen Kommandosache darüber hinaus den Vorschlag, Giftgas einzusetzen, um »Partisanenbanden« zu bekämpfen: »Das Kommando der Panzergruppe bittet um Überprüfung, in welchem Umfang Reizstoffe (etwa Blaukreuzart) für die Bekämpfung des Bandenunwesens zur Verfügung gestellt werden können.« (7) Die Wörter »Bandenbekämpfung« und »Partisanenbekämpfung« bedeuten in der Sprache der nationalsozialistischen Militärs bekanntlich massive Vergeltung und Terror gegen Zivilpersonen.

Weder lehnten die am Putschversuch beteiligten Militärs die deutsche Expansionspolitik grundsätzlich ab, noch waren die zivilen Mitglieder des nationalen Widerstands grundsätzlich Anhänger der Demokratie. Viele waren Nationalkonservative oder Monarchisten; viele identifizierten sich nicht nur kurzzeitig mit der nationalsozialistischen und ras-

(1) Liebe und Lüge: »Meine geliebten Kinderchen!«, in: Christina Thürmer-Rohr, Vagabundinnen. Feministische Essays. Berlin 1987.
(2) Ebd.
(3) Zit. nach Gerd R. Ueberschär, Der militärische Widerstand, die antijüdischen Maßnahmen, »Polenmorde« und NS-Kriegsverbrechen in den ersten Kriegsjahren (1939 – 1941), in: Ders. (Hg.), NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Darmstadt 2000, S. 31 ff.
(4) Ebd.
(5) Ebd.
(6) Zit. nach Peter Steinkamp, Die Haltung der Hitlergegner Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb und Generaloberst Erich Hoepner zur verbrecherischen Kriegführung bei der Heeresgruppe Nord in der Sowjetunion 1941, S. 55, in: Ueberschär, Der militärische Widerstand..., S. 48 ff.
(7) Ebd. S. 57.

Der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann und die Berliner und Potsdamer Kampagne gegen Wehrpflicht überschreiten die Schwelle zum Widerstand und legen in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand einen Kranz für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer nieder. Der Kranz wurde bereits in der darauffolgenden Nacht gestohlen. Foto Michael Behrendt

sistischen Ideologie; viele hatten ihre Karriere nach 1933 fortgesetzt oder überhaupt erst »gemacht«. Carl Goerdeler, der nach einem gelungenen Staatsstreich Reichskanzler hätte werden sollen, verfaßte noch 1941 eine antisemitische Denkschrift, in der er eine »gesetzliche Sonderregelung zur Judenfrage« ausarbeitete. Jüdinnen und Juden sollten nach seinen Vorstellungen mehrheitlich die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren und in einem anderen Land »angesiedelt« werden. Es ist keine Äußerung Goerdelers nachgewiesen, mit der er sich nachträglich davon distanziert hätte. (8) Auch andere Mitglieder des nationalen Widerstands waren offenbar der Ansicht, es existiere eine »Judenfrage«, die es zu lösen gelte. Die Verschwörung zur Beseitigung Adolf Hitlers zielte vor allem darauf, die Ehre der deutschen Nation und der Wehrmacht zu retten und die bedingungslose Kapitulation doch noch abzuwenden. Zum Zeitpunkt des Attentats gingen die Verschwörer davon aus, dass die Nationalsozialisten Deutschland zerstören. Ihr wichtigstes Ziel war, die unmittelbar bevorstehende militärische Niederlage des Deutschen Reiches abzuwenden.

Identität und Kontinuität

Der nationale Widerstand wird von Bundesregierung und Bundeswehr heute als einzig identitätsstiftend angesehen, anders als der antifaschistische, der pazifistische und antimilitaristische Widerstand. Dessen Angehörige verfügten allerdings auch nicht über einen Zugang zum Führerbunker und damit nicht über die Möglichkeit eines Aufsehen erregenden Scheiterns. Das Scheitern und der Ausnahmecharakter des Putschversuchs, so widersinnig das scheinen mag, gehört zu den besonderen identitätsstiftenden Merkmalen des »Aufstands des Gewissens«. Wenn diejenigen, die praktisch bis zum Tag ihrer Verhaftung zu den Mächtigen im NS-Staat gehörten und die bewaffnet waren, nichts auszurichten vermochten, so stellt dies eine treffliche Entlastung der deutschen Mitläufer, vermeintlichen Statisten und schweigenden Zustimmer dar. Man stelle sich vor, der staatstragende Gedenktag würde statt auf den 20. Juli in die Monate Februar oder März gelegt, in denen die Berliner Gestapo 1943 in einer »Schlussaktion« die letzten noch in Berlin verbliebenen jüdischen Bürger deportieren wollte. Deren nichtjüdische Angehörige, überwiegend Frauen, protestierten in der Berliner Rosenstraße: öffentlich, lautstark, gewaltfrei und schließlich erfolgreich. Ihre jüdischen Männer und Kinder wurden freigelassen bzw. nach Berlin zurückgeführt und überlebten. Wenn auch die Frage von Scheitern oder Erfolg nicht diejenige sein darf, an der sich die Geister scheiden, so weisen die Proteste in der Rosenstraße doch darauf hin, dass massenhafter Widerstand gegen den NS-Staat und die rassistische Politik der Vernichtung etwas hätte bewirken können – wenn es ihn denn gegeben hätte. Rudolf Scharping berief sich beim Rekrutengelöbnis am 20. Juli 2000 in seiner Ansprache auf Wehrmachtssoldaten, die aus »sittlicher Verpflichtung und Menschlichkeit« versuchten, das Leben von Jüdinnen und Juden zu retten. Es schmälert das Andenken dieser Menschen nicht, wenn man darauf hinweist, dass sie nicht deshalb menschlich handelten, weil sie (Wehrmachts-)Soldaten waren, sondern trotz ihres soldatischen Status'. Es ist frei-

(8) Vgl. Hans-Rainer Sandvoß, Widerstand in Kreuzberg. Hg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Berlin 1996, S. 182.

lich rhetorisch geschickt, Beispiele von Wehrmachtssoldaten anzuführen, um auf diese Weise zu suggerieren, die Wehrmachtsangehörigen, die am Tage treu ihren Befehlen »feindliche« Soldaten bekämpften, Partisanen »unschädlich machten«, ZivilistInnen als Geiseln erschossen, den Kommissarbefehl umsetzten – mit einem Wort: mordeten – wären bei Nacht plötzlich ihrer sittlichen Verpflichtung gewahr geworden und hätten unter Einsatz ihres Lebens die jüdische Bevölkerung der von der Wehrmacht überfallenen Länder gerettet. Aber das ist nicht wahr. Sechs Millionen Jüdinnen und Juden wurden ermordet. Zuvor wurden sie ihrer Rechte und ihres Besitzes beraubt. Ausschlaggebend für diese Verbrechen war, dass viele Deutsche damit einverstanden waren und direkt oder indirekt davon profitierten. Ebenso hat sich die weit überwiegende Mehrheit der Wehrmachtssoldaten ihren Befehlen nicht widersetzt, sei es aus Angst vor Bestrafung oder aus innerer Überzeugung von der Richtigkeit des Vernichtungskrieges. Dies können alle Deutschen wissen. Fraglich ist nur, ob sie, ob wir es wissen wollen. Weil auch ein großer Teil der Nachfahren von Tätern und Täterinnen Schuld und Verantwortung verdrängen, eignen sich gerade Mitschuldige, die erst im allerletzten Moment daran gingen, in der gewaltsamen Form eines Putsches die Nation und ihre Ehre zu retten, zur Identifikation. Als Märtyrer, die verhaftet und hingerichtet wurden, haben sie sich vom Täter zum Opfer gewandelt. Sie sind gestorben, »als der Krieg hier tobte«, auf wundersame Weise denen gleich, die durch ihre Schuld und Mitschuld gestorben sind, den heutigen Deutschen aber wegen der nationalen Kontinuität viel näher...

Mobilisierung

Wer für nationale Ziele mobilisieren will, braucht nationale Vorbilder. Deshalb werden die Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft, politischer oder ethischer Motivation, die zwischen 1933 und 1945 Ungehorsam gegen den NS-Staat und gegen den Vernichtungskrieg der Wehrmacht leisteten, in der Rede vom »nationalen Widerstand« ignoriert. Vielen von ihnen wird es nicht, vor allem nicht in erster Linie, um Deutschland oder Deutschlands Ehre gegangen sein. Zum Beispiel Desertion und Kriegsdienstverweigerung waren in der Wehrmacht – verglichen mit den von Scharping angeführten Einzelfällen – Widerstandsformen, die besonders in den letzten Kriegsjahren häufig auftraten. Wegen Fahnenflucht, Wehrkraftzersetzung und Kriegsdienstverweigerung wurden 46.000 Todesurteile verhängt, mehr als 20.000 vollstreckt. Beriefe sich die Bundeswehr auf das ideelle Erbe dieser Gehorsamsverweigerer, müsste sie damit sich selbst als Institution in Frage stellen, wurde sie in ihrer Gründung doch maßgeblich von ehemaligen Wehrmachtsangehörigen bestimmt, während überlebende Deserteure und Wehrkraftzersetzer an den Rand der Nachkriegsgesellschaft gedrängt wurden.

Allerdings muss man sich inzwischen fragen, ob die berechtigte politische Forderung nach der pauschalen Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren (9) und nach einer Anerkennung ihres Widerstandes durch den bundesrepublikanischen Staat nicht zu kurz greift oder ungewollt staatlich besoldeten Heuchlern in die Hände arbeitet. Angesichts der Ankündigung des Präsidenten des Deutschen Bundestags, Wolfgang Thierse, er werde sich dafür einsetzen, dass künftig auch der Deserteure würdig gedacht werde (10), ist Schlimmstes zu befürchten. So sollte sich niemand wundern, wenn zu gelobenden Rekruten demnächst erzählt wird, sie müssten Gehorsam leisten, weil Wehrmachtssoldaten desertiert sind. Die Bundesregierung unter Wortführung von Joseph Fischer schreckte ja nicht einmal davor zurück, Auschwitz für das Führen eines Angriffskrieges zu instrumentalisieren. Was unter der CDU/FDP-Regierung möglicherweise noch zu breitem Protest geführt hätte, ließen sich die WählerInnen im Jahr 1999 nur zu willig einreden, nämlich dass die Bundeswehr gegen Jugoslawien eingesetzt werden müsste, weil die deutsche Bevölkerung des NS-Staats stillschwiegend und laut und vor allem gehorsam der Vernichtung der europäischen Juden zugestimmt hat. Die Vergangenheit wird umfunktioniert, um den Gehorsam von heute wie Widerstand aussehen zu lassen. Die sozialdemokratisch-grüne Regierung modernisiert Herrschaft, indem sie Themen der Linken aufgreift und umdeutet, um die linke bzw. vormals linke Öffentlichkeit zu gewinnen. Im Fall des Kosovokrieges hat das funktioniert; neben einer zustimmenden bis gleichgültigen Öffentlichkeit blieb der Widerstand marginal. Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Scharping reklamiert den 20. Juli, die »militärische Opposition« und einzelne widerständige Soldaten der Wehrmacht für die Traditionspflege der Bundeswehr, damit diese als normale Armee akzeptiert wird, mit einem nicht fürchterlichen, sondern heldenhaften Hintergrund. Wer das einmal akzeptiert, so die Rechnung, wird sich auch nicht wehren, wenn die »neuen Aufgaben« der Bundeswehr praktiziert werden, das europa- und weltweite Intervenieren überall dort, wo es den jeweiligen deutschen Interessen opportun erscheint. Gehorsam wird zu Widerstand und Angriff zu Verteidigung von Menschenrechten.

»... wenn die Franzosen schießen, schießen wir auch. Bald wollen wir sie auch angreifen, damit sie uns endlich in Ruhe lassen und wir dann endlich zu unseren Kindern nach Hause können.« (11)

Täter sind die anderen.

Ulrike Gramann

(9) Wehrmachtsdeserteure müssen sich, anders als andere Opfer der nationalsozialistischen Justiz, noch immer Einzelfallprüfungen unterziehen, um rehabilitiert zu werden.

(10) Brief an den Vorsitzenden der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz vom 16. August 2000. Thierse äußerte in dem Brief sein Bedauern, dass er in seiner Rede am 20. Juli die Wehrmachtsdeserteure nicht erwähnt habe.

(11) Ebenfalls zitiert nach Christina Thürmer-Rohr, vgl. Fußnote 1.

Ein dreifaches Horrido
Ritterkreuzträger und Soldaten der Bundeswehr gemeinsam beim Pfingsttreffen der Gebirgstruppe

Das Gelände vor dem Gebirgsjäger-Ehrenmal ähnelt einer natürlichen Arena. Auf den »Rängen« haben bereits mehrere tausend meist ältere Besucher – 7.000 laut Münchner Merkur – Platz genommen, von denen die meisten allem Anschein nach zu Fuß den Hohen Brendten erklommen haben, der immerhin auf 1.138 Meter liegt und damit höchster Punkt des Mittenwalder Truppenübungsplatzes ist. »Was, hab ich richtig gehört, die Süddeutsche Zeitung?« Der betagte Herr mit Bundhose und schlohweißem Haar hält mit seiner Meinung nicht hinterm Berg, als die anwesende Presse begrüßt wird. »Die Lumpen«, fügt er mürrisch hinzu.

Es war mal wieder soweit: Der Kameradenkreis der Gebirgstruppe (KdG) hatte zu seinem alljährlichen Pfingsttreffen geladen, und viele Freunde der Gebirgstruppe waren ins Werdenfelser Land geströmt, um im Rahmen der »Brendtenfeier 2000« den gefallenen, vermissten und verstorbenen »Kameraden« ihre Aufwartung zu machen. Eine Vielzahl an Abordnungen diverser Ortskameradschaften des Kameradenkreises haben links und rechts des Ehrenmals ihre Fahnen und Standarten in Stellung gebracht, ein paar Meter daneben sind eine Formation des Gebirgsmusikcorps und ein Männerchor aus Bergamo angetreten. Zwei junge Gebirgsjäger mit aufgestütztem G3 und stierem Blick stehen direkt vor dem Ehrenmal und sind für das zuständig, was man in ihren Kreisen wohl »Ehrenwache« nennt.

Theaterdonner im Gebirge

Oberstleutnant a. D. Karl Griessinger aus Rottach-Egern, der Vorsitzende des KdG, freut sich, dass das Pfingsttreffen diesmal wieder stattfinden könne, nachdem es im vergangenen Jahr wegen des Hochwassers ausgefallen war, und appelliert an die Besucher der Feier, den Kameradenkreis, dessen jüngstes Mitglied 19 und das älteste über 100 sei, weiterhin nach besten Kräften zu unterstützen. Mit einem dreifachen »Horrido«, dem Gruß der Gebirgssoldaten, leitet er über zum ökumenischen Gottesdienst, der traditionell fester Bestandteil des Pfingsttreffens ist und dem Hauptreferat der Veranstaltung vorausgeht. Auch in diesem Jahr konnte der Kameradenkreis wieder eine prominente Persönlichkeit als Festredner präsentieren; nachdem bereits in den vergangenen Jahren regelmäßig bekannte Politiker und hochrangige Militärs, z.B. Ex-Nato-Generalsekretär Manfred Wörner und Ex-Generalinspekteur Klaus Naumann, auf dem Hohen Brendten aufkreuzten, war es diesmal General Dr. Klaus Reinhardt, Oberbefehlshaber der Nato-Landstreitkräfte Europa Mitte. Die Rede eines »Generals mit Herz« meinte der Lokalteil des »Münchner Merkur« gehört zu haben. Vermutlich kam man zu diesem Urteil, weil Reinhardt so leutselig von seinem Grundwehrdienst berichtete, den er in Mittenwald abgeleistet hatte. Er habe die Buckel des Brendten und die Kraft, die sie ihn gekostet hätten, noch sehr gut in Erinnerung, wobei er die großartige Kameradschaft hervorhebt, die er erfahren habe. Damals, in jungen Jahren, sei er als Rekrut bei einer Gedenkfeier am Ehrenmal gestanden, und ihm sei noch gar nicht richtig klar gewesen, was dies alles zu bedeuten habe, eines aber habe er genau gewusst: »So wie die will ich auch mal werden.« Der 4-Sterne-General beließ es freilich nicht bei Anekdoten aus seiner Mittenwalder Lehrzeit.

»Man weiß in der Nato, dass die Soldaten der Gebirgstruppe zähe, standfeste und verantwortungsvolle Männer sind, auf die man besonders in kritischen Situationen bauen kann, auf die Verlass ist. (1)« lobte er die Gebirgsjäger, die sich in den vergangenen Jahren bei Einsätzen in Somalia, Bosnien und im Kosovo den Ruf einer international geachteten Elitetruppe erarbeitet hätten. Die Bundesregierung werde im Zuge der Reform der Bundeswehr an den Gebirgsjägerbataillonen »nicht rütteln«, ihr Anteil bei den Krisenreaktionskräften werde sogar verstärkt. (2) Den Kameraden der Berge steht also eine rosige Zukunft bevor, sie dürfen weiterhin an vorderster Front in aller Welt auf Krisen reagieren. »In der gelebten Tradition der Gebirgstruppe mit ihren zeitlosen Werten wie Pflicht, Treue, Tapferkeit und Kameradschaft sehe ich den Grund dafür, dass der Geist der Gebirgstruppe über Jahrzehnte wach und auf hoher Ebene gehalten werden konnte und daran hat der Kameradenkreis der Gebirgstruppe sein ganz besonderes Verdienst.« (3) Reinhardt geizte dem Kameradenkreis gegenüber, dem zirka 10.000 aktive und ehemalige Gebirgssoldaten (Veteranen der Wehrmacht und der SS inklusive) angehören, nicht mit freundlichen Worten. Eben diesen ehemaligen Wehrmachtssoldaten bringt er ausdrücklich seinen Respekt entgegen, als er kurz auf die Geschichte der Gebirgstruppe eingeht. Die zahlreichen Kriegsverbrechen, die Gebirgsjäger der Wehrmacht in Griechenland, Italien, Jugoslawien, Skandinavien und anderswo verübten, finden bei Reinhardt selbstverständlich keine Erwähnung. Es klingt wie Hohn, wenn er anschließend der »rassisch oder anderweitig Verfolgten« der Nazizeit gedenkt und im selben Atemzug an die Gefallenen der Wehrmacht erinnert. Die versammelten Freunde der Gebirgstruppe nahmen daran keinen An-

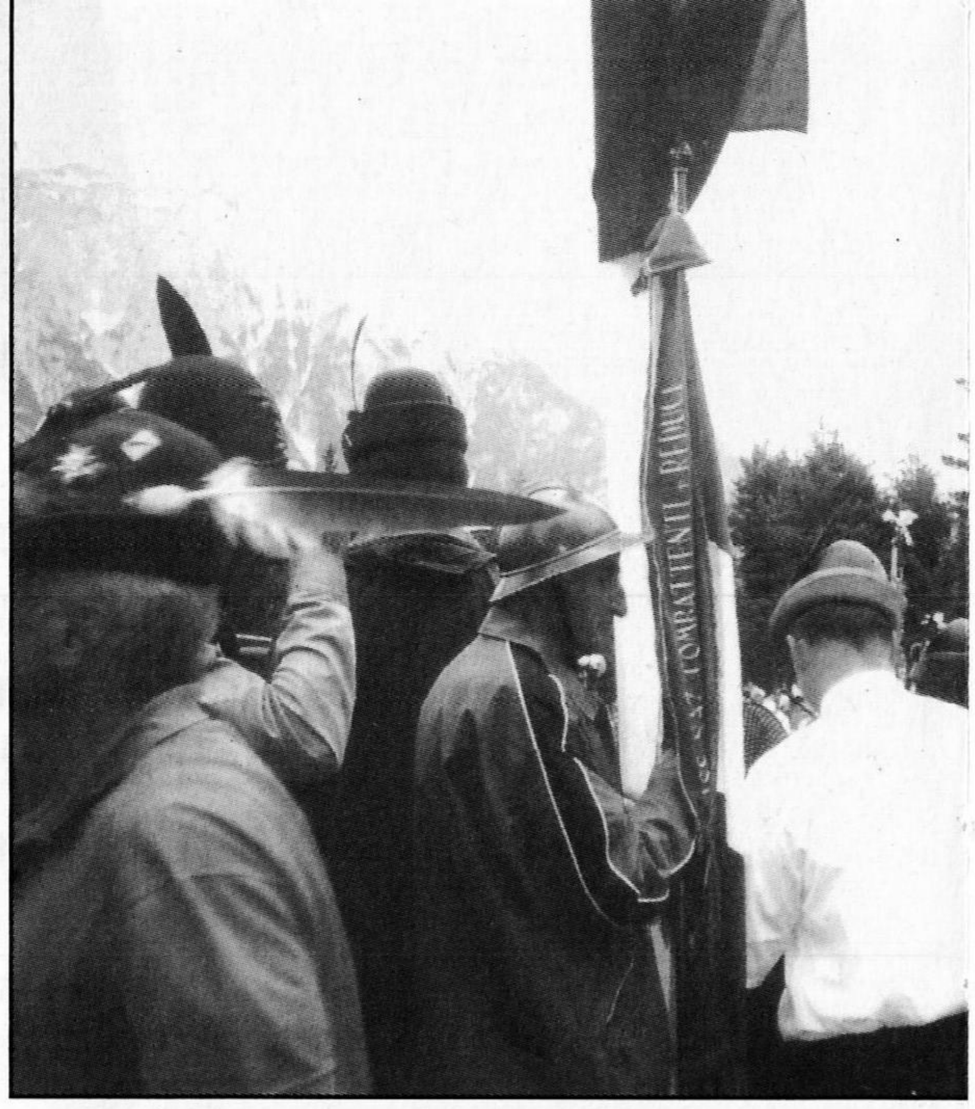
(1) Garmisch-Partenkirchener Tagblatt vom 13.06.00.
(2) Süddeutsche Zeitung vom 13.06.00.
(3) Garmisch-Partenkirchener Tagblatt vom 13.06.00.

stoß, im Gegenteil, es gab viel Applaus für den schneidigen General.

Gegen Ende der Veranstaltung werden dann alle Register militärischer Theatralik gezogen, als die etwa 50 Abordnungen aus acht Ländern ihre Gedenkkränze am Gebirgsjäger-Ehrenmal ablegen. Unter lang anhaltendem Trommelwirbel wird jedes Kranzgeleit einzeln aufgerufen, darunter pikanterweise auch eine Abordnung der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger. Verteidigungsminister Scharping hatte zwar der Bundeswehr im März letzten Jahres jeglichen Kontakt mit den Ritterkreuzträgern untersagt. In Mittenwald scheint dies jedoch niemanden zu interessieren, die hoch dekorierten Wehrmachtssoldaten werden wie selbstverständlich in das militärische Ritual mit einbezogen. Insgesamt sind 18 Mio. Soldaten in fünfeinhalb Kriegsjahren eingesetzt worden, und nur 7.313 Soldaten der Wehrmacht wurde das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen. Es war also nur ein kleiner Bruchteil, der diese höchste »Tapferkeitsauszeichnung«, die es in mehreren Abstufungen gab, erhielt. Unter den 40.000 Unteroffizieren und Offizieren, die sich dann von der Wehrmacht in die Bundeswehr hinüber retten konnten, waren 711, denen während des Krieges das Ritterkreuz angeheftet worden war.

Ritterkreuzträger in der Bundeswehr

Wenn man sich im World Wide Web auf die Suche macht, stößt man auf ein aktuelles Buchprojekt, das sich dieses Themas annimmt, »Ritterkreuzträger in der Bundeswehr« von Andreas Düfel und Clemens Range. In der Ankündigung ist zu lesen: »Das Ritterkreuz (...) wurde verliehen für weit herausragende persönliche Tapferkeit, erfolgreiche Operationsplanung, Schlachten beeinflussende Taten und für besonders gelungene Truppenführung, es wurde verliehen für Standhaftigkeit und Opfermut, und dies nicht selten posthum (...) Es waren meist Frontsoldaten, von den Ereignissen in eine außergewöhnliche Grenzsituation gebracht, die plötzlich aus ihrem Handeln heraus alle anderen überragten – unabhängig von Alter und Dienstgrad. (...) Wissend um die Gefahren, bändigte der Tapfere die aufsteigende Furcht, um seinen Auftrag entschlossen zu erfüllen. In der Überwindung der Todesfurcht liegt der eigentliche Sieg der Tapferkeit.« (4) Es ist dann auch nicht weiter verwunderlich, dass die Autoren in ihrer Eloge auf die Ritterkreuzträger der Bundeswehr wärmstens empfehlen, an Wehrmachtstraditionen festzuhalten. »Die Wehrmacht ist trotz einiger Verstrickungen in Kriegverbrecher (sic! – der Verf.), wie übrigens auch andere Armeen, (...) Übermittler von Werten, Tugenden und Berufseigentümlichkeiten aus 300 Jahren deutscher Militärgeschichte an die Bundeswehr.« (5)



Um sich juristischen Ärger vom Leib zu halten, gibt A. Düfel folgenden Hinweis: »Bilder von Gegenständen aus der Zeit zwischen 1933 und 1945, die auf dieser Homepage gezeigt werden, dienen nur zu Zwecken der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger oder verfassungsfeindlicher Bestrebungen, der wissenschaftlichen und kunsthistorischen Forschung, der Aufklärung oder der Berichterstattung über die Vorgänge des Zeitgeschehens oder der militärhistorischen und uniformkundlichen Forschung (§86 und §86a StGB).« (6) Über die angegebenen Links gelangt man zu weiteren Militariafans und Wehrmachtsverharmlosern.

Während A. Düfel bisher offenbar nur mit seiner Ritterkreuzträger-Homepage in Erscheinung getreten ist, ist Clemens Range ein alter Bekannter als Verfasser mehrerer Bücher zu militärgeschichtlichen Themen und vor allem als Autor der Wochenzeitung »Junge Freiheit« und der Zeitschrift »Mut«. Er greift auch für Bundeswehr-Publikationen zur Feder, wie z.B. für die IFDT (Information für die Truppe). Dort (in der IFDT – Redaktion) forderte Range in

(4) http://home.t-online.de/home/A.I.Duefel/dasbuch.htm.
(5) Ebd.
(6) Ebd.
(8) Ulrich Sander: Szenen einer Nähe – Vom großen RechtsUm bei der Bundeswehr. Pahl-Rugenstein Verlag, Nachfolger (2. Auflage 1999), S. 44.Zitiert nach ebd., S. 76.
(9) Vgl. ebd. S. 74.
(10) Clemens Range, Nord-Ostpreußen – Ein vergessenes Land ohne Zukunft?, in: Europäische Sicherheit 10/1994, zit. nach ID-SCHLESWIG-HOLSTEIN@ BIONIC. zerberus.de: Revanchismus und völkischer Imperialismus in Deutschland
(11) A.Dietl:Ritterkreuz ohne Haken (Jungle World 44/97)

Fotos Roland Lory

der Ausgabe 6/93 den Abzug der russischen Truppen aus »Königsberg«, das »derzeit Kaliningrad genannt« werde. 200.000 Deutsche sollten dort angesiedelt werden – mit der Perspektive, dass in Königsberg/Kaliningrad wieder »das Deutsche dominiert«. (8) In der aus dem Dunstkreis der NPD stammenden »Mut« (Nr. 304, Dez. 92, S. 33) schlägt er in dieselbe revanchistische Kerbe. Hier macht er sich Gedanken über den völkerrechtlichen Status der Region »Königsberg«, der seiner Meinung nach ungeklärt sei. (9) Im offiziellen Organ der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. und der Clausewitz-Gesellschaft e.V., der »Europäischen Sicherheit«, geht es dann weiter zur Sache: »Bonn wäre gut beraten, die Einflussmöglichkeiten vor Ort (gemeint ist »Nord-Ostpreußen« – der Verf.) so rasch wie möglich zu nutzen, um die weitere Entwicklung dieser Region mitgestalten zu können. (...) Denn schon keimt die Begehrlichkeit der Polen und Litauer.« (10)

Die rüstigen Weltkriegsveteranen mit dem Eisernen Kreuz am Hals haben ebenfalls die ehemaligen deutschen Ostgebiete noch nicht abgeschrieben: »Es muss uns mit Schmerz erfüllen, dass Ostpreußen, Ostpommern, Brandenburg und Schlesien polnisch besetztes Gebiet bleiben werden. Aber in unseren Herzen wird immer ein Licht brennen, dass dieses deutsche Land nicht ewig von uns getrennt sein wird« ist dem »Ritterkreuz«, dem Mitteilungsblatt der OdR, zu entnehmen. (11) Dieser Zusammenschluss ehemaliger Angehöriger der Wehrmacht und der Waffen-SS zählt heutzutage noch ungefähr 500 Mitglieder mit einem Durchschnittsalter von 83 Jahren, und eine Abordnung dieser Organisation durfte zusammen mit Bundeswehrsoldaten der gefallenen Kameraden gedenken. Das Verteidigungsministerium kommentierte den Vorfall auf Anfrage folgendermaßen: »Wie Sie in Ihrem Schreiben richtig darlegen, wurde das diesjährige Pfingsttreffen der Gebirgstruppe in Mittenwald durch den Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. und nicht durch die Bundeswehr veranstaltet. Der Kameradenkreis hatte – neben einer Vielzahl anderer Organisationen – unter anderem auch die Bundeswehr und die OdR zu diesem Totengedenken eingeladen. Ebenso ist das Ehrenmal für die Gefallen (sic!) der Gebirgsjägertruppe – das sich innerhalb eines Übungsplatzes der Bundeswehr auf einem Grundstück des Kameradenkreises befindet – Eigentum des Kameradenkreises Gebirgstruppe e.V. Sowohl die Weisung des Bundesministers vom 5. März 1999 als auch die oben aufgeführten Verantwortlichkeiten für die von Ihnen angesprochene Veranstaltung stehen aus hiesiger Sicht nicht im Widerspruch zueinander. Von daher war und ist sowohl gegen eine Teilnahme von Soldaten der Bundeswehr als auch die Festansprache von General Dr. Klaus Reinhardt bei der diesjährigen Gedenkveranstaltung des Kameradenkreises Gebirgstruppe aus hiesiger Sicht nichts einzuwenden.« (12) Auf Terrain, das nicht der Bundeswehr gehört, und auf Veranstaltungen, die nicht von der Hardthöhe organisiert werden, ist also nichts gegen solche Zusammenkünfte einzuwenden. Besondere Beachtung verdient hierbei der raffinierte Winkelzug mit dem Veranstaltungsort. Der befindet sich zwar innerhalb eines Übungsplatzes der Bundeswehr, allerdings sei das Ehrenmal auf einem Grundstück des Kameradenkreises, und somit sei »aus hiesiger Sicht nichts einzuwenden«.

»Treue üben ist Tugend, Treue erfahren ist Ehre.« (13) Der 1915 gegründete, in München ansässige KdG e.V. geriet Ende 1995 in Rage, als der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe sich nach langem Hin und Her durchrang, wenigstens zwei Kasernen, die Namen von hitlertreuen Generälen trugen, umzubenennen, nämlich die Mittenwalder General-Kübler-Kaserne sowie die Füssener Generaloberst-Dietl-Kaserne, die fürderhin Karwendel- bzw. Allgäu-Kaserne heißen sollten. Eine »rein opportunistisch-politische Entscheidung« (14) getroffen zu haben, warf »Die Gebirgstruppe«, das zweimonatlich erscheinende Mitteilungsblatt des KdG, damals der Hardthöhe vor. Der Kameradenkreis gab bekannt, man wolle auch nach der Kasernenumbenennung weiterhin »kompromisslos für die Ehre der Soldaten der Wehrmacht und der Bundeswehr eintreten«. (15) Man wehre sich »gegen Verfälschung des Geschehens und der Geschichte« und warne entschieden, »vorbehaltlos einem verordneten und von einer Gedankenpolizei ideologisch gelenkten und kontrollierten Meinungsklischee zu folgen.« (16) Das Blatt ruft kämpferisch zum Widerstand auf, denn man habe »missbraucht und gegen eine Übermacht von Feinden stehend bis zum bitteren Ende opfervoll« seine »militärische Pflicht erfüllt«. (17) So lassen sich dann auch die im Kriege gefallenen Gebirgssoldaten in die Liste der Opfer einreihen, die im 20. Jahrhundert durch Bürgerkriege, Verfolgung, Terror oder sonstwie ihr Leben lassen mussten, wobei man in Mittenwald natürlich keinen Gedanken daran verschwendet, zwischen Tätern und Opfern zu unterscheiden. Man wirft alle in einen Topf und kann sich damit ganz wunderbar aus der Affäre ziehen.

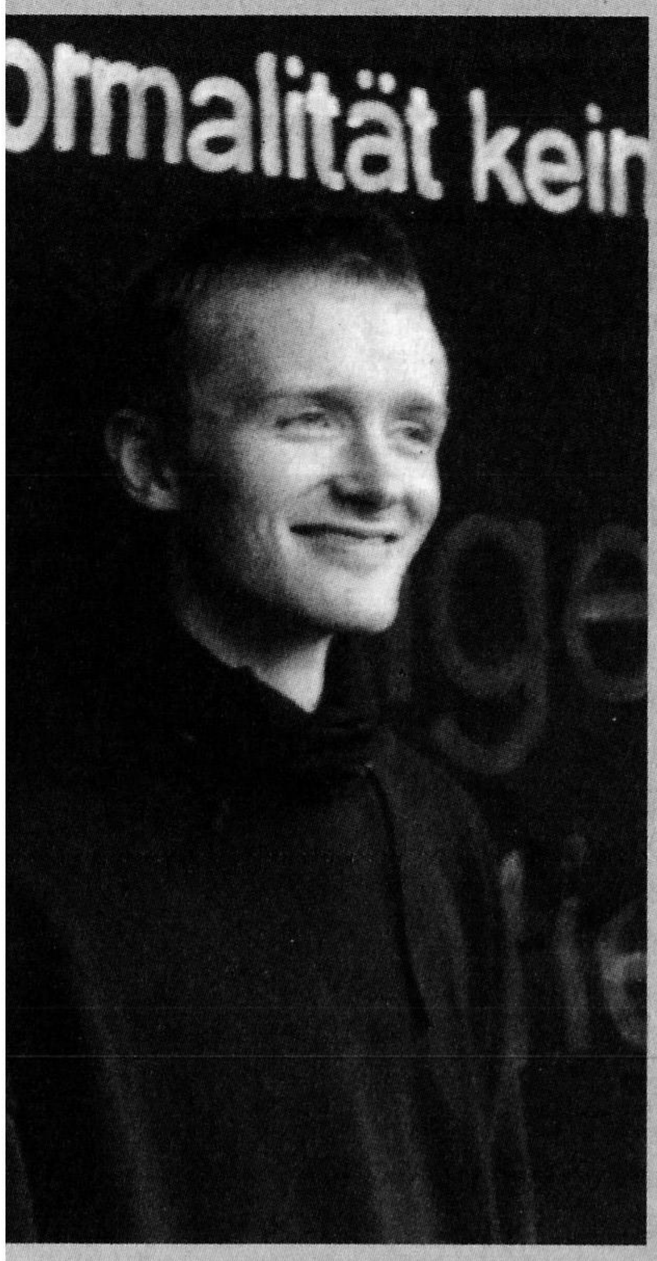
Der weißhaarige Weltkriegsveteran mit Bundhose schreitet, die Hände hinter dem Rücken ineinander gefaltet und den Blick grüblerisch zu Boden gesenkt, den kernigen Reden der Militärs lauschend, auf dem Gelände auf und ab. Er ereiferte sich übrigens grundlos, die »Süddeutsche Zeitung« erwähnte das Treffen nur am Rande, ohne kritische Einwände.

Roland Lory

(12) Brief des Verteidigungsministeriums an den Verfasser vom 26.6.00
(13) Spruch von Ebner-Eschenbach auf der Einladung zur Brendtenfeier 2000
(14) »Die Gebirgstruppe« 5/98
(15) vgl. ebd.
(16) »Die Gebirgstruppe« 5/98
(17) Ebd.

TKDV

- Prozess -



Jan Reher
Foto: privat

Zivildienst ist das, was durch ihn umgangen werden soll

Jan Reher aus Hamburg-Harburg wurde zum 1.3.99 zum Zivildienst (ZD) einberufen. Als Totaler Kriegsdienstverweigerer lehnt er diesen Zwangsdienst jedoch ab und steht nun demnächst wegen Dienstflucht (§53 Zivildienstgesetz) vor dem Amtsgericht Harburg.

Wie ist deine Totalverweigerung bis jetzt abgelaufen?
Ich bin anerkannter Kriegsdienstverweigerer und bekam eine Einberufung zum Zivildienst zum Januar 1999. Auf meinen Widerspruch hin ist diese Einberufung wegen Fristablaufs aufgehoben worden und zum 1.3.1999 ist dann ein rechtskräftiger Einberufungsbescheid bei mir gelandet. Dem bin ich nicht gefolgt, und ein paar Tage später bekam ich den üblichen Brief vom Bundesamt, den Dienst jetzt endlich anzutreten, einen Brief von der Polizei, Hausbesuch von der Kripo und schließlich die Anklage durch die Staatsanwaltschaft.
Meine Wahlverteidiger haben einen Antrag auf Zulassung als nichtanwaltliche Verteidiger (nach §138 StPO) gestellt, dem ohne Probleme stattgegeben wurde. Auf unseren Antrag hin wurde eine bereits angesetzte Hauptverhandlung im Mai abgesagt. Seitdem warte ich auf einen neuen Termin.

Wie sieht deine Verteidigungsstrategie aus? Warum läßt du dich nicht durch einen professionellen Anwalt/Anwältin verteidigen?
Das folgt aus der Überlegung, dass Anwälte oft nicht über das Fachwissen verfügen, einen Totalverweigerer angemessen zu verteidigen. Anwälte sind immer in erster Linie Anwälte und nicht, wie es bei einem TKDV-Prozess nötig wäre, politisch handelnde Menschen. Und last but not least gibt es einfach einige Totalverweigerer, die sich mit dem Thema beschäftigen, schon Verteidigererfahrung besitzen und sich ein absolut ausreichendes Fachwissen für die Verteidigung eines TKDVers angeeignet haben. Und nebenbei ist es deutlich angenehmer, einen Prozess mit Leuten vorzubereiten, mit denen man sich auch privat gern zu einem Bier zusammensetzt.

Es gibt recht unterschiedliche Motivationen, aus denen heraus Menschen totalverweigern. Was sind deine persönlichen Beweggründe?
Zum einen bin ich überzeugt, dass die Wehrpflicht als ganzes in ihrer Zielsetzung menschenverachtend ist, denn sie ist ein Mittel, um Kriege zu ermöglichen. Der Zivildienst ist eine Möglichkeit, die Wehrpflicht zu erfüllen. Er dient zumindest der Aufrechterhaltung der »Wehrgerechtigkeit«. Insofern möchte ich mich daran in keiner Weise beteiligen. Aber der Zivildienst ist nicht nur dem Namen nach ein Kriegsdienst, sondern er ist in Deutschland ganz konkret in die militärische Planung eingebunden. Das geht eindeutig aus dem §79 Zivildienstgesetz (Vorschriften für den Verteidigungsfall) und auch aus dem derzeitigen Weißbuch des Kriegsministeriums (Stichwort Gesamtverteidigung) hervor. Ich als Zivildienstleistender (ZDL) wäre zum Beispiel im Sanitätsdienst hinter der Frontlinie einsetzbar, wo ich Verwundete wieder kampffähig pflegen müsste. Ja, und dann habe ich eine ganze Zeit in einem Krankenhaus gearbeitet, wo ich miterlebte, wie durch ZDL der Pflegestandard gesenkt wird und teilweise gefährliche Situationen entstehen, die darauf zurückzuführen sind, dass unausgebildete und schlecht motivierte junge Männer Tätigkeiten ausüben, für die eine Ausbildung dringend notwendig wäre. Auch die Mitarbeiter leiden indirekt unter den Zivis, weil diese billigen Arbeitskräfte das Lohnniveau senken. Es kann auch ziemlich aufs Arbeitsklima schlagen, wenn es im Team eine Person gibt, der Befehle erteilt werden können.

Gab es einen Auslöser für deine Entscheidung, totalzuverweigern?
Eigentlich wollte ich Zivildienst machen und bin dann über den TKDV-Prozess eines Bekannten 1996 an die Sache rangekommen. Ich habe mich damit beschäftigt, und es wurde mir ziemlich schnell klar, dass der Zivildienst nichts anderes als das ist, was ich durch ihn umgehen wollte. Und da gab es für mich den gleichen Gewissensdruck, wie er zur Entscheidung zum Zivildienst geführt hatte.

Warum hast du, als du schon wusstest, dass du weder Wehr- noch Zivildienst leisten würdest, noch einen KDV-Antrag gestellt?
Das war bei mir eher eine gefühlsmäßige Entscheidung: Ich bin mit einer Verurteilung ja nicht von der »Landesverteidigung« freigestellt. Die Vorstellung, dass sie irgendwann versuchen, mich zum Krankenpflegen zu zwingen, war mir lieber als die soldatische Alternative.

Welchen Ausgang erwartest du von deinem Prozess?
Realistisch gesehen ist dies bei TKDV-Prozessen mehr eine Frage der Statistik. Die Fälle sind ähnlich gelagert, und es gibt aus einer breiten Palette (bis zu einigen Monaten ohne Bewährung) irgendein Urteil. Wir werden natürlich Freispruch beantragen. Und ich bin überzeugt davon, dass dieser Freispruch eigentlich auch erfolgen müsste. Das Grundgesetz ist voll von guten Gründen, warum bei einer politisch, moralisch oder religiös motivierten Totalverweigerung freigesprochen werden muss.

Interview: Die Desertöre

Kontakt

Die Desertöre
c/o Werkstatt 3
Nernstweg 32
22765 Hamburg

Tel. 040 / 61 46 96

Potpourri aus Potsdam

Rückkehrappell für Kosovo-Helden
In den letzten Jahren hat die Bundeswehr sich in Potsdam mehr in das Kaserneninnere zurückgezogen. Dank der pädagogischen Bemühungen auch der Kampagne hat der Oberbürgermeister Platzeck die Bitte der Bundeswehr nach einem Gelöbnis in Potsdam abgelehnt, weil »die Stimmung in der Stadt derzeit nicht reif dafür« sei. Selbst die Ehrung für die Militärs des 20. Juli findet jährlich in der Kaserne statt. Ende August fand in der Havellandkaserne Eiche der Rückkehrappell für unsere Kosovo-Helden statt. Und – man höre und staune – die Bundeswehr lud auch ein Mitglied der Kampagne ein. Dies ließen wir uns natürlich nicht zweimal sagen. Wer uns persönlich einlädt, unsere Meinung zu äußern, darf nicht enttäuscht werden.
Sympathische Soldaten berichteten der interessierten Lokalpresse von den großen Aufbauleistungen der Bundeswehr im Kosovo. Ein 28-jähriger Oberfeldwebel teilte mit, dass »die Zerstörungen unvorstellbar groß« wären. Leider gelang es nicht, das Transparent »Artikel 26 GG stellt den Angriffskrieg unter Strafe. Schämt Euch!« zu entrollen. In einem humanitären Blitzeinsatz hatten die Feldjäger die störende Wahrnehmung von Grundrechten unterbunden und zwei Kampagnen-Aktivisten in das Wachhaus gezerrt. Dort rätselte die Bundeswehr herum, ob die Einladung gefälscht war oder welches Schaf im Wolfspelz der Kampagne wohl den Tipp gegeben hatte.

Orientierungslauf im Landschaftsschutzgebiet
Nach der undichten Stelle suchte Ende Juli auch Oberleutnant Wilken vom Jägerbataillon 1 Berlin. Er hatte doch ausdrücklich gebeten, »die Karte unter Verschluss zu halten, damit sie (auch auf seltsamen Wegen) nicht in die falschen Hände gerät«, als er die Stadtverwaltung Potsdam um die Genehmigung bat, das LSG Königswald für einen Orientierungsmarsch der Bundeswehr zu nutzen. Aber es hatte alles nichts genutzt. Pünktlich zum Orientierungsmarsch war die Laufstrecke mit dem berühmten Käthe-Kollwitz-Plakat »Nie wieder Krieg« und anderen antimilitaristischen Motiven ausgeschildert. Die falschen Hände hatten den umherirrenden Soldaten unter die Arme gegriffen und ihnen eine Orientierungshilfe für Leben und Gelände zur Verfügung gestellt.

JU-Chef als Drückeberger
Der Potsdamer Vorsitzende der Jungen Union, Sebastian Schütze, gab sich in einem Zeitungsinterview kürzlich als Zivildienstleistender zu erkennen. Wie Schütze für seine Gewissenslandschaft einen Anerkennungsbescheid des KDV-Ausschusses bekommen hat, ist allerdings nicht nachvollziehbar. Schließlich sprach sich seine JU kürzlich für die Einführung des Todesschusses im neuen brandenburgischen Polizeigesetz aus. Die Kampagne erwägt, eine Strafanzeige wegen Wehrpflichtentziehung durch Täuschung zu erstatten. Nach herrschender Meinung reicht es zur Erfüllung dieses Tatbestands aus, sich durch die Täuschung einer bestimmten Verwendungsart zu entziehen.

Lange Kerls und Preußenjubiläum
1998 hatte die Potsdamer Touristik- und Marketing GmbH versucht, die Langen Kerls als Maskottchen der Stadtwerbung durchzusetzen. 14-tägig fanden Wachtparaden auf öffentlichen Plätzen statt, in denen das Exerzierreglement aus der Zeit des Soldatenkönigs mehr schlecht als recht nachgeahmt wurde. Nachdem die Veranstaltungen ständig durch witzige Einlagen (Blauhelmeinsätze, FDJ-Aufmärsche, Girlies) begleitet wurden, zogen sich die Langen Kerls beleidigt in das Halbdunkel der Geburtstagsfeiern und Geschäftseröffnungen zurück. Ende August 2000 nun versuchten sie erstmals wieder schüchtern, so etwas wie Öffentlichkeit herzustellen. Sie luden Presse und Bürgermeister zu einer öffentlichen Musterung in den Hinterhof einer Gaststätte ein, bei der sie Nachwuchs für ihren Verein gewinnen und in Uniformen verfrachten wollten. Selbstverständlich war auch die Kampagne vor Ort, um dem Eindruck vorzubeugen, wir hätten die Jungs vergessen. Unsere bloße Anwesenheit reichte für einige Aufregung, so dass wir hoffen, dass das sehr dezente Signal angekommen ist. Da 2001 das Preußenjubiläum droht, erscheint das bitter nötig. Der bislang durch rechtstraditionalistische Positionen in Erscheinung getretene Verein »300 Jahre Preußen e.V.« plant für Ende Januar einen Umzug, der bereits jetzt unangenehm nach Militär und Nation schmeckt. Bis dann, also!

Lutz Boede

Zapfenstreich?
Am Montag, dem 9. Oktober 2000 will die Bundeswehr im Potsdamer Park Sanssouci einen Großen Zapfenstreich mit der kompletten Bundesregierung veranstalten. Das sinnige Motto lautet »Bundeswehr – 10 Jahre Armee der Einheit«. Dafür soll ausgerechnet die »Mopke« herhalten, der Platz, auf dem im September 1848 der erste Soldatenaufstand in Potsdam stattfand. Die Kampagne Potsdam bittet alle Menschen, die noch alle Tassen im Schrank haben, sich diesen Termin vorzumerken und weiterzusagen.
Treffpunkt ist am 9. Oktober um 17.30 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle Charlottenhof.
Mehr Information bei der Kampagne Potsdam!

Kontakt

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Lindenstraße 53
14467 Potsdam
Tel. und Fax:
03 31 / 2 80 50 83

Ganz schön blauäugig...
Ein Versuch, Rassismus erfahrbar zu machen

Antirassistische Bildungsarbeit mal ganz anders. Der außergewöhnliche Workshop »Brown-Eyed Blue-Eyed« der US-Amerikanerin Jane Elliott wird seit 1997 auch in Deutschland durchgeführt, Ende Mai 1999 erstmalig in Köln.

Ein ganz normaler Mittwochmorgen an einer Kölner Berufsschule. Die SchülerInnen der Klasse U71 wissen zwar, dass es heute einen Workshop geben soll. Sie wissen auch, dass es um Rassismus, um »oben und unten« geht. Aber erst einmal hört sich Workshop nach Basteln oder Malen an, irgendwie sogar nach Spaß.

Nichtsahnend und gut gelaunt kommen die SchülerInnen die Schultreppe herauf. Dann bleiben sie stehen und stutzen. Der Weg zu den Klassenräumen wird von einem Tisch versperrt. Daneben steht ein schwarz gekleideter Mann. Von ihm werden sie willkürlich in zwei Gruppen aufgeteilt, in »Braun-« und »Blauäugige«, und müssen ihren Namen in eine Liste eintragen. Höflich und nett ist er zu den »Braunäugigen«, aber wer das Pech hat, als »Blauauge« zu gelten, hat fortan nichts zu lachen. »Namen durchstreichen und so schreiben, dass ich ihn lesen kann.« Die »Blauäugigen« trauen ihren Ohren nicht, fügen sich aber den Anweisungen und schreiben ihren Namen bis zu dreimal, bis der Mann endlich zufrieden ist. »Hinsetzen, Beine zusammen und Tasche aus dem Weg, oder soll ich darüber stolpern?« Dann wird ihnen ein grüner Kragen umgelegt – das Erkennungsmerkmal der »Blauäugigen«. Einer weiteren schwarzgekleideten Person müssen sie daraufhin in einen dunklen und stickigen Raum folgen. Nur zwei Stühle stehen dort, sonst nichts. Was jetzt passieren wird, ist völlig unklar. Sie müssen warten, bis sie abgeholt werden, heißt es.

Die »Braunäugigen« dürfen indes in einem anderen Raum Platz nehmen. Kaffee, Kekse und Saft stehen für sie bereit. Für alle sind genügend Stühle da, und erstmal scheint es so, als könnte dies ein angenehmer Vormittag werden. Der schwarzgekleidete Mann kommt herein und stellt sich als Jürgen Schlicher vor. Er begrüßt die »Braunäugigen« freundlich und erklärt, wie der heutige Workshop ablaufen wird. »Blauäugige sind weniger intelligent als Braunäugige, sie sind faul, unkonzentriert, störrisch und wollen nichts lernen. Und das liegt am niedrigen Melaningehalt ihrer Augen.« Schlicher geht in die Geschichte zurück und erzählt von den ersten BewohnerInnen dieser Erde, die auf den südlichen Erdteilen lebten und dunklere Haut, dunklere Haare und eine dunklere Augenfarbe hatten, da sie sich vor der intensiven Sonneneinstrahlung schützen mussten. Als die ersten Wanderbewegungen in Richtung Norden einsetzten, reduzierte sich der Melaningehalt im Organismus dieser Menschen, ihre Haut, ihre Haare und ihre Augen wurden heller. »Dass ihre Haut und ihre Haare heller wurden, hatte keinen großen Einfluss auf die Intelligenz dieser Menschen. Aber da auch ihre Augen heller wurden, konnte mehr Sonnenlicht durch sie dringen und schädigte das Gehirn. Deswegen sind Blauäugige dümmer als Braunäugige.«

Auf diesen Vortrag reagieren die »Braunäugigen« zunächst mit ungläubigem Stirnrunzeln, das aber bald in schallendes Gelächter übergeht. »Was ein Blödsinn!« – »Das ist doch lächerlich!« »Genau«, wirft Jürgen Schlicher ein, »und zwar genauso lächerlich wie die weit verbreitete Annahme, dass Menschen mit dunklerer Haut und dunkleren Haaren minderwertig und weniger intelligent seien als hellhäutige Menschen.« Dann erzählt er von der Entstehung des Workshops: Erstmalig wurde das »Braunäugig/Blauäugig-Training« 1968 in den USA durchgeführt. Jane Elliott, eine ehemalige Grundschullehrerin aus dem mittleren Westen, musste damals weißen und christlich erzogenen Drittklässlern erklären, warum Martin Luther King ermordet wurde. Sie teilte ihre Klasse in Gruppen von Braun- und Blauäugigen auf und ließ sie für einen Tag spüren, was es heißt, aufgrund eines willkürlichen und unveränderlichen Merkmals diskriminiert zu werden und zu denen zu gehören, die nie gewinnen können.

Und genau dies soll heute mit den »Blauäugigen« aus der Klasse U71 geschehen. Die »Braunäugigen« haben nicht viel dazu zu tun, sie müssen es nur zulassen. Sollte Schlicher allerdings einen von ihnen dabei erwischen, den »Blauäugigen« zuzulächeln oder ihnen das Gefühl zu geben, dass all das nicht ernst gemeint sei, »dann wechsle ich Eure Augenfarbe, so schnell könnt Ihr gar nicht gucken«.

Die »Blauäugigen« werden nun abgeholt. Das Warten in Ungewissheit hat sie mürbe gemacht, und noch immer ist unklar, was auf sie zukommt. Für vier »Blauäugige« stehen in der Mitte des Raumes drei Stühle zur Verfügung, sie sind von den Stuhlreihen der »Braunäugigen« gesäumt. Einer der »Blauen« muss auf dem Boden sitzen. Überall hängen Plakate über »Blauäugige«, »Blueys« oder sogenannte »Blaulinge« an den Wänden. Die »Blauäugigen« müssen der Reihe nach aufstehen und vorlesen. Immer wieder machen sie Fehler, vergessen in der Aufregung z.B. ein Wort, haspeln oder lesen Punkte und Kommas nicht mit. Egal, was sie tun, es ist falsch und wird von Jürgen Schlicher entsprechend kommentiert. »Was zeigt uns, dass diese Blauäugigen noch nicht mal einen einfachen Satz

Der Workshop »Brown Eyed – Blue Eyed« wird von einer/m Workshopleiter/in und zwei AssistentInnen durchgeführt. Die WorkshopteilnehmerInnen können erfahren, wie alltäglicher Rassismus und Machtstrukturen funktionieren. Die Teilnehmenden werden mit eigenen Vorurteilen und ihrer Verantwortlichkeit zur Bekämpfung von Rassismus konfrontiert. An den Workshop schließen sich intensive Auswertungsrunden und Diskussionen an.

Kontakt

Eyetoeye e.V.
Postfach 1212
32691 Dörentrup
Tel.+Fax: 0 52 65 / 95 48 32
E-Mail:
info@eyetoeye.org
Internet:
www.eyetoeye.org

Foto Ute Moschner (version)

vorlesen können?« »Dass sie dumm sind, dass sie nichts lernen wollen«, kommt von den »Braunäugigen«. Alle Verhaltensweisen der »Blauen«, die Schlicher den »Braunäugigen« prophezeit hat, bestätigen sich in den folgenden 15 Minuten. Sie sind eingeschüchtert und wirken wie kleine, bockige Kinder, die von den »Braunäugigen« belächelt, wenn nicht sogar ausgelacht werden. Die »Blauäugigen« werden von Schlicher schikaniert und müssen sich an Regeln halten, die völlig unsinnig sind und jeden Augenblick wieder geändert werden können. Ein enormer Druck entsteht, und aus dem anfangs unsicheren Grinsen der »Blauen« wird sehr bald Apathie oder lächerlich wirkende Aufmüpfigkeit. So geht das etwa eineinhalb Stunden lang.

Irgenwann gibt es einen Schnitt. Die Situation wird aufgelöst, die »Blauäugigen« dürfen sich auch etwas zu Trinken holen. Ist nun das »Spiel« zu Ende? Für die »Blauäugigen« ja, meint Jürgen Schlicher, »aber viele Menschen müssen das ein Leben lang aushalten«. In der Auswertungsrunde beschreiben die »Braunäugigen«, wie ihre »blauäugigen« MitschülerInnen auf sie gewirkt haben: »dumm, klein, und hilfos«. Selbst wenn sie versuchten, sich gegen das Verhalten des Workshopleiters zu wehren, sie hatten keine Chance. Die »Braunäugigen« hingegen fühlten sich »überlegen, sicher und gelassen. Wir konnten uns zurücklehnen, schließlich waren wir nicht in der Schusslinie.« Trotzdem war einigen nicht ganz wohl dabei. Sie konnten den Umgang mit ihren MitschülerInnen nicht billigen, schwiegen und beteiligten sich nicht aktiv an der Unterdrückung der »Blauäugigen«. Aber rebelliert hat niemand. »Auf die Idee, mich zu den Unterdrückten zu setzen, kam ich nicht. Sie zu unterstützen, versuchte ich nicht, weil ich nicht zu ihnen versetzt werden wollte.« »Die Blauäugigen haben hinterher alle gesagt, dass es auf jeden Fall eine große Hilfe gewesen wäre, wenn sie von uns Unterstützung gekriegt hätten. Aber ich habe mich rausgehalten, als ob es mich nichts anginge. Ich fühlte mich null verantwortlich für die Regeln und die Situation, sah auch nicht meinen passiven Anteil.« »Und genau deswegen«, meint Schlicher, »hat der Workshop funktioniert«.

An diesem Tag konnten die SchülerInnen der Klasse U71 am eigenen Leib erfahren, wie alltäglicher Rassismus funktioniert und welche Auswirkungen er sowohl auf die von Rassismus Betroffenen wie auch auf diejenigen hat, die diskriminieren oder Diskriminierungen zulassen. Vielleicht werden manche von ihnen in Zukunft die Welt mit anderen Augen sehen.

Dorothea Schütze

Innenansichten

- JAN -

Grosse Angst vor faulem Obst

Bundeswehr-Ausstellung »Unser Heer« machte in Neuruppin Station

»Du, wie teuer ist so ein Ding eigentlich?«, fragt ein junger Mann den Soldaten, der vor ihm auf einem Panzer sitzt. »Gut und gerne 10 Mio. Mark kostet so ein Baby schon«, erklärt dieser mit stolzgeschwellter Brust. »Uiuiui, das ist aber teuer. Kann man den auch leasen?«, erkundigt sich der Jugendliche im wilden Punkoutfit. Die Antwort ist ein verwirrtes Kopfschütteln. »Oder vielleicht mieten?«, macht der Zivilist weiter. »Ich könnte so was ziemlich gut gebrauchen, um vor meiner Clique anzugeben. Borgst du mir den mal?« Genervt schüttelt der Bundeswehrsoldat nochmals den Kopf und sucht das Weite.

Solche Szenen spielten sich im Juli in Neuruppin viele, viele Male ab. Grund: Die mobile Ausstellung der Bundeswehr »Unser Heer« tourte durch Brandenburg und machte dabei auch in Neuruppin Station. Neben rund 15.000 regulären Besuchern lockte die Heeresschau auch Menschen an, die den Militärs ihren Aufenthalt in der Fontanestadt so unangenehm wie möglich machen wollten. Wie schon zuvor in Eisenhüttenstadt und Eberswalde wurde den Soldaten dann auch allerhand entgegengesetzt.

Ursprünglich hatte PDS-Bürgermeister Otto Theel das Angebot der Bundeswehr, nach Neuruppin zu kommen, freudig angenommen und der Militärausstellung einen zentralen Platz in der Innenstadt angeboten. Aufgrund zahlreicher Gegenstimmen im Stadtparlament musste Theel sein Angebot jedoch zurückziehen, und schließlich hat man sich darauf geeinigt, die Bundeswehr auf dem Parkplatz des Reiz-Einkaufszentrums ihre Zelte aufschlagen zu lassen. Von verschiedenen außerparlamentarischen Initiativen wurde Theel zu Recht für seine Pro-Bundeswehr-Haltung scharf kritisiert. Denn Militarismus hat Tradition in Neuruppin, und zwar eine schlechte. Als Garnisonsstadt des Kaisers, der Nazis und der Sowjetarmee ist Neuruppin bis heute von Kasernen geprägt, und bis heute sind die strukturellen und ökologischen Folgen der langjährigen Militärpräsenz zu spüren. Auch von Neuruppin aus zogen vor 60 Jahren deutsche Soldaten los, um Tod und Zerstörung über die Welt zu bringen. Und keine 30 Kilometer entfernt liegt das Ex-Bombodrom in der Kyritz-Wittstocker Heide, das die Bundeswehr seit Jahren erfolglos zum Testen ihrer Kriegsmaschinerie wieder in Betrieb zu nehmen versucht. Eine die Bundeswehr verherrlichende Show wie »Unser Heer« nach Neuruppin kommen zu lassen, ist eine Geschmacklosigkeit, und das hätte auch Theel wissen müssen. Anstatt seine Interventionsmöglichkeiten wenigstens symbolisch zu nutzen, hieß er die Bundeswehr bei seiner Eröffnungsrede sogar ausdrücklich willkommen.

Schon bald formierte sich der Widerstand jener, die die Bundeswehr nicht nur nicht in der Innenstadt, sondern überhaupt nicht in Neuruppin haben wollten. Schließlich sorgen Armeen dafür, dass jungen Menschen beigebracht wird, sich Autoritäten zu unterwerfen, sich patriarchale Denkmuster anzulegen und nicht zu vergessen: zu morden. Tucholsky hat noch immer Recht, und zudem handelt es sich bei der Bundeswehr nicht um eine Armee wie jede andere. Nach wie vor beruft sie sich in einigen Punkten auf die Tradition ihrer Vorgängerin, die Wehrmacht der Nazis. Und außerdem wird die Bundeswehr zur Zeit von einer standortbezogenen Armee zu einer internationalen Interventionstruppe umstrukturiert. Ihre Einsatzfähigkeit bewiesen die deutschen Streitkräfte ja schon 1999 bei den Nato-Bombardements im ehemaligen Jugoslawien. Zum dritten Mal in einem Jahrhundert überfielen deutsche Soldaten mit ihren Verbündeten den Balkan. Natürlich handelte es sich dabei nicht um eine »humanitäre Intervention«, wie uns die mit Ex-Linken gespickte Bundesregierung weismachen will. Vielmehr führte Deutschland Krieg, um seine politischen und wirtschaftlichen Interessen aggressiv durchzusetzen – Deutschlands Großmachtambitionen in Europa sollten gesichert werden. Mit Events wie »Unser Heer« versucht die Bundeswehr, ihr lädiertes Image aufzupolieren. Die BürgerInnen sollen sehen, über was für beeindruckende Technik die Armee verfügt, und überzeugt werden, dass die Armee eine positive, die Demokratie stärkende Rolle in der Gesellschaft spielt. Die Schautafeln, Infostände und das ausgestellte Militärgerät bei »Unser Heer« sind Propaganda pur – für die brutale Realität von Kriegen, für abgerissene Beine ist kein Platz vorgesehen, da diese »nicht Teil unseres Berufsbildes sind«, wie Oberstleutnant Uwe Schmelzeis auf einer Pressekonferenz erklärte.

Das Widerstandsspektrum in Neuruppin formierte sich unter dem Motto »Das da ist nicht unser Heer« und reichte von der PDS-Basis über die BürgerInnen-Initiative »Freie Heide« bis zur Jugendantifa Neuruppin (JAN). Vor allem letztere war schon im Vorfeld massiver staatlicher Repression ausgesetzt. Das Widerstandskonzept der Antifa sah vor, einerseits Öffentlichkeitsarbeit gegen »Unser Heer« zu betreiben, andererseits mit Protestaktionen, aber auch direkt vor Ort ihr Missfallen über die Ausstellung zu äußern. Die Polizei bezeichnete die geplanten JAN-Aktionen zunächst nur als »bewusste Aushebelung des Versammlungsrechts«, dann als »auf unterstem Level militant« und schließlich gar als

Kontakt

Jugendantifa Neuruppin (JAN)
Postfach 1432
16803 Neuruppin
E-Mail: jugendantifa-nrp@gmx.de
Internet: www.geocities.com/sunsetstrip/street/1539/jan.html

Foto JAN

»Aufruf zu Gewalttaten«. Was war so gefährlich am JAN-Text? Die Ankündigung, dass man der Bundeswehr »ordentlich in die Gulaschkanone spucken« wollte? Die Forderung nach einer herrschaftsfreien Gesellschaft? Die Tatsache, dass der Text ins Internet gestellt wurde? Einige Menschen wurden von der Polizei bedrängt, Informationen über den Protest gegen »Unser Heer« zu liefern. Nachdem kurz vor Ausstellungsbeginn Plakatwände in der Stadt mit Anti-Bundeswehr-Parolen verschönt worden waren, erreichte die Paranoia der Polizei ihren Höhepunkt. Sie fürchtete offensichtlich, dass Hunderte gewalttätiger Autonomer anreisen würden, um das idyllische Kleinstädtchen in Schutt und Asche zu legen. Polizei und »Reiz«-Geschäftsleitung kündigten an, jegliche Protestaktionen verhindern zu wollen. Am 13. Juli, dem Tag der Ausstellungseröffnung, rückte dann ein riesiges Aufgebot von Polizei, in Uniform und zivil, BGS und Feldjägern an, um die Soldaten vor den Protesten zu schützen. Die Eröffnungszeremonie fand aus Angst vor Ärger mit den AntimilitaristInnen hinter verschlossenen Türen statt. Dort sorgten drei PolitikerInnen der Bündnisgrünen mit ihren »Schwerter zu Pflugscharen«-T-Shirts für Aufregung. Zeitgleich eröffnete die »Freie Heide« eine Gegenausstellung des Berliner Friedensmuseums, die über Desertion in der Wehrmacht informierte. Rund sechzig Menschen kamen dann, um der Bundeswehr-Show direkt vor der Tür etwas entgegenzusetzen. Sie protestierten mit Trillerpfeifen, Flugblättern und Transparenten vor dem Ausstellungseingang, während auf dem Gelände die Bundeswehrtechnik vorgeführt wurde und Waffennarren sich in die Panzer setzen konnten, um auf umstehende Zivilisten zu zielen. Die Polizei beschlagnahmte ein Transparent. Drei AktivistInnen, die T-Shirts mit den Aufschriften »Soldaten«, »sind« und »Mörder« trugen, wurden durch Feldjäger vom Ausstellungsgelände geworfen. Währenddessen verlegten sich die anderen AntimilitaristInnen darauf, die anwesenden Soldaten nach Strich und Faden zu veräppeln. Für Sonnabend, zwei Tage später, hatte die JAN zu einer Obst-und-Gemüse-Schlacht aufgerufen. Die AntimilitaristInnen wollten sich vor dem Ausstellungsgelände gegenseitig bewerfen, um durch diese Kriegsspielerei die Bundeswehr lächerlich zu machen. Ergebnis: Die Polizei durchsuchte Dutzende Rucksäcke nach Obst und verteilte insgesamt 18 Platzverweise. Den endgültigen Beweis ihrer Inkompetenz lieferten die Neuruppiner Beamten schließlich, als sie eine Gruppe Jugendlicher filzte, die gerade zu einer Radtour aufbrachen. Trotzdem: Die Protestaktion wurde rigoros verhindert, es sei nämlich nicht auszuschließen gewesen, dass »jemand vorhatte, Steine in Tomaten zu packen und auf Passanten zu werfen«, so Polizei-Einsatzleiter Frank Schiermeister.

Am folgenden Montag, dem letzten Tag der Ausstellung, fand eine Kundgebung von rund 30 AntimilitaristInnen statt, die wieder von einem lächerlich großen Polizeiaufgebot observiert wurde. JAN und PDS hielten Redebeiträge, und ein Anti-Nato-Hörspiel der Autonomen Antifa (M) Göttingen wurde abgespielt. Fazit nach vier Tagen »Unser Heer« in Neuruppin: 15.000 armeegeile BesucherInnen, veräppelte Soldaten, gestresste AktivistInnen und eine bis auf die Knochen blamierte Polizei.

Jugendantifa Neuruppin:
Weg mit der Wehrpflicht!
Wider den deutschen Großmachtswahn!
Gegen die Militarisierung des öffentlichen Raumes!
Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft!

Innenansichten
- ORL -

Frieden ohne Waffen entwickeln helfen

Es gibt keine Welt ohne Konflikte. Wir wollen eine Welt, in der Konflikte ohne Waffen ausgetragen werden. Das ist ein großes Ziel und der Weg ist weit. Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Mit der persönlichen Selbstverpflichtung »Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben«, suchen 30.000 Frauen und Männer nach gewaltfreien Möglichkeiten zur Lösung von Konflikten. Wir glauben nicht, dass mit militärischer Rüstung politische Konflikte gelöst werden können. Atomare, biologische, chemische Massenvernichtungsmittel, aber auch Minen und Kleinwaffen bedrohen Menschen, Tiere und Umwelt. Wo mit Rüstung das zerstört wird, was verteidigt und geschützt werden soll, dort ist Rüstung sinnlos und unmoralisch. Wir wollen ein gutes Leben für alle Menschen. Unser Leben auf Kosten anderer und zukünftiger Generationen zu verteidigen, lehnen wir ab. Vor unserem Gewissen können wir es nicht verantworten, einen anderen Menschen zu töten. Gegen Unrecht und Gewalt wehren wir uns mit Zivilcourage und gewaltfreiem Widerstand.

Bei uns können alle mitmachen. Gelebte Ökumene ist für die Aktion Ohne Rüstung Leben seit 1978 selbstverständlich: Katholiken, Atheisten, Protestanten, Buddhisten, Muslime, Mitglieder der Freikirchen und der Friedenskirchen setzen sich über weltanschauliche und religiöse Grenzen hinweg ein für ein Leben ohne Rüstung. Wir sind eine unabhängige Basisbewegung und machen nicht viele Worte. Unsere Vision umfasst zwei Sätze, unsere Selbstverpflichtung. Mit Aktionen und Kampagnen wollen wir dazu beitragen, dass Frieden politisch entwickelt und unsere Vision von einem Leben ohne Rüstung Wirklichkeit wird. Allein mit Spenden können wir uns aktiv für den Frieden einsetzen. Frieden meint mehr als die Abwesenheit von Krieg und den Verzicht auf militärische Rüstung. Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden. Frieden meint die Entwicklung menschenwürdiger Lebensverhältnisse für alle Menschen und auch für zukünftige Generationen. Frieden ist deshalb ein Prozess, an dessen aktiver Gestaltung wir uns beteiligen:

Ohne Rüstung Leben ermöglicht Frauen und Männern mit Berufserfahrung seit 1997 eine Zusatzausbildung in ziviler Konfliktbearbeitung. In einem Modellprojekt – finanziell unterstützt vom Land Nordrhein-Westfalen – erlernen sie professionelle Methoden, mit denen sie in konkreten Konfliktsituationen gewaltmindernd eingreifen können. Haupteinsatzgebiet der Friedensfachkräfte ist das ehemalige Jugoslawien.

Ohne Rüstung Leben macht mit in der Initiative »Mediation«. Mediation ist die Vermittlung in Streitfällen durch unparteiische Dritte. Eine einvernehmliche Konfliktlösung, die den Bedürfnissen aller Beteiligten entspricht, wird von den Partnern selbst erarbeitet und durch die MediatiorInnen unterstützt. Ohne Rüstung Leben vermittelt MediatorInnen und ReferentInnen für Einführungs- und Weiterbildungsseminare.

ORL-Aktive kaufen Aktien des größten deutschen Rüstungskonzerns Daimler-Chrysler. Als »Kritische AktionärInnen« mahnen sie mit zahlreichen Redebeiträgen in den jährlichen Hauptversammlungen die Veranwortung des Konzerns in den Bereichen Rüstung und Rüstungsexport an. »Daimler-Militär-Unimogs im Sudan« und »Mobile Eingreiftruppen mit neuen Daimler-Hubschraubern« sind zwei Schlagzeilen aus den alternativen Geschäftsberichten, die von den »Kritischen« herausgegeben werden. *Paul Russmann*

Kontakt

Ohne Rüstung leben
Sophienstr. 19
70178 Stuttgart
E-Mail: ORL@GAIA.DE

Warum ich dabei bin

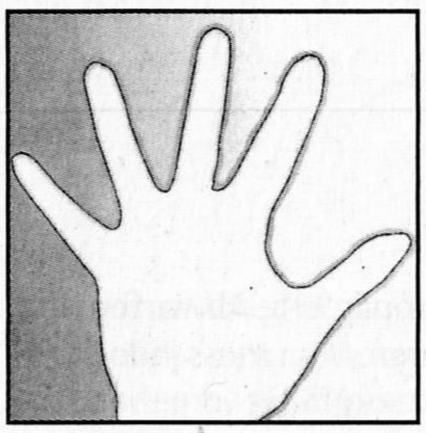
Ich habe lange gezögert, die Selbstverpflichtung von Ohne Rüstung Leben zu unterschreiben. Konnte ich verbindlich für mich versprechen, dass ich unter allen Umständen auf militärischen Schutz verzichten und nie nach einer gewaltsamen Lösung rufen wollte? Aber den Frieden ohne Waffen entwickeln helfen, das möchte ich auf jeden Fall. Darum werfe ich gerne meine Stimme mit in die Waagschale. Trotz allem, was geschieht und was uns tagtäglich die Hoffnung rauben will, vertraue ich auf die biblische Verheißung, dass die Zukunft den Pflugscharen und nicht den Schwertern gehört.
Margit Sandig, Esslingen

Es ist gut zu wissen, dass mit mir Tausende in der Bundesrepublik gegen die Rüstung in unserem Staat sind und alternative Wege suchen, Konflikte zu lösen. ORL bietet mir Hilfestellung bei der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden und Politikern. Ich habe den Eindruck, ich kann etwas bewegen – verändern. Manche Aktionen von ORL werden beharrlich, immer wieder an gleicher Stelle durchgeführt, bei anderen reagiert das ORL-Team spontan und kurzfristig auf das Tagesgeschehen – das gefällt mir. *Kerstin Horst-Rößle, Remseck*

Was bedeutet uns ORL ?

Für uns beide, die Schwäbin, die im Umfeld aktiver ORLer groß geworden ist, und den »Ossi«, der in Thüringen zu einer dort bereits zu DDR-Zeiten bestehenden ORL-Gruppe Kontakt fand, ist Ohne Rüstung Leben zu einem ganz wichtigen Bestandteil des Alltags geworden. Einmal als Anspruch an das eigene Leben, zum anderen als Versuch, im Sinne der Selbstverpflichtungserklärung etwas Konkretes ins politische und gesellschaftliche Umfeld zu tragen. *Barbara und Matthias Altmann, Weimar*

Innenansichten
- RIB -



FÜNF für den Frieden
Eine Initiative des Rüstungs-Informationsbüros Baden Württemberg e.V. RIB

Die Geschichte des RIB ist eng verknüpft mit der württembergischen Waffenschmiede Heckler & Koch (H&K). Der 1949 gegründete schwäbische Waffenproduzent und -exporteur beschäftigte seit Anfang der 80er Jahre die Oberndorfer Friedensinitiative, das Schwarzwälder Friedensforum und das daraus hervorgegangene Rüstungs-Informationsbüro Oberndorf (RIO). Die Initiativen gingen dem blutigen Exportgebaren einer einzigen Firma auf den Grund. Mit sehr viel Öffentlichkeitsarbeit wurde bekannt gemacht, dass mit den Geschäften von H&K unsägliches Leid von Menschen in aller Welt verbunden ist.
Dies sehen die H&K-Lobbyisten, wie zum Beispiel der baden-württembergische CDU-Generalsekretär Volker Kauder, und die Waffenhersteller selbst ganz anders. Sie lobten die Firma anlässlich ihres fünfzigjährigen Bestehens in höchsten Tönen und blicken positiv in die Zukunft: »Schon kurz vor dem neuen Jahrtausend wartet H&K mit einer neuen Waffengeneration für die nächste Zeitdekade auf. (...) Und abermals gibt H&K hiermit nicht nur die Richtung vor, sondern setzt Trends«. (1)
Der 2. Golfkrieg machte 1991 deutlich, dass das Regime von Saddam Hussein nicht nur mit Waffen aus dem ehemaligen Ostblock aufgerüstet worden war. Fünfzig Firmen aus Baden-Württemberg trugen mit militärischen Exportgütern zur militärischen Schlagkraft des irakischen Regimes sowie seiner direkten Kriegsgegner in der Golfregion bei. Damit war die Zeit gekommen, den überschaubaren, aber schwierigen Oberndorfer Rahmen auf das ganze »militärische Musterländle« auszudehnen, faktisch bundesweit. Die bundesweite Recherche und Datenerfassung ergibt sich nicht zuletzt durch die Einflussnahme auf die Geschäftspolitik des größten deutschen Waffenproduzenten und Exporteurs Daimler Benz, heute DaimlerChrysler und nunmehr die EADS. Neben der engen Verzahnung mit den Kritischen Aktionären Daimler Benz mischt das RIB bei rüstungsexport-kritischen Aktionen in der Bundesrepublik aktiv mit.
Diese Arbeit ist nervenaufreibend und von Enttäuschungen geprägt, da es scheinbar kaum Mittel gibt, Rüstungsprojekte und Waffenexporte unmittelbar zu stoppen. Für uns war es allerdings ein beachtlicher Erfolg, als die Bundeswehr das H&K-Gewehr G11 nicht beschaffen ließ. Mit dem Verlust eines 60 Mio.-Auftrages war für H&K das Aus verbunden, das G11 zum neuen Exportschlager zu machen. Zuvor hatte das RIB mit Erfolg eine bundesweite Anti-G11-Kampagne durchgeführt.

(1) H&K Jubiläumsbuch: Die offizielle Geschichte, S.37

Kontakt:

Rüstungs-Informationsbüro Baden Württemberg e.V.
Nägeleseestr.4
79102 Freiburg
Tel. 07 61 / 7 67 80 88
Fax: 07 61 / 7 67 80 89
E-Mail: ARKRIB@t-online.de

Als RIB-Vorstandsmitglied war ich mehrmals in der Türkei/Kurdistan und belegte gemeinsam mit anderen Rüstungsexport-KritikerInnen das Vorhandensein deutscher Waffen beim türkischen Militär in den kurdischen Gebieten. Die damalige CDU/FDP-Regierung zeigte sich wenig beeindruckt. Inzwischen bewegt sich die rot-grüne Bundesregierung auf ähnlichen Pfaden. Wenn es ernst wird, entscheidet der Bundessicherheitsrat, vorneweg Bundeskanzler Schröder, im Interesse der exportorientierten Waffenindustrie und keinesfalls im Interesse der von diesen Waffen bedrohten und häufig getöteten Menschen.
Auf diesem Gebiet wird sich das RIB gemeinsam mit anderen NGOs so lange gegen jegliche Form von Kriegswaffentransfers richten, bis diese endgültig gestoppt werden. So lange aber Armeen existieren, wird es militärischen Bedarf und Waffengewalt geben.
Aus diesem Grunde hat das RIB vor drei Jahren die internationale Abrüstungs- und Entmilitarisierungsinitiative »FÜNF FÜR FRIEDEN« entwickelt. Ziel der Initiative ist ein Europa und letztlich eine Welt ohne Armeen.
Auf Grund bekannter Machtverhältnisse ist diese Utopie nicht kurzfristig erreichbar. »FÜNF« ist unser Weg zu diesem Ziel. An der »FÜNF-Initiative« beteiligte Staaten kürzen jährlich ihren Wehretat degressiv um 5 %. Die frei werdenden Finanzmittel werden zum Teil an den zu gründenden International FIVE Fund for Disarmament, Conversion and Civil Development abgeführt.
»FÜNF« berücksichtigt die unterschiedliche Ausgangslage der beteiligten Staaten. Industrienationen sollen 15 Prozent und sogenannte Entwicklungsländer 5 Prozent ihrer Friedensdividende an den »FIVE-Fund« entrichten. Nach 14 Jahren kehrt sich erstmals das Verhältnis um. Dann steht mehr Geld für eine zivile Friedensgestaltung zur Verfügung als für Militärs und Rüstung.
Die Initiative steckt noch im Anfang und bedarf breiter nationaler und internationaler Bekanntmachung. Berühmtester Unterstützer von »FÜNF« sind bisher der osttimoresische Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta sowie renommierte Friedensorganisationen.
Noch 1998 gaben wir uns der Illusion hin, FÜNF einen enormen Schub nach vorne versetzt zu haben, nachdem die Bündnisgrünen FÜNF in ihr Bundeswahlprogramm aufgenommen hatten. Heute wissen wir, dass eine Regierung, gleich welcher Zusammensetzung, Abrüstung, Demilitarisierung und Konversion nur dann ernst nimmt, wenn der öffentliche Druck groß genug ist.. FÜNF bringt den Drive von unten! Immer mehr Friedens-, Dritte-Welt- und Fraueninitiativen schließen sich seither der Initiative an.

Alexander Kauz

»Aktion Zeitgewinn« – Risiken und Nebenwirkungen

Seit 1. Juni 2000 ist die Planung der zukünftigen Bundeswehrstruktur weitgehend abgeschlossen, zumindest was die Anzahl der wehrpflichtigen Rekruten betrifft, die pro Jahr einberufen werden sollen. Laut Berechnungen der Zentralstelle KDV wird die Bundeswehr ab dem Jahr 2002 nur noch 88.000 Grundwehrdienst leistende Wehrpflichtige auf 77.000 Dienstposten pro Jahr einberufen. Zur Verfügung stehen aber jährlich über 180.000 Wehrpflichtige. Dies bedeutet, das nur zirka 50 Prozent aller zur Verfügung Stehenden überhaupt zum Grundwehrdienst einberufen werden könnten. Dagegen wären im Zivildienst 141.000 Einberufungen möglich – für jeden anerkannten verfügbaren Kriegsdienstverweigerer bestünde also eine höhere Wahrscheinlichkeit, einberufen zu werden.
Aus diesem Anlaß wurde von der Zentralstelle KDV die »Aktion Zeitgewinn« ins Leben gerufen, deren Grundidee ist, dass jeder Wehrpflichtige, der nicht dienen will, mit dem Stellen des Antrags auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) so lange warten soll, bis er tatsächlich einberufen wird. Damit habe jeder Wehrpflichtige eine 50prozentige Chance, gar nicht dienen zu müssen. Viele potenzielle Kriegsdienstverweigerer haben bisher ihren Antrag bereits vor oder nach der Musterung gestellt, damit es erst gar nicht zur Einberufung zur Bundeswehr kommt.
Nun heißt es abwarten und sich beim Kreiswehrersatzamt nicht auf verbindliche Äußerungen festlegen lassen.

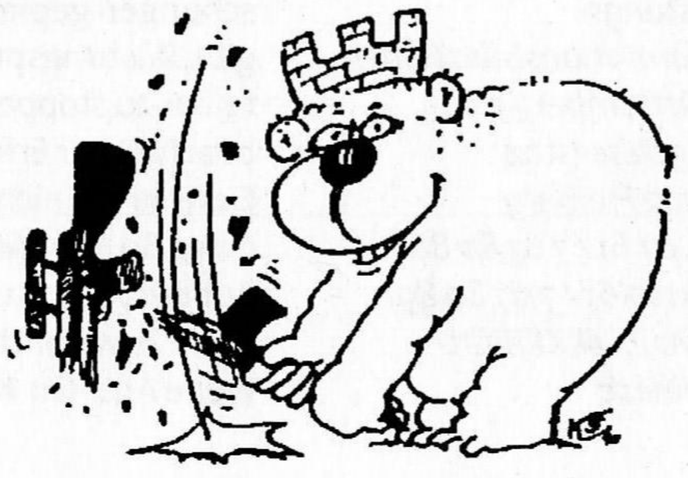
Die »Aktion Zeitgewinn« der Zentralstelle KDV nehmen wir zum Anlass, über »Risiken und Nebenwirkungen« dieses Vorgehens zu informieren. Jeder künftige KDVer, der nicht bei oder nach der Musterung verweigert, muss mit seiner Einplanung für eine (kurzfristige) Einberufung rechnen. Dann würde der KDV-Antrag nicht mehr vom Bundesamt für den Zivildienst (BAZ), sondern vom Kreiswehrersatzamt (KWEA), meistens in einer mündlichen Verhandlung, bearbeitet werden. Das Anerkennungsverfahren beim KWEA ist komplizierter, arbeits- und zeitaufwendiger sowie schwerer als beim BAZ. Auf eine mündliche Anhörung beim KWEA muss man sich gut vorbereiten, um sie zu bestehen.
Das größte Problem besteht jedoch darin, dass man bei nicht rechtzeitiger Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer unweigerlich in der Kaserne landet und zumindest auf Zeit als Soldat dienen muss. Man unterliegt den soldatischen Zwängen und Gesetzen und muss sich unterordnen, um nicht bestraft zu werden.

Grundsätzlich kann das propagierte Abwarten und Stillhalten zum Erfolg führen. Man muss jedoch einiges beachten und sehr sorgfältig vorgehen. Jeder, der versucht, eine Einberufung zum Militär auszusitzen und gegebenenfalls auf den letzten Drücker zu reagieren, sollte für den Ernstfall trotzdem alles parat haben:
Prinzipiell gilt, dass man auf alle Schriftstücke, die einem das KWEA zustellt, schnellstmöglich reagieren sollte, wenn man seine Rechte in Anspruch nehmen will.
Man kann z. B. ärztliche Gutachten und Atteste sammeln, um im richtigen Moment einen Antrag auf erneute Musterung zu stellen. Dies ist eine Möglichkeit, die bevorstehende Einberufung hinauszuzögern. Ist die Musterung zum Zeitpunkt der angedrohten Einberufung älter als zwei Jahre, genügt vorerst der formale Antrag auf erneute ärztliche Untersuchung.

Am wichtigsten ist jedoch, dass man für den »Fall der Fälle« bereits einen kompletten Antrag auf KDV vorbereitet hat. Man sollte ausreichend Zeit darauf verwenden, im Vorfeld einen Lebenslauf und eine gute Gewissensbegründung auszuformulieren.
Das Führungszeugnis muss bei drohender Einberufung so schnell wie möglich beantragt werden. Es darf bei der KDV-Antragstellung nicht älter als drei Monate sein. Im Durchschnitt muss man auf das Führungszeugnis zwei bis vier Wochen warten. Hierbei geht wichtige Zeit verloren, denn erst, wenn der Antrag vollständig ist (Lebenslauf, Begründung, Führungszeugnis), wird darüber entschieden.

Führt diese Strategie zum Erfolg und man erreicht die verbindliche Altersgrenze ohne Einberufung zum Grundwehrdienst, kann man auch nachträglich noch die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beantragen. Dies schützt vor der theoretisch möglichen Einberufung zu Wehrübungen und ist gut für die KDV-Statistik.

Michael Behrendt



Service

Neue Anschrift!

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin
Tel. 0 30 / 44 01 30-0 · Fax 0 30 / 44 01 30-29
E-Mail: info@kampagne.de
Internet: www.kampagne.de
Überblicksveranstaltung: dienstags 17.30
Information für Doppelstaater, Deserteure, Totalverweigerer und alle anderen: nach Vereinbarung
Aktuelle Fragestunde: freitags 17.30
Soldaten- und Reservistenberatung:
jeden 1. Freitag im Monat 19.30
Vorbereitung auf die mündliche KDV-Anhörung:
montags 17.30 (Bitte anmelden!)

Adressen

Es gibt bundesweit zahlreiche Anlaufstellen. Wer eine aktuelle Adresse sucht, wende sich bitte an die Berliner Kampagne. Dort wird gern Kontakt vermitteln zu: Kampagnen und Beratungsstellen bundesweit · TKDV-Anlaufstellen · Rechtshilfefonds · Schwulen Kriegsdienstgegnern · Zivildienstberatung

Bücher und Broschüren

anti wehrpflicht broschüre
von Michael Behrendt und Matthias Mücke, Standard-Ratgeber für alle Fragen der Wehrpflicht herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht, Berlin: 1996, 50 S., DM 5,00

Nix wie raus – Kriegsdienstverweigerung für Soldaten und Reservisten *von Michael Behrendt, Klaus Dieter Meyer, Ralf Siemens, Herausgeber und Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht, Berlin 2000, 64 S., DM 5,00*

Totalverweigerung – eine Streitschrift für die Totale Kriegsdienstverweigerung *von Christian Herz herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, 5. Auflage, Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie 1995, 227 S., DM 13,00*

Askerligi Reddedelim – Kriegsdienste verweigern!
Ratgeber für türkische Staatsangehörige und für deutsch-türkische Doppelstaater von Christian Herz und Mustafa Ünalan, zweisprachig türkisch-deutsch, herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht 1996, 52 S., DM 3,00

Auf keinen Fall zum Bund!
Gespräche mit ratsuchenden Wehrpflichtigen Redaktion: Ulrich Hesse, Herausgabe, Verlag und Vertrieb: Mit uns gegen die Wehrpflicht, Berlin 1998, 50 S., DM 4,00

Termine

9. Oktober 2000 Potsdam
»Großer Zapfenstreich« auf der Mopke
Protest ist möglich.
Info: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Potsdam · Tel. 03 31 / 2 80 50 83 (mo und mi 18 – 20 Uhr, fr 16 – 18 Uhr)

14. Oktober 2000 Leipzig
Save the Resistance – gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn
13 Uhr Augustusplatz Demo
Info: 01 77 5 93 16 28 · E-Mail: bgr@mail.nadir.org

19. Oktober 2000 Berlin
13.30 Uhr Prozess wegen Aufrufs zur Desertion gegen Stephan Nagel
Landgericht Berlin, Raum 409
Info: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Berlin · Tel. 0 30 / 44 01 30-0
Prozesswelle wegen Aufruf zur Desertion: Termine von Amts- und Landgerichtsprozessen vorwiegend in Berlin, gelegentlich an anderen Orten. Laufend aktualisierte Übersicht: www.kampagne.de Infotel.: 0 30 / 44 01 30-0

5. November 2000 Haldensleben
88. Friedensweg zur zivilen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide · Info: BI OFFENe HEIDe,
Tel. 0 39 04 / 4 25 95 · Fax 0 39 04 / 46 49 33
E-Mail: offeneheide@t-online.de

ab 6. November 2000
möglicher Tag X eines Castor-Transports
Ein genauer Termin ist bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.
Wer sich über die Kampagne »X-tausendmal quer – überall« informieren und sich für den Atomausstieg einsetzen möchte, kann ausführliche Infos erhalten bei: X-tausendmal quer
Tel. 0 42 31 / 96 75 66, Fax 0 42 31 / 95 75 65
E-Mail: info@x1000malquer.de
Internet: www.x1000malquer.de

2. und 3. Dezember 2000 Kassel
7. Friedenspolitischer Ratschlag
E-Mail: strutype@hrz.uni-kassel.de
Internet: www.uni-kassel.de/fb10/frieden/rat/

Absender: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. ·
Kopenhagener Str. 71 • 10437 Berlin
Postvertriebsstück • Entgelt bezahlt • VKZ: A 45596

VERFOLGTE UNSCHULD

FRAGE:
DIE MUNITIONSFABRIK IST DER ERSTE VERSTOSS GEGEN DIE NEUEN RÜSTUNGSEXPORTBESTIMMUNGEN...
ANTWORT:
DER ERSTE?
WOHER WOLLEN WIR DAS WISSEN?!
WIR ERFAHREN JA NICHTS.

CLAUDIA ROTH,
GRÜNE BUNDESTAGSABGEORDNETE,
AM 31. AUGUST 2000 IN EINEM GESPRÄCH MIT DEM ND

EIGENTUMSVORBEHALT:
Diese Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.
ISSN 1434-2871